



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Greenwashing des Westsaharakonflikts? Marokkos
Windenergieprojekte auf illegal besetztem Territorium

verfasst von | submitted by
Julia Wolf B.Sc.

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2026

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Cengiz Günay

Abstract

Marokko baut seit Jahren die Infrastruktur zur Gewinnung erneuerbarer Energien in der von ihr besetzten Westsahara aus. Da im Zuge der Energiewende international, aber besonders im Globalen Norden, erneuerbare Energien nachgefragt und deren Erzeugung gefördert wird, untersucht diese Arbeit, ob und inwiefern Marokkos Ausbau erneuerbarer Energien in der Westsahara dazu dient, die Besetzung des Gebietes und den Westsaharakonflikt zu „greenwashen“. Mit der Methode der Literaturarbeit wurde basierend auf der Literatur zu rechtlichen Aspekten der Ressourcennutzung in besetzten Territorien, der Politischen Ökologie sowie Ansätzen wie politischer Legitimation und Greenwashing untersucht, wie Marokko spezifisch den Ausbau von Windkraftanlagen in der Westsahara nutzt, um die Besetzung des Gebietes langfristig zu legitimieren. Anhand der Analyse der Literatur sowie Berichten von NGOs und Medien konnte geschlossen werden, dass es zwar vereinzelte Kritik an den Windenergieprojekten gibt, der Ausbau erneuerbarer Energien jedoch größtenteils neutral bis positiv aufgearbeitet wird. Der international geführte Diskurs um Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien kann als Legitimationsgrundlage für Marokkos Ausbau von Windkraftanlagen angenommen werden, weswegen in Kombination mit Marokkos einseitiger Berichterstattung und teilweiser Verschleierung der Projekte in der Westsahara von einem „Greenwashing“ gesprochen werden kann.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Methode	7
3. Theorie	11
3.1 Ressourcennutzung in besetzten Territorien	11
3.2 Politische Legitimation und Legitimationsstrategien.....	14
3.3 Von der Energiewende über Ökologische Modernisierung zu Grünem Kolonialismus.....	18
3.4 Greenwashing	24
4. Der Westsaharakonflikt und der Ausbau erneuerbarer Energien	36
4.1 Geschichte des Westsaharakonflikts	36
4.2. Aktuelle Entwicklungen.....	40
4.3 Die Energieprojekte Marokkos	41
4.4 Kommunikation, Berichterstattung und Kritik	45
5. Analyse.....	49
5.1 Das Recht auf natürliche Ressourcen in der besetzten Westsahara.....	49
5.2 Kommunikation	54
5.3 Der Einfluss des Nachhaltigkeitsdiskurses	64
5.4 Das Konzept des Greenwashings angewendet auf den Westsaharakonflikt	71
5.5 Eine Legitimierung der Besetzung durch Windenergie?.....	80
6. Diskussion.....	84
7. Conclusio	91
Literaturverzeichnis	97

1. Einleitung

Der Westsaharakonflikt ist einer der am längsten andauernden aktiven Konflikte weltweit (Sour, 2024). Der Auslöser des Westsaharakonflikts kann auf die gescheiterte Dekolonisierung des Gebiets im Jahr 1975 zurückgeführt werden (White, 2015). Nach Jahrzehnten der Kolonisierung unter spanischer Herrschaft sollte das Gebiet im Nordosten Afrikas im Rahmen der Dekolonisierungswelle nach dem Zweiten Weltkrieg seine Unabhängigkeit erhalten. Bevor die indigene Bevölkerung, das Volk der Sahrauis, einen unabhängigen Staat errichten konnte, marschierten marokkanische Truppen in das Gebiet ein und besetzten große Teile (ebd.). Hieraus resultierte ein Konflikt, der viele Jahre zwischen dem marokkanischen Militär und der Befreiungsfront der Westsahara, der „Frente Polisario“, im Folgenden kurz POLISARIO genannt, bewaffnet ausgetragen wurde (Zoubir, 1990). Erst im Jahr 1991 konnte mithilfe der Vereinten Nationen ein Waffenstillstand vereinbart werden. Dieser gilt bis auf einzelne Verstöße offiziell noch heute, auch wenn das Gebiet teilweise wieder als „umkämpft“ eingestuft wird (DGVN, 2025). Seitdem ist in dem Konflikt wenig Dynamik, und es scheinen nur wenige Entwicklungen stattzufinden, die den weiteren Verlauf beeinflussen könnten. Die Machtverhältnisse sind seither praktisch unverändert und eine baldige Lösung zeichnet sich aktuell nicht ab. Daher wird der Westsaharakonflikt teilweise auch als „vergessener Konflikt“ oder „eingefrorener Konflikt“ bezeichnet (Fernández-Molina, 2019; Washington, 2005).

Die Interessen Marokkos an dem Gebiet der Westsahara sind vielfältig, sie reichen von vermeintlichen kulturellen Verbindungen aus der Zeit vor dem Kolonialismus bis hin zu politischen und ökonomischen Aspekten (White, 2015, S. 347). In den Gewässern vor der westsaharischen Küste gab es besonders zu Beginn der Besetzung hohe Fischbestände, und das Land selbst hat große Phosphatvorkommen (White, 2015; Smith, 2018). Dementsprechend ist die Nutzung der lokalen Ressourcen ein wichtiger Anreiz für Marokko, das Gebiet auch weiterhin zu kontrollieren (Smith, 2018). Zudem eignet sich die Westsahara aufgrund ihrer geografischen Eigenschaften gut, um dort erneuerbare Energien zu erzeugen (Elsner, 2019). In der Region ist es sehr sonnig, was für die Erzeugung von Solarenergie nützlich ist, und darüber hinaus ist die nordöstliche Küste Afrikas durch die vom Atlantik kommenden Winde eine der windigsten Regionen der Erde, weswegen auch das Potenzial für Windenergie sehr hoch ist (Besenyő, 2009, S. 23f.; Soares et al., 2019). Aufgrund der gegenwärtigen globalen Bestrebungen zum Ausbau erneuerbarer Energien in Zeiten der Klimakrise sind diese Umstände wichtige Faktoren, wenn es um die Interessen Marokkos in der Westsahara geht.

Marokko hatte bereits vor über zwanzig Jahren seine Absichten bekundet, die Gewinnung erneuerbarer Energien auszubauen, um zukünftig unabhängiger von Energielieferungen aus dem Ausland zu sein und zudem eine Vorreiterrolle beim Thema „grüner“ Energien in der Region einzunehmen (Haddad et al., 2022). Das Land sieht sich seit geraumer Zeit einem deutlich ansteigenden Energiebedarf gegenüber, der sich zum einen aus einer wachsenden Bevölkerung und zum anderen aus einer zunehmenden Industrialisierung und Modernisierung der Gesellschaft ergibt (Amouzai & Haddioui, 2023). Gleichzeitig steigt seit einigen Jahren auch die internationale Nachfrage nach nachhaltig gewonnenen Energien (Moriarty & Honnery, 2012), wobei primär Energie aus Wasser-, Wind- und Solarkraft eine zentrale Rolle spielt (Spiru, 2023). Besonders die letzten beiden gelten allgemein als sehr umweltfreundlich und können von Marokko in Anbetracht der Rahmenbedingungen in großem Umfang und zu verhältnismäßig geringen Kosten erzeugt werden (Elsner, 2019). Das ist nicht nur für Marokko selbst attraktiv, sondern auch Nachbarstaaten im Norden Afrikas oder Länder aus der EU haben großes Interesse an dem in Marokko erzeugten Strom (ebd.). Auch wenn sowohl Wind- als auch Solarenergie eine große Rolle bei der Energiepolitik Marokkos spielen, soll sich im Laufe dieser Arbeit primär auf den Ausbau der Windenergie fokussiert werden, da hierzu bisher weniger geforscht wurde als zur Solarenergie.

Dass Marokko nicht nur in seinem offiziellen Staatsgebiet, sondern auch in dem Gebiet der Westsahara bereits mehrere Windanlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien gebaut und weitere geplant hat, kann hinsichtlich mehrerer Aspekte kritisch betrachtet werden. Der Status der Westsahara ist nach wie vor international umstritten (Fernández-Molina, 2025). Während einige Länder sie als eigenständigen Staat anerkennen und sie unter dem Namen „Demokratische Arabische Republik Sahara“ beispielweise auch in der Afrikanischen Union vertreten ist (White, 2015, S. 344), ist sie kein Mitgliedstaat der Vereinten Nationen (Vereinte Nationen, 2019) und wird von den politisch und ökonomisch mächtigen Ländern des Globalen Nordens, wie den Ländern der Europäischen Union oder den Vereinigten Staaten, nicht als eigenständiger Staat angesehen. Offiziell erkennen die meisten dieser Staaten jedoch auch nicht Marokkos vermeintlichen Anspruch an das Territorium an, obwohl die USA während der ersten Präsidentschaft von Donald Trump im Jahr 2020 Marokkos Souveränitätsanspruch an die Westsahara bestätigten und sich für den von Marokko entworfenen Autonomieplan für die Westsahara aussprachen (Borgen, 2022). Von den Vereinten Nationen wird die Westsahara als Hoheitsgebiet ohne Selbstregierung eingestuft¹ (Allen, 2020, S. 2). Hieraus ergibt sich der

¹ „non-self-governing territory“

umstrittene und komplex erscheinende Status der Westsahara. Dass Marokko rein rechtlich keinen Anspruch auf das Gebiet nach dem Ende der Kolonisierung durch Spanien hat und die Besetzung somit gegen internationales Völkerrecht verstößt, hat der Internationale Gerichtshof bereits zu Beginn des Konflikts vor fünfzig Jahren festgestellt (IGH, 1975). Die Nutzung des Gebietes durch Marokko zur Verfolgung eigener wirtschaftlicher Interessen und die Nutzung der dortigen Ressourcen sind aufgrund des Status des Territoriums demnach nicht nur kritisch zu betrachten, sondern in Anbetracht des humanitären Völkerrechts auch rechtlich umstritten (Ratner, 2005). Zudem können aufgrund der gegebenen Umstände und der Ressourcennutzung auf besetztem Gebiet auch Vorwürfe neokolonialer Handlungsmuster seitens Marokkos untersucht werden (Hernández, 2025).

Im Rahmen dieser Arbeit soll darüber hinaus als zentrale Thematik untersucht werden, ob Marokko sich durch den Ausbau der Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien im Gebiet der Westsahara Vorteile für die eigenen politischen Ziele diesbezüglich erwartet. Aufgrund der Klimakrise werden nachhaltige Energien stark nachgefragt (Moriarty & Honnery, 2012). Da der Klimawandel primär durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die damit verbundenen CO₂-Emission vorangetrieben wird (Höök & Tang, 2013), ist eine Energiewende hin zu nachhaltigen, emissionsarmen Energieerzeugungsarten zentraler Bestandteil internationaler Klimaabkommen und der Nachhaltigkeitsagenden vieler Staaten, Unternehmen und Organisationen (Erickson et al., 2018; Piggot et al., 2020). Der Ausbau der dazugehörigen Technologien wird demnach international von vielen Seiten unterstützt und Produzenten erneuerbarer Energien sind somit auf dem internationalen Energiemarkt wichtige Akteure in der Energiewende (Lindberg et al., 2019; Al-Yasiria et al., 2020).

Im Kontext des globalen Diskurses um Klimaschutzmaßnahmen, Nachhaltigkeit und erneuerbarer Energien reiht sich Marokko als Produzent solcher Solar- und Windenergien somit in die Reihe dieser global relevanten Akteure ein. Dass hohe Anteile der von Marokko gebauten Windparks auf dem besetzten Gebiet der Westsahara sind (Byron, 2017, S. 41), wird von Marokko nicht und seitens internationaler Akteure selten thematisiert. In den Informationsmaterialien zum Bau der Windparks, an denen unter anderem als wichtigste Partner der spanische Ableger *Siemens Gamesa* des deutschen Unternehmens *Siemens* sowie der italienische Energiekonzern *Enel Green Power* beteiligt sind, wird das Gebiet, auf dem insgesamt zehn der Windparks errichtet werden sollen, als marokkanisches Gebiet bezeichnet, während die Westsahara unerwähnt bleibt (Siemens, 2016; Enel Green Power, 2025).

Im Rahmen dieser Arbeit soll untersucht werden, ob die Gefahr besteht, dass Marokko mithilfe der Energieprojekte, die in den Rahmen der globalen Diskussion um erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit eingebettet werden müssen, von der Besetzung der Westsahara ablenkt. Hierbei soll untersucht werden, ob die positiv konnotierten Energieprojekte in dem Gebiet zu einer Normalisierung und Legitimierung der marokkanischen Besetzung führen könnten. In der vorliegenden Arbeit soll untersucht werden, ob und inwiefern Marokko hierbei strategisch vorgeht, um langfristig eine Lösung des Konflikts zugunsten der Westsahara zu verhindern. Dies soll mithilfe des Konzepts „Greenwashing“ untersucht werden, das hier auf eine geopolitische Situation angewendet wird. Ein Greenwashing des Konflikts würde bedeuten, dass Marokko über die positiven Aspekte seiner Klimapolitik und die Nutzung des Gebiets der Westsahara zur Erzeugung erneuerbarer Energien von den negativen Aspekten der Besetzung, wie der Verletzung von Menschen- und Völkerrecht, ablenken will oder diese in der öffentlichen, internationalen Wahrnehmung negieren möchte. Als Motivation hierfür kann das Fortbestehen des Besetzungsverhältnisses, die Zementierung der eigenen Macht und eine Normalisierung des Besetzungsverhältnisses bis hin zur Legitimierung der Herrschaft über das Gebiet untersucht werden.

Die Forschungsfrage, die im Rahmen dieser Arbeit beantwortet werden soll, lautet: „Wie nutzt Marokko den Bau der Windkraftanlagen in der Westsahara, um langfristig die Besetzung des Gebietes zu legitimieren?“. Die vier Unterfragen, die zur Beantwortung der Forschungsfrage dienen sollen, sind „Wie ist Marokkos Nutzung natürlicher Ressourcen in der Westsahara rechtlich einzuordnen?“, „Wie wird der Bau der Windkraftanlagen in der Westsahara in Medien und öffentlichen Erklärung seitens Marokkos kommuniziert und in internationalen Medien thematisiert“, „Wie beeinflusst der Diskurs um Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien die internationale Wahrnehmung bezüglich der Windkraftprojekte?“ und „Warum kann das Konzept von ‚Greenwashing‘ anhand dessen auf die Windkraftprojekte im Kontext des Westsaharakonflikts angewendet werden?“

Die Relevanz des Themas für den Studiengang „Internationale Entwicklung“ ergibt sich aus mehreren Aspekten. Die Entwicklungsforschung setzt sich generell mit gesellschaftlichen und politischen Prozessen im Kontext internationaler, globaler Beziehungen, Abhängigkeiten und Machthierarchien auseinander. Sie nimmt hierbei oft die Perspektive der Unterdrückten ein und untersucht, inwiefern sich gewisse Machtstrukturen aus neokolonialen Mustern ergeben und verfestigen. Wichtige Themen sind hierbei soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit oder auch das Überwinden von Unterdrückungsverhältnissen. Rohstoffabbauprojekte oder

auch der Ausbau erneuerbarer Energien im Globalen Süden wurden hierbei im Kontext asymmetrischer Machtverhältnisse und neokolonialer Strukturen in den vergangenen Jahren ein immer relevanteres Forschungsfeld. Eine Analyse des Westsaharakonflikts im Kontext der aktuellen Diskurse und Entwicklungen im Bereich der erneuerbaren Energien, und wie diese als politische Werkzeuge eingesetzt werden können, ist somit auf mehreren Ebenen relevant für eine Forschung im Bereich der Internationalen Entwicklung.

Da der Westsaharakonflikt das Ergebnis eines gescheiterten Dekolonisierungsprozesses ist (White, 2015) und die indigene Bevölkerung, die Sahrauis, seitdem entweder fliehen mussten (Loewenberg, 2005) oder in einem großteils politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich unterdrückten Verhältnis zu Marokko leben (Allan et al., 2022), ist der Kontext, in den die Windenergieprojekte eingebettet sind, von einer Machthierarchie geprägt. Diese ist in Bezug auf den Vorwurf neokolonialer Strukturen innerhalb des Westsaharakonflikts besonders kritisch zu betrachten (Badarin, 2021; Hernández, 2025). Da Marokko in dem Gebiet, auf das es nach internationalem Recht und Prüfung des IGH keinen Anspruch hat (IGH, 1975), wirtschaftlichen Aktivitäten nachgeht und umfangreich die Ressourcen der Westsahara kommodifiziert, obwohl die Sahrauis die Entscheidungsmacht über diese haben, ist dieses Machtverhältnis deutlich erkennbar. Es fällt somit für die indigene Bevölkerung auch eine wirtschaftliche Einkommensquelle weg, die eine Emanzipation aus dem Besatzungsverhältnis zusätzlich erschwert. Der Mangel an politischer Partizipation in dem umstrittenen Gebiet ist ein weiterer Aspekt, weswegen eine Analyse der Ressourcennutzung und des Ausbaus erneuerbarer Energien in der Westsahara aus der Perspektive der Internationalen Entwicklung relevant ist. Hierdurch soll nicht der Eindruck erzeugt werden, dass die Sahrauis keine Handlungsmacht innerhalb des Konfliktes innehaben, da es auch NGOs gibt, die die Perspektiven und Forderungen der Sahrauis vertreten sowie lokalen und internationalen Aktivismus zu der Besetzung im Allgemeinen und den Energieprojekten im Speziellen, es verdeutlicht aber dennoch die Machtposition Marokkos gegenüber der lokalen Bevölkerung der Westsahara und die Umstände, in die der Ausbau erneuerbarer Energien eingebettet ist.

Über die Position der Sahrauis in dem Konflikt hinaus bieten gegenwärtige Diskurse, wie der zur Energiewende, auch potenzielle neue Anreize für die Aufrechterhaltung solcher Machtstrukturen aus der Perspektive Marokkos und die Gefahr einer eben solchen für die Seite der Westsahara, was in dieser Arbeit untersucht werden soll. Der Ausbau erneuerbarer Energien kann somit Auswirkungen auf politische Machtstrukturen haben und die Lebensrealitäten der Sahrauis beeinflussen. Da sich hieraus Implikationen bezüglich geopolitischer Entwicklungen,

Menschenrechten in dem Gebiet, aber auch zukünftige Kooperation und Entscheidungen bei der Klimawende ergeben können, ordnet sich die Arbeit in die interdisziplinäre Forschung im Bereich der Internationalen Entwicklung ein.

Die Forschungslücke, die mit dieser Arbeit gefüllt werden soll, ergibt sich aus der spezifischen Betrachtung zweier Phänomene, die hier in Kombination auftreten, nämlich dem Aspekt der Besetzung der Westsahara durch Marokko und des sich daraus ergebenden politischen Konflikts einerseits und der Rolle erneuerbarer Energien im Zuge der Energiewende andererseits, untersucht anhand des Konzepts von „Greenwashing“. Bisherige Forschung zum Westsaharakonflikt hat sich vor allem mit den politischen (z.B. Zoubir, 1990; Zunes & Mundy, 2022), rechtlichen (z.B. Kingsbury, 2018; Laadam et al. 2023; Liceras, 2014) oder ökonomischen (z.B. Besenyo, 2011) Aspekten des Konflikts auseinandergesetzt. Die neokolonialen und zugleich legitimierenden Aspekte der Förderung natürlicher Ressourcen und erneuerbarer Energien im Kontext der Diskurse um globale Klimaschutzmaßnahmen in Ländern des Globalen Südens wurden dahingegen primär im Kontext lateinamerikanischer oder subsaharischer Ländern untersucht (z.B. Dorn, 2022; Müller et al., 2023; Radley, 2023).

Bezüglich des Westsaharakonflikts gibt es bereits Forschung, die sich mit dem Rohstoffabbau in dem Gebiet beschäftigt (z.B. Allan & Ojeda-García, 2022; Smith, 2018; White, 2015) und vereinzelt mit der Rolle erneuerbarer Energien in dem Konflikt (Allan et al., 2022; Alkhalili et al., 2023), jedoch nicht mit dem Fokus auf das Konzept Greenwashing. Greenwashing im Rahmen des Westsaharakonflikts wurde bisher nur von Byron (2017), ebenfalls im Rahmen einer Masterarbeit, thematisiert, jedoch in einer deskriptiven, aber noch nicht in einer analytischen Herangehensweise. Diese Arbeit ist somit unter den ersten, die das Konzept „Greenwashing“ in einer analytischen Form auf die Windenergieprojekte in der Westsahara anwenden.

Die folgende Arbeit gestaltet sich wie folgt: Zunächst wird die Methode der Literaturlarbeit vorgestellt, die angewendet wurde. Danach folgt eine Übersicht über die relevante Literatur zur Theorie und dem konzeptuellen Zugang zur Thematik. Hierfür wird zunächst die Literatur zu den rechtlichen Grundlagen der Ressourcennutzung in besetzten Territorien zusammengefasst, gefolgt von jenen Theorien und Konzepten, die den Hintergrund und Rahmen für das Konzept des Greenwashings bilden, das darauffolgend genauer vorgestellt wird. Im nächsten Abschnitt werden die Hintergründe zu dem Konflikt sowie die Energieprojekte selbst genauer dargelegt, die für die anschließende Analyse und Beantwortung der Forschungsfragen relevant sind. Es

folgt ein Diskussionsabschnitt, in dem die Forschungsfragen beantwortet, die Erkenntnisse aus der Analyse kritisch betrachtet und eingeordnet und Schlüsse bezüglich eines breiteren Kontexts gezogen werden, bevor die Arbeit mit einer Conclusio schließt.

2. Methode

Als Methode für die vorliegende Arbeit wurde die Literaturarbeit gewählt. In der Fachliteratur wird die Literaturarbeit als systematische Sammlung der für die eigene Forschung relevanten Literatur und das Herausarbeiten der wesentlichen Inhalte verstanden, um diese für die eigene Forschung zu nutzen (Gossel, 2021). Die Literaturarbeit kann als „Beobachtung verstanden werden, mit der das Forschungssystem Ausschnitte von Wissenschaft unterscheidet, die für das Forschungssystem relevant sind“ (ebd., S. 42).

Die Methode der Literaturarbeit wurde gewählt, da es zu dem in dieser Arbeit behandelten Thema und den verschiedenen Aspekten, die dieses beinhaltet, bereits viele Artikel in der Forschungsliteratur gibt, weswegen eine breite Grundlage an Konzepten und Hintergrundinformationen bereits vorhanden ist. Da diese jedoch meist einzelne, und von denen dieser Arbeit letztendlich abweichende, Aspekte behandeln, eignet sich die Literaturarbeit, um sich auf Basis dieser Forschung interdisziplinär der Analyse eines möglichen Greenwashings des Westsaharakonflikts anzunehmen. Mithilfe der Literatur zu den relevanten Konzepten in Kombination mit den Hintergrundinformationen und Erkenntnissen aus vorangegangener Forschung bezüglich des Konflikts sowie dem zusätzlichen Material aus Veröffentlichungen auf Websites, Reports und Medienberichten konnten somit in der Analyse die relevanten Schlüsse gezogen und diese kritisch eingeordnet werden.

Für diese Masterarbeit wurde im Rahmen einer umfangreichen Literaturrecherche zunächst eine Auswahl an für das Thema relevanter Forschungsliteratur getroffen. Hierbei wurde mittels zentraler Schlagworte, die die Kernthemen dieser Arbeit erfassen sollen, zunächst nach Literatur gesucht, die einen Überblick über die Thematik sowie die großen Teilaspekte schaffen sollte. Die Schlagworte waren hierbei vor allem „Westsaharakonflikt“, „Besetzung der Westsahara durch Marokko“, „Ressourcen in besetzten Territorien“, „politische Legitimation“, „Energiepolitik“, „Greenwashing“, und „Energiewende“. Ein Großteil der ausgewählten Literatur wurde in den letzten zehn Jahren, also im Zeitraum von 2015 bis 2025, veröffentlicht, um einen aktuellen Forschungsstand abzubilden; vereinzelt wurde bei grundlegender Theorie oder historischen Kontexten aber auch auf Literatur zurückgegriffen, die bereits älter ist. Es wurde darauf geachtet, die Forschungsliteratur interdisziplinär auszuwählen, da das Thema der

Energieprojekte Marokkos in der Westsahara selbst sowie die zentrale Problematik des „Greenwashings“ komplex sind, nicht nur auf Politikwissenschaften, Soziologie oder Umweltwissenschaften reduziert werden kann und Hintergründe sowie Perspektiven aus verschiedenen Bereichen somit unerlässlich sind. Letztendlich wurde Literatur ausgewählt, die selbst interdisziplinär zu verorten ist oder den Bereichen der Politikwissenschaft, Geschichte, Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaften sowie Naturwissenschaften zugeordnet werden kann. Es wurde auch darauf geachtet, akademische Veröffentlichungen von Forschenden und Universitäten aus dem Globalen Süden in die Analyse einzubeziehen. Die ausgewählte Forschungsliteratur wurde in einschlägigen Wissenschaftsjournals sowie Sammelbänden veröffentlicht und über die gängigen akademischen Suchportale Google Scholar und das online-Angebot der Bibliothek der Universität Wien abgerufen.

Darüber hinaus wurden als Quellen auch verschiedene andere Veröffentlichungen herangezogen, um die empirische Grundlage für die Analyse dieser Arbeit zu bilden. Zunächst wurden marokkanische Medienberichte zum Ausbau erneuerbarer Energien in dem Land gesucht. Hierfür wurde in englischsprachigen marokkanischen Medien zu Berichten diesbezüglich gesucht, wobei der Fokus weitestgehend auf dem Zeitraum der letzten fünf Jahre lag, da in marokkanischen Medien teilweise sehr viel über den Ausbau erneuerbarer Energien berichtet wird und ein längerer Zeitraum schwer einzuordnen gewesen wäre und inhaltlich keinen Mehrwert bezüglich der Ergebnisse geliefert hätte, da die Berichterstattung seitens Marokko diesbezüglich als einseitig eingestuft werden konnte. Der Fokus auf englischsprachige Medien ist durch die Sprachkenntnisse bedingt; es kann nicht ganz ausgeschlossen werden, dass es in lokalen Medien Berichte gibt, die auf ein anderes Analyseergebnis schließen lassen würden. Die Auswahl ist hierbei danach erfolgt, von welchen Medien grundsätzlich über die Thematik berichtet wurde, es wurden also im Vorhinein keine spezifischen Zeitungen oder ähnliches ausgesucht, um diese zu analysieren. Die Berichte und Artikel, die letztendlich für die Analyse herangezogen wurden, haben sich während der Recherche als diejenigen ergeben, die sich inhaltlich am konkretesten mit dem Thema erneuerbarer Energien in Marokko auseinandergesetzt haben.

Da die Darstellung in internationalen Medien untersucht werden sollte, wurde zudem eine Auswahl an Medienberichten zu dem Thema in englischsprachigen Medien aus dem Vereinigten Königreich und den USA sowie deutschsprachigen Medien aus Deutschland, der Schweiz und Österreich gewählt. Bei den englischsprachigen Medien wurde sich auf die bekanntesten Zeitungen fokussiert, die in den letzten zehn Jahren Artikel in den genannten

Ländern zu dem Thema veröffentlicht haben. Der Grund hierfür war, ein internationales Bild zu erfassen, dass nicht durch Sprachbarrieren verzerrt werden kann, die Realisierbarkeit, da nicht alle englischsprachigen Medienberichte aller Zeitungen untersucht werden können, und zudem auch eine Analyse derer Artikel zu dem Thema durchzuführen, die ein großes Publikum erreichen. Bezüglich der deutschsprachigen Medien wurde generell nach Berichten zum Thema erneuerbare Energien in Marokko und der Westsahara gesucht, wobei die Suche hier ebenfalls aufgrund des Zieles, eine zeitliche Eingrenzung zu haben, die einen relevanten Zeitraum abdeckt, auf die letzten zehn Jahre beschränkt wurde. Es wurde hier jedoch nicht nach spezifischen Medien gesucht, die zu dem Thema veröffentlicht haben, sondern die Auswahl hat sich während der Recherche aus Basis dessen ergeben, welche Zeitungen oder online-Publikationen in irgendeiner Art und Weise zu dem Thema im gewählten Zeitraum veröffentlicht haben.

Über Medienberichte hinaus wurde zudem untersucht, wie sich Akteure auf marokkanischer Seite sonst über die Energieprojekte äußern, wobei hier Informationen diesbezüglich auf der Website des marokkanischen Energiekonzerns *NAREVA* gefunden wurden, der als Hauptbetreiber der Windparks fungiert, sowie auf der Website des marokkanischen Ministeriums für Energiewende und nachhaltige Entwicklung.

Für die Position europäischer politischer Akteure wurden auf den Websites der Europäischen Kommission und des Entwicklungsministeriums Deutschlands Informationen zu den Energieprojekten Marokkos gefunden. Zudem wurden Veröffentlichungen zu dem Thema auf den Websites von NGOs gesucht, um eine differenzierte Betrachtung zu bekommen und hierüber auch die Perspektive von Menschen aus der Westsahara und sahraischen Aktivist*innen einbeziehen zu können. Die NGOs, die in den letzten Jahren Berichte über die Westsahara veröffentlicht haben, waren die *Western Sahara Resource Watch*, die *Terres des Hommes Schweiz* sowie die *Gesellschaft für bedrohte Völker*. Bei der Suche hierzu wurden auch Veröffentlichungen und Berichte von anderen Organisationen oder Verbänden gefunden, die sich zu den Energieprojekten Marokkos oder dazugehörigen Aspekten wie der Kooperation ausländischer Unternehmen geäußert oder anderweitig positioniert haben, die ebenfalls in diese Arbeit inkludiert wurden.

Letztlich wurden auch die Websites jener ausländischen Unternehmen untersucht, die direkt mit Marokko im Kontext des Ausbaus erneuerbarer Energien kooperieren. Hierbei wurde ein Fokus auf europäische Unternehmen gelegt, einerseits wegen der lokalen Relevanz, andererseits

auch, da diese die Hauptkooperationspartner für Marokko sind, wenn man von Investoren, wie beispielsweise aus China, absieht. Auf den Websites wurde zu allgemeinem Informationsmaterial, Pressemitteilungen, Reports und sonstigen Veröffentlichungen zu dem Thema gesucht. Ein besonderer Fokus wurde hier auf *Siemens*, beziehungsweise die Tochterfirmen *Siemens Energy/Gamesa* gelegt, da dies das Unternehmen ist, dass einerseits selbst am meisten Informationen zur Mitarbeit an den Projekten veröffentlicht hat, andererseits beim Bau der Windparks auch der wichtigste Lieferant ist und damit einen größeren Anteil an den Energieprojekten als andere Unternehmen hat.

Aufgrund der Besetzung der Westsahara und der Situation der Sahrauis gibt es verhältnismäßig wenige, besonders unabhängige Informationen, und deutlich weniger Medienberichte, Interviews oder auch Forschungsliteratur zu dem Thema aus einer sahrauischen Perspektive. Es konnten im Rahmen der Recherche zu dieser Arbeit zwar zwei veröffentlichte Interviews von sahrauischen Aktivist*innen gefunden werden, die sich mit der Thematik des Ausbaus erneuerbarer Energien in der Westsahara befassen, und es wurden Veröffentlichungen der NGO *Western Sahara Resource Watch* in die Analyse miteinbezogen, dennoch fehlen vergleichbare Informationen, Stimmen und Forschung zu jenen aus Marokko oder Ländern und Organisationen aus dem Globalen Norden. So gibt es oft auch keine offiziellen Länderdaten zu der Westsahara, wie dies bei anderen Ländern der Fall ist, zum Beispiel zur Wirtschaftsleistung. Der Mangel an Literatur und Veröffentlichungen ist hierbei das Ergebnis einiger der in dieser Arbeit thematisierten Faktoren und kann ebenfalls die Ergebnisse der Analyse dieser Arbeit selbst beeinflussen.

Es wurden im Rahmen dieser Masterarbeit somit keine eigenen Daten erhoben, sondern eine Sekundärforschung auf Basis bestehender Forschungsliteratur und Daten, Informationen und Veröffentlichungen durchgeführt. Bei allen Veröffentlichungen abseits der Forschungsliteratur, die als empirische Grundlage für die Arbeit dienen, wurde untersucht, wie über den Ausbau erneuerbarer Energien in Marokko berichtet wird, also ob neutrale Sprache verwendet wird oder eine Bewertung in eine negative oder positive Richtung zu erkennen ist. Es wurde zudem untersucht, ob die Westsahara, die Lage einiger der Windparks in dem Gebiet oder der Konflikt selbst erwähnt wird, ob es generell eine politische Einbettung zu dem Thema gibt oder sich auf technische Daten oder ähnliche Kennzahlen fokussiert wird. Bei der weiteren Analyse wurde untersucht, ob auf Basis der empirischen Grundlage die aus der Forschungsliteratur herausgearbeiteten Konzepte angewendet werden können und welche Ergebnisse sich daraus ableiten

lassen konnten. In der Diskussion wurden diese kritisch eingeordnet, die zentralen Erkenntnisse ausgearbeitet und diese auf andere Kontexte übertragen.

3. Theorie

Im Rahmen dieser Arbeit soll untersucht werden, wie Marokkos aktuelle Projekte, im Gebiet der Westsahara erneuerbare Energien zu erzeugen, unter dem Aspekt von „Greenwashing“ eingeordnet werden können. Bezüglich des Konzepts „Greenwashing“ werden in Abschnitt 3.4 die Inhalte der relevanten Literatur diesbezüglich aufgeführt. Um sich dem Konzept des „Greenwashings“ – besonders in dem für diese Arbeit spezifischen Kontext – adäquat nähern zu können, ist es zunächst essenziell, drei dem zugrundeliegende Bereiche zu betrachten: Zunächst soll der grundlegende Rahmen für den Aspekt der Ressourcennutzung bis zur Ressourcenausbeutung in umstrittenen und besetzten Territorien aufgezeigt werden. Es folgt die theoretische Grundlage dafür, wie politische Legitimation geschaffen wird, da sich hieraus die Legitimation für politische Maßnahmen ableiten lässt und schließlich die Debatte um grüne Energien und die Energiewende, in die sich Greenwashing als Konzept einordnet.

3.1 Ressourcennutzung in besetzten Territorien

Ein Territorium gilt dann als besetzt, wenn ein anderer Staat ohne die Einwilligung der lokalen Bevölkerung, bisherigen Verwaltung oder Regierung wirksam die Kontrolle über dieses ausübt (Benvensiti, 2016). Basierend auf dem vierten Abkommen der Genfer Konventionen von 1949 und den Haager Abkommen von 1899 und 1907, die zusammen die Grundlage für das internationale humanitäre Völkerrecht (IHL) bilden, gilt ein Territorium zudem als militärisch besetzt, wenn die lokalen Machtinhaber oder autorisierten Verwalter verdrängt oder vertrieben wurden und das Territorium unter die Macht der feindlichen Armee gestellt wird (Saul, 2018, S. 5). Nach Artikel 2 der Genfer Konventionen IV ist die Besetzung eines Territoriums durch einen anderen Staat ein Szenario, aus dem ein bewaffneter Konflikt entstehen kann, selbst wenn die Besetzung selbst auf keinen bewaffneten Widerstand aus der lokalen Bevölkerung stößt (ebd.). Wenn die Kontrolle über ein Territorium überhaupt erst im Rahmen eines bewaffneten Konflikts errungen wurde, gilt eine Besetzung darüber hinaus als feindlich oder kriegerisch (Longobardo, 2016, S. 253) und zudem als rechtswidrig, wenn sie das Ergebnis einer unrechtmäßigen Anwendung von Gewalt ist. Internationale Akteure können und sollten als Konsequenz einer solchen gewaltvollen, rechtswidrigen Besetzung fordern, dass sich die Besatzungsmacht aus dem Territorium zurückzieht oder zumindest Lebensumstände für die lokale Bevölkerung sicherstellt, die mit dem IHL vereinbar sind (Ratner, 2005, S. 695).

Unter dem Besatzungsrecht² sind Pflichten und Rechte einer Besatzungsmacht gefasst, die die Verwaltung des Territoriums und das Leben der Menschen in diesem regeln sollen (Pabian, 2021). Das Besatzungsrecht ist immer dann anwendbar, wenn, wie beschrieben, bewaffnete Kräfte eines Landes die Kontrolle über fremdes Territorium haben und zusätzlich der lokalen Bevölkerung dieses Territoriums gegenüberstehen (Roberts, 1984, S. 250). In Bezug hierauf soll die Besatzungsmacht grundsätzlich nach den in den Genfer Konventionen und Haager Abkommen vereinbarten humanitären Regeln handeln (Ratner, 2005, S. 695). Das bedeutet nicht, dass die Besetzung eines Territoriums bei Erfüllung dieser Bedingung von der internationalen Staatengemeinschaft automatisch als unterstützenswert oder nach internationalem Recht als legitim angesehen wird; vielmehr sind die Regeln, die das internationale Besatzungsrecht beinhaltet, in das „fundamentale Prinzip“ eingebettet, wonach die Aneignung von Land durch Gewalt oder militärische Kräfte stets illegal ist (Ratner, 2005, S. 700). Diese Regeln gelten unabhängig davon, ob die Besatzungsmacht das betreffende Territorium als „besetzt“ erklärt oder nicht. Ebenso wenig erhält diese die Souveränität über das Territorium, sondern gilt stattdessen als Verwalter (Longobardo, 2016, S. 254). Die Souveränität bleibt stattdessen stets bei der lokalen Bevölkerung (Fransen & Ryngaert, 2020, S. 49).

Als Verwalter über ein Territorium steht die Besatzungsmacht nicht nur in der Pflicht, für die Menschen vor Ort eine Grundversorgung und menschenwürdige Lebensumstände sicherzustellen sondern auch, bis zu einem gewissen Grad die Nutzung der natürlichen Ressourcen des Territoriums zu verwalten (Pabian, 2021, S. 76). Zudem soll der Staat oder das Territorium bis zu einer finalen Abstimmung bezüglich des weiteren Status bestmöglich aufrechterhalten und verwaltet werden (Ratner, 2005, S. 700). Das Ziel einer Besetzung sollte stets der zeitnahe Rückzug aus dem Staat oder Territorium sein; ihre zeitliche Begrenztheit ist demnach eine der wichtigsten Voraussetzungen (Pabian, 2021). Eine Besetzung soll somit nur eine „Führungslücke“ füllen, die andauert, bis eine abgesetzte Regierung zurückkehrt oder sich innerhalb des Territoriums eine neue bildet (Benvensiti, 2016). Somit ändert eine Besetzung auch nichts am rechtlichen Status eines Territoriums oder dessen Einwohnern, sondern überbrückt lediglich ein „rechtliches Vakuum“ (Fransen & Ryngaert, 2020, S. 49). Besetzungen sollten möglichst nicht länger andauern, als dies normalerweise der Fall ist und eine Besatzungsmacht sollte eine Regierungsbildung in dem Territorium zudem nicht verhindern, da dies die Auslegung des Besatzungsrechts verkomplizieren kann und womöglich gegen dieses verstößt (Pabian, 2021).

² Engl. „law of occupation“

Somit kann eine von der Besatzungsmacht in die Länge gezogene Besetzung bald als illegale Besetzung gelten (Salmoodi, 2023).

Das Ziel des Besatzungsrechts ist maßgeblich, die lokale Bevölkerung vor der Ausbeutung der Besatzungsmacht zu schützen, insbesondere von jeglichen Beschlüssen oder Aktivitäten, die zu einer Einbindung des besetzten Territoriums in das Staatsgebiet der Besatzungsmacht führen könnten (Ratner, 2005, S. 700). Zudem wird über das Besatzungsrecht geregelt, wie mit den natürlichen Ressourcen des Territoriums umzugehen ist, wobei hier ebenfalls der Schutz vor Ausbeutung zentral ist (Benvensiti, 2016, S. 21). Natürliche Ressourcen gelten generell als öffentliches Eigentum, das von der Besatzungsmacht unter gewissen Umständen genutzt werden darf. Dies ist der Fall, wenn eine Nutzung dieses öffentlichen Eigentums zur Erfüllung der nationalen Sicherheitsanforderungen und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung oder zur Kostendeckung der Besatzungsverwaltung beiträgt (ebd.). Es ist der Besatzungsmacht jedoch nicht gestattet, ihre Autorität auszunutzen, um Güter des öffentlichen Eigentums aus dem besetzten Gebiet zum Zweck eigener nationaler Interessen zu nutzen oder mit diesen die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu bedienen (Fransen & Ryngaert, 2020, S.50). Das Besatzungsrecht legt fest, dass die Besatzungsmacht öffentliche Güter nicht zerstören darf, es sei denn, dies wäre im Rahmen militärischer Operationen unbedingt notwendig.

Zudem dürfen diese öffentlichen Güter niemals geplündert oder gestohlen werden (Saul, 2018, S. 23f.). Die Besatzungsmacht hat demnach auch nicht das Recht, sich die natürlichen Ressourcen in irgendeiner Art anzueignen, die Eigentumsrechte für diese zu erwerben, in Anspruch zu nehmen oder sie zu verkaufen (ebd.). Was die Rechte und Pflichten bezüglich natürlicher Ressourcen im Rahmen einer Besatzung, und somit unter dem Besatzungsrecht, von jenen in anderen, nicht-internationalen Konflikten unterscheidet, bei denen sich „nur“ auf das humanitäre Völkerrecht bezogen werden kann, ist der Umstand, wonach im Fall einer Besatzung die Besatzungsmacht der lokalen Bevölkerung und ihrer natürlichen Ressourcen die Funktion einer Treuhandschaft einnimmt. Hierdurch wird das Wohl der lokalen Bevölkerung und das Handeln nach deren Interessen rechtlich in den Vordergrund gestellt und nimmt die Besatzungsmacht als Konfliktpartei stärker in die Verantwortung (Saul, 2018, S. 28).

Der Besatzer steht zudem in der Verpflichtung, gezielte Maßnahmen gegen eine Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch Dritte zu ergreifen (Benvensiti, 2016, S. 21). Bezüglich der Involviertheit internationaler Akteure in die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, womit hier insbesondere private Unternehmen oder Großkonzerne gemeint sind, steht die Besatzungs-

macht als öffentlicher Akteur nach dem Besatzungsrecht in besonderer Verantwortung dafür zu sorgen, dass die natürlichen Ressourcen nicht ausgebeutet, sondern geschützt oder jedenfalls nicht übermäßig abgebaut werden (Longobardo, 2016). Verstöße hiergegen können als Verletzung des humanitären Völkerrechts gewertet werden (ebd.). Es besteht jedoch eine rechtliche Differenzierung bezüglich der Eigenschaft der natürlichen Ressourcen. Sind die Ressourcen endlich, wie dies beispielsweise bei Erdöl, Mineralien oder Fischbeständen der Fall ist, gelten die dargelegten Regeln, wonach eine Nutzung möglich ist, wenn sie eine der drei oben genannten Bedingungen erfüllt. Dennoch soll darauf geachtet werden, dass die Bestände nicht zu sehr aufgebraucht werden (Fransen & Ryngaert, 2020, S.50). Bei jenen Ressourcen, die als erneuerbar gelten, ist die Nutzung generell eher erlaubt, es sollten jedoch keine größeren Mengen wertgeschöpft werden, als dies vor der Besatzung der Fall war (ebd.).

Dass die Bevölkerung eines Territoriums immer die Eigentumsrechte an dessen natürlichen Ressourcen hat, gilt unabhängig davon, ob das Territorium besetzt ist oder einen eigenständigen Staat darstellt. In letzterem Fall ist aufgrund der Verwaltungsautorität eines Staates beziehungsweise einer Regierung jedoch davon auszugehen, dass die Eigentumsrechte an den natürlichen Ressourcen praktisch in der Hand dieser Autorität liegen (Anisimov & Ryzhenkov, 2014, S. 170). Handelt es sich bei den natürlichen Ressourcen jedoch um solche, die nicht im Sinne eines Objekts von jemandem besessen werden können, also Luft, Sonne oder Wind, liegen die Eigentumsrechte immer und effektiv bei der Bevölkerung des Territoriums, in dem diese Ressourcen vorkommen beziehungsweise wertgeschöpft werden können (ebd.).

3.2 Politische Legitimation und Legitimationsstrategien

Der Begriff „legitimieren“ bedeutet ursprünglich, etwas „legal“ zu machen, beziehungsweise etwas zu legalisieren und leitet sich vom lateinischen Wort „legitimus“ ab, das so viel wie „rechtmäßig“ oder „gesetzlich“ bedeutet (Reyes, 2011, S. 782). Im heutigen Sprachgebrauch ist mit dem Begriffs jedoch meist gemeint, etwas zu „rechtfertigen“ (ebd.). In dieser Bedeutung findet sich zahlreiche Literatur zu Legitimität in politischen Kontexten, die sich meist auf die Legitimität von Regimen generell sowie politischer Maßnahmen bezieht (Tannenberg et al., 2021; Goddard & Krebs, 2015). Obwohl sich Wissenschaftler*innen bezüglich des Konzepts von (politischer) Legitimität nicht einig sind und es viele verschiedene Ansätze hierzu gibt, ist es sowohl im theoretischen Bereich der politikwissenschaftlichen Forschung als auch in empirischen Debatten häufig präsent (Mazepus et al., 2016).

Geprägt wurde das Konzept der Legitimität maßgeblich durch den deutschen Soziologen und Ökonomen Max Weber, der die Akzeptanz der Gesellschaft einer bestimmten politischen oder sozialen Ordnung gegenüber als essenziell für deren Machterhalt und Fortbestehen beschrieb. Hierbei müsse eben jene Ordnung nicht nur als annehmbare Option gesehen, sondern diese als maßgebliche Richtungsweisung für soziales Handeln wahrgenommen werden (Weber, 2006 [1921] in Gürtler et al., 2021). Nach Weber ist politische Legitimität hierbei stets das Ergebnis eines normativen Legitimationsprozesses, bei dem soziale oder politische Akteure zur Sicherung der eigenen Macht gezielt ein gewisses Glaubens- und Wertesystem kultivieren, indem mit der Herrschaft diverse diskursive Elemente bedient und Vorstellungen von Identität, Recht und Interessen gegenüber der Gesellschaft bestätigt werden (Rudolf, 2022). Politische Legitimität ist somit der Rahmen, in den sich politische Macht einbetten lässt und als Konzept essenziell, wenn es um die Analyse eben jener politischen Macht geht (Beetham, 2012).

Nach Gronau und Schmidtke (2016) ist das Konzept politischer Legitimität eines der zentralen Aspekte sozialwissenschaftlichen Forschung, da es sich mit der Frage auseinandersetzt, wie Gruppen, politische Parteien oder Regime ihren Anspruch erheben, regieren und somit über andere Gruppen, eine Region oder ein Land herrschen zu können. Es geht bei Legitimation, wie durch Weber (2006 [1921] in Gürtler et al., 2021) beschrieben, um die Akzeptanz der Gesellschaft einer herrschenden Instanz gegenüber, also um die wahrgenommene Rechtmäßigkeit basierend auf normativen Kriterien wie beispielsweise Demokratie oder auch Gerechtigkeit. Soziale oder politische Legitimation bedeute auch immer, den gesellschaftlichen Diskurs und diskursive Prozesse zur Kultivierung eines Akzeptanzgefühls betrachten zu müssen, in die sich diese Legitimation einbettet (Vaara et al., 2006, S. 75). Somit ist es der Diskurs, der bestimmt, was als legitim wahrgenommen wird und was nicht (Lavrusheva, 2013). Um eine bestimmte Handlung, politische Maßnahme oder politische Herrschaft als legitim einzustufen, muss diese als „the right thing to do“ dargestellt werden, also als das, was richtig ist und daher umgesetzt werden sollte. Die soziale Akzeptanz hierfür mittels Diskurs zu kultivieren, wird von Silverstein (2004) als „sozialkulturelle Konzeptualisierung“ bezeichnet, womit die ideologisch geformte Zustimmung von beziehungsweise innerhalb einer Gruppe gemeint ist.

Von zentraler Bedeutung innerhalb der Diskurse sind hierbei spezifische Narrative, durch die Prinzipien, Normen und kollektive Probleme beschrieben werden und diese, beziehungsweise die Lösung dieser, als essenziell für das Weiterbestehen der Gesellschaft oder des vorherrschenden Systems dargestellt werden (Rudolf, 2022). Wenn diese Narrative ständig

reproduziert werden, ist dies ein Mechanismus, über den Verhaltensweisen und Verhältnisse normalisiert und somit legitimiert werden (ebd.). Sich diese Narrative genauer anzuschauen, ist daher im Umkehrschluss wichtig, um Legitimität verstehen zu können. Eine genauere Analyse von Narrativen trägt daher auch dazu bei, diese im Kontext ihrer Generierung durch politische Eliten zu sehen und daher kritisch betrachten zu können. Das sei essenziell, um Narrative nicht blind als Realität wahrzunehmen (Koschorke, 2012). Ob und inwiefern Akteure die Macht haben, Narrative zu generieren und wirksam zu verbreiten, hängt nämlich oft vom politischen Machtzentrum, dessen Organisation und Beziehung zur Gesellschaft ab (Fishman, 1990, S. 428).

Bezüglich der Unterscheidung zwischen politischer Legitimation in demokratischen im Vergleich zu autokratischen Staaten vertreten manche Wissenschaftler*innen die Position, dass sich die Legitimationsgrundlage für demokratische Staaten zwar aus einer gemeinsamen gesellschaftlichen Vorstellung über das politische System sowie über den Diskurs und normative Wertvorstellungen ergibt, die Legitimität autokratischer Systeme jedoch primär auf ökonomischen Parametern basiert (Mazepus et al., 2016). Andere Positionen vertreten hingegen die Meinung, dass auch für das Bestehen von Autokratien normative Kriterien essenziell sind, um eine Legitimität zu generieren, da sich politischer Zuspruch selbst bei ökonomischem Erfolg langfristig nicht nur auf Basis von Zwang oder Bestrafung aufrechterhalten lässt (Rudolf, 2022). Auch hierfür ist oft eine gemeinsam vertretende Ideologie erforderlich, also bestimmte Ideen, Vorstellungen, Ziele und Zwecke von politischen Maßnahmen (Easton, 1965).

Eine gemeinsame Grundlage auf Basis moralischer und ethischer Vorstellungen innerhalb einer Gruppe sei daher entscheidend, um eine zielgerichtete Legitimierung realer politischer Prozesse sowie politischer Machtstrukturen zu bilden und auf Dauer aufrechterhalten zu können (Bizeul, 2000). Daher sei es bei einer Analyse autokratischer Systeme auch unzureichend, sich nur auf ökonomische oder institutionelle Erklärungsmuster für diverse Aspekte zu fokussieren und stattdessen wichtig, die stützenden Elemente dieser politischen Systeme diverser und komplexer zu erfassen und ebensolche ideologischen, historischen und kulturellen Ansätze miteinzubeziehen (Brooker, 2013).

Jedes System wird versuchen, eine Grundlage als Basis für die Zustimmung zur eigenen Legitimität zu generieren, daher sei ein Legitimitätsanspruch auch „das Lebenselixier von Politik“ (Reus-Smit, 2007, S. 164), und politische Regime stets eng mit einem solchen

Anspruch verknüpft (Gronau & Schmidtke, 2016). Eine solche Generierung kann mittels Legitimationsstrategien erfolgen. Als Legitimationsstrategien werden gezielte Vorgänge beschrieben, die eine, oft auch diffuse, Zustimmung zu etwas generieren können und diese langfristig aufrechterhalten sollen (Gronau & Schmidtke, 2016, S. 535f.). Durch diverse Legitimationsstrategien können also politische Legitimation und auch politische Maßnahmen als legitim wahrgenommen werden. Daher können diese Strategien entscheidende politische Konsequenzen mit sich bringen (Tannenbergh et al., 2021).

Legitimationsstrategien basieren auf diversen Mechanismen. Hierzu gehört zum einen spezifische Kommunikation, beispielsweise in Form von argumentativen Reden oder Berichten, zum anderen oft auch symbolische Maßnahmen (Gronau & Schmidtke, 2016). Hierbei werde meist auf soziale Normen und etablierte Vorstellungen davon, was als richtig oder angemessen gilt, zurückgegriffen. Das Ziel ist es, durch eine Konformität der eigenen Ideologie mit etablierten sozialen Normen das Gefühl von Legitimität zu erzeugen (ebd.). Dieses Gefühl an Konformität könne zum einen über rein kommunikative Wege erzeugt werden, was als diskursive Legitimation bezeichnet wird (Nullmeier et al., 2012). Hier werde also gesagt, weswegen eine gewisse Maßnahme oder die Herrschaft im Allgemeinen legitim und zu unterstützen sei. Daher sei auch Sprache an sich wichtig, um Legitimität zu schaffen und diese analysieren zu können (van Leeuwen, 2008). Zum anderen könne die herrschende Instanz auch ihre eigene, zumindest wahrgenommene, Identität so anpassen, dass sie mit den bestehenden normativen Wertevorstellungen in der Gesellschaft übereinstimme. Hierbei wird von einer institutionellen Legitimation gesprochen (Zaum, 2013).

Van Leeuwen (2008) unterscheidet die Mechanismen, die zu einer Legitimierung führen, in vier verschiedene Kategorien. Erstens: die Autorisierung, die sich in persönliche und unpersönliche Autorität unterteilen lasse und zu der Faktoren wie Autorität eines Vorbilds, oder Expert*innenautorität gehöre, aber auch Aspekte wie Tradition oder Konformität. Zweitens: die Rationalisierung, die sich in instrumentelle und theoretische Rationalisierung aufteilen lasse. Drittens: die von ihm als „Mythopoesis“ benannte Kategorie, unter der moralische Erzählungen sowie Warnbeispiele gehörten. Viertens: die moralische Bewertung, also die Evaluation, das Vergleichen, die Abstraktion und das in Bezug setzen dessen, was legitimiert werden solle (ebd.).

Auch Reyes (2011) legt diverse Mechanismen einer Legitimierung dar, unterteilt diese jedoch nicht in Kategorien. Legitimierung funktioniere über Emotionen, durch die Darlegung einer

bestimmten, hypothetischen Zukunft, in der beispielsweise eine Gefahr lauern, die verhindert werden müsse, durch Rationalität, durch Meinungen von Expert*innen, die die angestrebten politischen Maßnahmen unterstützen und daher ein Gefühl von Autorität erzeugen, sowie durch ein Narrativ von Altruismus, wenn die Auswirkungen der Maßnahme für die gesamte Gesellschaft als profitabel gesehen werden (ebd.).

Ein Beispiel, anhand dessen man einen Legitimierungsmechanismus für politische Maßnahmen untersuchen kann, ist der Diskurs um die Reduzierung von CO₂-Emissionen im Rahmen der Klimakrise und das Narrativ, wonach dies effektiv durch eine Umstellung der globalen Energieversorgung von fossilen Brennstoffen auf grüne Energien geschehen soll und kann (Jacobsson & Lauber, 2006).

Im folgenden Abschnitt soll genauer auf den Diskurs und die Debatte rund um Klimaschutz und grüne Energien eingegangen werden, bevor schließlich im Abschnitt zum Konzept des „Greenwashings“ dargelegt werden soll, inwiefern die Debatte „missbraucht“ werden kann, wenn dadurch politische Ziele erreicht werden können.

3.3 Von der Energiewende über Ökologische Modernisierung zu Grünem Kolonialismus

Im Rahmen des voranschreitenden Klimawandels und den globalen Bestrebungen, diesen möglichst erfolgreich abzumildern, wurden in den vergangenen Jahren diverse Themen immer präsenter, wie beispielsweise der Ausbau erneuerbarer Energien, die Organisation bezüglich der Infrastruktur für die Erzeugung und den Transport eben jener erneuerbarer Energien, sowie der Abbau natürlicher Ressourcen für die Produktion moderner Technologien. Die Debatte um diese Themen und die Analyse ihrer Zusammenhänge ist in den letzten Jahren vermehrt Gegenstand wissenschaftlicher Forschung in verschiedenen Disziplinen gewesen. Für diese Arbeit sind besonders die Konzepte und Erkenntnisse jener bisherigen Forschung relevant, die sich mit dem Zusammenhang von Energie und Politik, Diskursen rund um „grüne“ Technologien, Entwicklung und Modernisierung sowie der kritischen Einbettung dieser Diskurse in globale Machtstrukturen auseinandersetzen.

Grundsätzlich ist das Thema Energie ein wichtiger Bestandteil der Innen- und Außenpolitik der meisten Staaten weltweit, wobei besonders die Produktion, Infrastruktur und der Handel mit Energie wichtige Aspekte sind (Wilson, 2019). Energie und Politik seien daher intrinsisch miteinander verknüpft; darüber hinaus sei diese Energiepolitik im Kontext der Energiewende auch stets mit umweltpolitischen Maßnahmen verbunden (Shaffer, 2011). Im Rahmen der Forschung zu „energy foreign policy“ wurde in der Vergangenheit mehrfach untersucht, welche

Rolle Energie, und besonders auch Energiesicherheit, in politischen Verhandlungen spielt und inwiefern diese internationale Beziehungen zwischen Staaten beeinflussen kann (Özdamar, 2010; Youngs, 2011; Bovan et al., 2020). Wie sich Energiepolitik in die Landespolitik diverser Staaten einbettet, wurde unter anderem in Falle Chinas (Ziegler, 2006), Russlands (Dellecker & Gomart, 2011), Indiens (Müller-Kraenner, 2008) oder auch der USA (Bazilian et al., 2017) untersucht. Zudem bieten die „transition theory“, angewandt auf den Bereich Energie, einen Rahmen, um den Einfluss des sich wandelnden Energiesektors hin zu erneuerbaren Energien auf internationale Außenpolitik zu untersuchen (Wilson, 2019).

Dass der Energiesektor sich im Kontext eines Ausbaus erneuerbarer Energien und dynamischer und verschiebender geopolitischer Strukturen wandelt und dies in den Energiestrategien vieler Staaten mitberücksichtigt werden muss, ist hierbei ein zentraler Aspekt bei der Forschung zur Energiesicherung in internationalen Beziehungen und politischen Verhandlungen (Bazilian et al., 2017). Daher ist der Ansatz in der wissenschaftlichen Debatte rund um Energiepolitik und die Forschung bezüglich der Energiegewinnung und -versorgung in den letzten Jahren vermehrt international und mit Blick auf die geopolitische Lage ausgerichtet (Wilson, 2019). Dass Energiesicherheit und Geopolitik miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig bedingen, haben unter dem Konzept von „energy geopolitics“ beispielweise Bradshaw (2009), Vakulchuk et al. (2020) und Kuzemko et al., (2025) dargelegt.

Energiegewinnung, Energiesicherheit und der Handel mit Energie sind nicht nur wichtige Themen internationaler Verhandlungen, sie können aufgrund ihrer Bedeutung auch als außenpolitische Werkzeuge eingesetzt werden, beispielweise um von Staaten, die auf der Abnehmerseite von Energie stehen, diplomatische Zugeständnisse in anderen politischen Bereichen auszuhandeln, was in der Forschung in den letzten Jahren vermehrt unter dem Konzept „energy diplomacy“ untersucht wurde (Wilson, 2019; Bovan et al., 2020; Aalto, 2017). Die Motivation auf Seite der Energielieferanten könnten hierbei zum Beispiel eigene Sicherheitsinteressen sowie innenpolitische oder außenpolitische Zwecke sein (Shaffer, 2011). Bei der Nutzung von Energiepolitik als diplomatischem Werkzeug bestehe jedoch auch die Gefahr, dass Energiemärkte zu politischen Zwecken missbraucht werden könnten, was im Umkehrschluss wieder Auswirkungen auf die geopolitische Lage haben könne (Wilson, 2019). Jedenfalls sei Energie auf außenpolitischer Ebene ein höchst brisantes Thema, da es besonders bei Verhandlungen mit asymmetrischen Machtverhältnissen, wie sie bei der Erzeugung von Energie häufig bestünden, zu Druckausübungen und Konflikten kommen könne (ebd.).

Mit dem Konzept „energopolitics“ hat Boyer (2011) in Anlehnung an das Konzept „biopolitics“ von Foucault den Bereich der Forschung zu „energy policy“ und „energy foreign policy“ ausgeweitet, indem er beschreibt, wie Energie beziehungsweise Energiepolitik genutzt werden können, um mithilfe dieser Macht über Menschen und ganze Bevölkerungsgruppen auszuüben. Eine Analyse energiebezogener politischer Maßnahmen sei daher unter diesem Gesichtspunkt besonders in unterdrückenden politischen Systemen, in autokratischen Staaten und in politischen Konfliktsituationen wichtig (Allan et al., 2022). Hierbei könne auch untersucht werden, inwiefern Energie und die dazugehörigen Infrastrukturen genutzt würden, um neokoloniale Strukturen innerhalb der asymmetrischen Machtstrukturen eben jenen politischen Systemen auszubauen und aufrechtzuerhalten (ebd.). Brew-Hammond (2010) hat beispielweise solche neokolonialen Kontrollmechanismen mithilfe von Energieinfrastrukturen Bevölkerungsgruppen gegenüber in diversen afrikanischen Ländern untersucht und im Zuge dessen auf die koloniale Bedeutung dieser Form von Machtpolitik verwiesen. Auch Charis Enns und Bersaglio (2020) zeigen in ihrer Forschung auf, inwiefern im Rahmen großer Energieinfrastrukturprojekte in Ostafrika koloniale Verhältnisse reproduziert würden.

Die Energiewende fügt der Diskussion um Energiepolitik und den diversen Aspekten, die damit zusammenhängen, eine weitere Dimension hinzu. Mit der Energiewende ist hierbei die Umstellung der globalen Energieversorgung zu nachhaltigeren und effizienteren Technologien gemeint (Rutherford & Coutard, 2014). Die Energiewende müsse stets auch im Kontext einer politischen, sozialen und ökonomischen Transformationen betrachtet werden und aufgrund der variierenden Positionen innerhalb der Diskussion immer als politischer Kampf bezüglich der größeren, sozialpolitischen Umstände verstanden werden (Burke & Stephens, 2018; Brand et al., 2020).

Mit Konzepten wie „grünem Wachstum“ (Smulders & Toman, 2014) „grüner Wirtschaft“ (Loiseau et al., 2016), „nachhaltiger Entwicklung“ (Maka & Alabid, 2022) oder „grüner/ökologischer Modernisierung“ (Buttel, 2000) wird untersucht und ausgearbeitet, wie sich die globale Wirtschaft und die herkömmliche Energieerzeugung im Zuge des Klimawandels und der Energiewende ändern müsse, um nachhaltig zu werden. Dies schließt auch mit ein, wie ein nachhaltiges Wirtschaften, dass die Nutzung erneuerbarer Energien einschließt, besonders in Ländern des Globalen Südens zu einer nachhaltigen Entwicklung führen könne und damit einhergehend eine angestrebte Modernisierung der Infrastruktur und Technologien unter ökologischen Gesichtspunkten bringen würde (Wanner, 2015). Die gängigen Argumente der genannten Konzepte seien also, dass vermeintlich grüne Technologien zur Energieerzeugung

wichtige Instrumente für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum und eine Modernisierung vieler Länder darstellten, während diese zusätzlich mit den globalen Bestrebungen zur Einhaltung der ausgearbeiteten Klimaschutzmaßnahmen vereinbar seien und somit eine Lösung für die bisherigen Auslöser der Krise böten (Brand, 2012).

Besonders das Narrativ von einem „grünen“ Wirtschaftsparadigma basierend auf „grünem“ Wachstum werde von internationalen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen unterstützt (Wanner, 2015) und sei die Grundlage für Projekte und Initiativen, die im Bereich der Förderung von Ressourcen und des Ausbaus von Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien durchgeführt würden (Buseth, 2021). Dies werde durch den Diskurs rund um das Thema Nachhaltigkeit und Klimawandel gestützt, bei dem sowohl ein kollektives Verständnis als auch eine kollektive Zustimmung bezüglich dieser Themen in der breiten Gesellschaft generiert werde (Wanner, 2015). Daher sei es auch wichtig, Konzepte wie „grünes Wirtschaften“ und „grünes Wachstum“ immer im Kontext diskursiver Treiber zu untersuchen und sich nicht nur auf die Projekte und Maßnahmen an sich zu fokussieren (Bailey & Caprotti, 2014).

Es gibt bezüglich dieser Konzepte viel Kritik aus verschiedenen Perspektiven. Zum einen zeige sich bei den oben genannten Narrativen die Annahme eines „techno-fix“, wonach die „richtige“ Technologie die Probleme der Klimakrise lösen könne und das globale Wirtschaftssystem, ergo der Kapitalismus, sich im Zuge dessen in seinem Kern nicht einmal ändern müsse. Jedoch würden dabei die tieferliegenden, strukturellen Ursachen der Klimakrise vernachlässigt und die Unzulänglichkeit rein technischer Lösungsansätze für diese ignoriert (Huesemann & Huesemann, 2011). Zudem wird in der Forschungsliteratur in Bezug auf die gängigen Narrative häufig die Kritik angebracht, dass die oben genannten Konzepte in ihrer Logik inhärent post- und neokoloniale Züge aufwiesen. Das Konzept von „grünem Wachstum“ sei beispielsweise im Kontext von Ländern des Globalen Südens in postkolonialen Modernisierungsparadigmen verwurzelt (de Souza et al. 2018) und auch die anderen damit in Verbindung stehenden Konzepte seien deutlich im modernisierungstheoretischen Diskurs verankert und verstünden Entwicklung als gleichgesetzt mit Modernisierung (Buseth, 2021).

Hierzu gehöre auch die Vorstellung, dass sich die Natur mithilfe der „richtigen“ Technologien kontrollieren lasse; ein Narrativ, dem eine dichotome Vorstellung von Mensch und Natur zugrunde liege (ebd.). In mehreren afrikanischen Ländern werde das Narrativ von „grünem“ Wirtschaften und „Entwicklung bedeutet Modernisierung“ vermehrt genutzt, um den Ausbau

kapitalintensiver Energie- und Infrastrukturprojekte zu rechtfertigen (Bergius et al., 2018). Zudem wurde die Kritik geäußert, dass die Energiewende an sich nach den Regeln eines neoliberalen, globalisierten Marktes funktioniere und somit dem diesem inhärenten Paradigma von Fortschritt und Entwicklung unterliege (Wanner 2015). Der Abbau natürlicher Ressourcen und die Erzeugung erneuerbarer Energien zur Versorgung bisheriger Strukturen, von Industrie bis Mobilität, basierten letztlich auf den gleichen treibenden Kräften des Kapitalismus nach Wachstum und Expansion wie frühere Narrative auch (Buseth, 2021).

Darüber hinaus gibt es jedoch auch praktische Bedenken bezüglich der oben genannten Konzepte. Im Kontext asymmetrischer Macht- und Herrschaftsverhältnissen oder in politischen Konfliktsituation, zu denen auch Besetzungen von Land gehörten, könnten Maßnahmen, die durch die Narrative zum Ausbau klimaschützender Technologien diskursiv gestützt seien, diese Verhältnisse aufrechterhalten und Konflikte merkbar verlängern (Alkhalili et al., 2023). In autokratischen Systemen könnten Energieprojekte also aufgrund ihrer ideologisch gestützten Grundlage die politischen Maßnahmen von Regimen, und damit deren Herrschafts- und Machtanspruch generell, legitimieren – besonders dann, wenn diese autokratischen Systeme in Ländern des Globalen Südens sind und somit mit Blick auf das Konzept von „grüner“ oder „ökologischer“ Modernisierung ein Narrativ von „Entwicklung“ einhergeht (Haddad et al., 2022).

Konzepte wie „grüner Kolonialismus“ (Zografos, 2022) oder auch „grüner Extraktivismus“ (Dorn et al., 2022; Bruna, 2022) setzen sich kritisch mit eben jenen Narrativen auseinander und nähern sich analytisch den Umständen, unter denen besonders in Ländern des Globalen Südens auf Basis von Klimaschutzmaßnahmen und der diskursiven Macht der Energiewende Energieprojekte, aber auch Projekte zum Abbau natürlicher Ressourcen, legitimiert werden. Darüber hinaus wird auch untersucht, welche Auswirkungen dies auf die Umwelt und die lokale Bevölkerung hat und inwiefern sich neokoloniale Kontinuitäten abzeichnen, wenn es beispielsweise um Vertreibung, „land-grabbing“ oder die Vertiefung politischer und sozialer Machthierarchien geht (Anlauf, 2016; Voskoboynik & Andreucci, 2022).

Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Themen sei daher notwendig, da die Gefahr besteht, dass die Bekämpfung der Klimakrise über Menschenrechte oder manche Menschen und Gegenden über andere gestellt würden und es daher zu sozialer Klimaungerechtigkeit käme (Alkhalili et al., 2023). Es sei daher auch wichtig, sich dessen bewusst zu sein, dass vermeintlich „grüne“ Energie nicht unbedingt „grün“, „ökologisch sauber“ oder ethisch erzeugt

ist, sei es aufgrund von Umweltzerstörung als Nebenprodukt eines Ausbaus der relevanten Infrastruktur oder aufgrund der negativen Implikationen auf sozialer und menschenrechtlicher Ebene (Dunlap, 2017). De Boom (2020) hat im Kontext dieser Problematik das Konzept von „climate necropolitics“ geprägt, mit dem verdeutlicht werden soll, inwiefern Klimapolitik und die dazugehörigen Maßnahmen, wie dem Abbau von Bodenschätzen oder auch der Bau von Windkraftanlagen, nicht selten mit Gewalt und Vertreibung einhergehen.

Die Energiedebatte in einem politischen Kontext wird häufig aus einer politökologischen Perspektive heraus untersucht. Die Politische Ökologie ist kein eigenstehendes Konzept und auch keine Theorie oder Methode, sondern vielmehr ein Forschungsfeld oder eine gemeinsame Denk- und Herangehensweise an ökologische Aspekte in politischen Zusammenhängen. Diese können jedoch unter jeweils unterschiedlichen Konzepten und Theorien analysiert werden (Robbins, 2019, S. 85). Perreault et al. (2015, S. 7f.) beschreiben die Politische Ökologie als das gemeinsame Bekenntnis von Wissenschaftler*innen zu einer kritischen Gesellschaftstheorie, tiefgreifender empirischer Beobachtung sowie strukturellem politischem Wandel und sozialer Gerechtigkeit. Darüber hinaus sei es von zentraler Bedeutung, sich gegen apolitische Verständnisse von Umwelt und Umweltveränderungen einzusetzen, da politische Maßnahmen und durch Politik bestimmte Machtverhältnisse zwangsläufig die Umwelt und den Diskurs rund um Umweltschutz und Klimawandel bestimmen (Robbins, 2019). Dies werde in der Diskussion rund um globale Klimaschutzmaßnahmen jedoch oft ausgeklammert (Harlan, 2021, S. 218). Daher bietet die Politische Ökologie einen geeigneten Rahmen, um die Narrative und Diskurse zu untersuchen, die der Planung diverser Umweltschutzmaßnahmen und Projekte zugrunde liegen (Forsyth, 2008).

Aus diesen Gründen ist die Politische Ökologie auch Konzepten wie „grüner“ Entwicklung gegenüber kritisch eingestellt (Harlan, 2021, S. 205). Es besteht innerhalb der Politischen Ökologie zwar Konsens über die essenzielle Bedeutung globaler Klimaschutzmaßnahmen in Zeiten der Klimakrise und der Ausbau diverser erneuerbarer Energien werde im Kontext dieser auch befürwortet, weswegen sich Wissenschaftler*innen aus dem Bereich der Politischen Ökologie mit Regierungen und internationalen Organisationen einig sind (Ben-Shmuel & Halle, 2023, S. 213). Das Problem sei stattdessen, dass die Diskussionen und Pläne rund um Klimaschutzmaßnahmen eine Möglichkeit für bereits mächtige Akteure bieten, die ihnen zur Verfügung stehende Macht und Kontrolle über Land und Ressourcen weiter auszubauen (Harlan, 2021, S. 208). Eine politökologische Perspektive sei somit immer dann sinnvoll, wenn Projekte im Bereich des Umweltschutzes oder der Förderung erneuerbarer Energien inhärent

politisch seien. Diskussionen diesbezüglich müssen somit stets ungleiche und ungerechte Auswirkungen dieser Projekte sowie zugrundeliegende Machtverhältnisse in den Vordergrund stellen (ebd.).

3.4 Greenwashing

Greenwashing ist eine Weiterentwicklung des ursprünglichen Begriffs beziehungsweise Konzepts des „Whitewashings“. Dieses hat seinen Ursprung im siebzehnten Jahrhundert, als mit „Whitewashing“ das Verbergen von Verbrechen oder anderen Lasten durch eine gezielt verzerrte und in eine gewisse Richtung beeinflussende Darlegung der Umstände gemeint war (Blackmer 2019). Später wurde der Begriff dann umgangssprachlich auch in dem Sinne verwendet, dass ein Verschleiern von Fehlern mit gleichzeitiger Fokuslegung auf positive Attribute wie Ehrlichkeit oder Respektabilität einherginge (Williams, 2024).

Auch wenn sich die Anwendungsbereiche weiterentwickelt haben, bleibt die Grundlogik hinter dem Konzept die gleiche: Es handelt sich um eine gezielte Legitimierung beziehungsweise Rechtfertigung gewisser Maßnahmen oder Strategien, obwohl die Umstände jener eine Angriffsfläche der ausführenden Akteure bieten würden. Es gehe also immer um ein Verschleiern oder Verdecken einer Sache, indem diese hinter einer erzeugten Illusion, einer Fassade der Akzeptabilität versteckt würde (Williams, 2024, S. 3). Es solle, ganz nach dem Motto „business as usual“, sichergestellt werden, dass Akteure nach wie vor ihren, potenziell problematischen und daher angreifbaren, Interessen nachgehen könnten, während sie sich durch eine spezifische Darlegung der Umstände eine Legitimierungsgrundlage eben jener Interessen schafften (ebd.).

Heute wird der Begriff des „Washings“ in dieser Logik nach wie vor in unterschiedlichen Kontexten genutzt, so beispielsweise beim Konzept des Pinkwashing, oder bei dem des Greenwashings, wobei letzteres besonders in den letzten Jahren vermehrt in diversen Medien aufgegriffen wurde, da es immer wieder im Kontext mit ökologisch motivierten Marketingstrategien von Unternehmen in Zusammenhang gebracht wird. Die beiden Konzepte unterscheiden sich zwar in ihren Anwendungsgebieten und teilweise auch in ihrer Auslegung, haben jedoch gemeinsam, dass sich die anwendenden Akteure nach außen jeweils Liberalismus und ethische Verantwortung auf die Fahne schreiben, während gleichzeitig bestehende ungleiche Machtverhältnisse sowie soziale Ungerechtigkeiten aufrechterhalten und teilweise auch Verstöße gegen Zivil- oder Völkerrecht begangen werden (Williams, 2024, S. 6).

Pinkwashing ist als Konzept zwar anders verortet als Greenwashing und soll hier auch nicht in analytischer Funktion angewendet werden, ist jedoch im Rahmen einer Analyse politischer Aspekte des Ausbaus erneuerbarer Energien in der Westsahara durch Marokko dahingehend interessant, da es sich mit politischen Strategien zur vermeintlichen Legitimation einer anderen Besetzung auseinandersetzt, nämlich derer palästinischer Gebiete durch Israel. Mit Pinkwashing wird in der Literatur und im allgemeinen Diskurs nämlich Israels Strategie beschrieben, mit einer LGBTQ+ - freundlichen Politik seine politische Legitimität und damit auch die Herrschaft über Palästina zu rechtfertigen (Schulman, 2011). Die Rechte, die der queeren Gemeinschaft in Israel zukommen würden, würden hierbei gezielt als Werkzeug internationaler Öffentlichkeitsarbeit genutzt (ebd.).

Shafie (2015, S. 83) definiert „Pinkwashing“ als die bewusste Strategie der israelischen Regierung sowie der Behörden und der israelischen LGBTQ+ Gemeinschaft selbst, um Israels relativ fortschrittliche Haltung zu den Rechten queerer Menschen auszunutzen und die internationale Aufmerksamkeit damit von seinen Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts abzulenken. Durch ein gewisses Image von Demokratie, Liberalität und Queerfreundlichkeit nehme Israel somit, besonders im Kontext seiner geografischen Lage im Nahen Osten, eine Ausnahmestellung ein, besonders aus der Sicht „westlicher“ Staaten (ebd.).

Generell könne bei der queerfreundlichen Politik Israels auch von performativer Politik gesprochen werden, also einer Politik, die primär danach ausgerichtet sei, ein gewisses Bild zu kreieren und dadurch Vorteile für die eigenen Interessen zu erlangen, anstatt eine intrinsische und nicht nach politischen Vorteilen strebende politische Linie zu verfolgen (Hartal, 2020, S. 3). Zentraler Aspekt beim „Pinkwashing“ sei, dass das generierte positive Image stark genug wirkt, sodass außenstehende Akteure über die negativen Seiten der israelischen Politik hinwegzusehen bereit sind oder diese unter den positiven Assoziationen untergehen (ebd.).

Inhärent politisch verortet können vom Pinkwashing Israels also konzeptuelle Parallelen zum Vorwurf des „Greenwashings“ im Konflikt zwischen Marokko und der Westsahara gezogen und bezüglich der Logik und der Mechanismen, die zu untersuchen sind, der Bogen vom „Werkzeug Queerfreundlichkeit“ zum „Werkzeug Nachhaltigkeit“ gespannt werden.

Die Forschung zu Greenwashing selbst ist stark in den Wirtschaftswissenschaften verortet, wobei hier primär die vermeintlich grünen Marketingstrategien von Unternehmen untersucht werden, um somit ein positives Image bei Konsument*innen zu generieren (Williams, 2024, S. 2). Diese Strategien werden angewendet, um umweltschädliche oder auch unethische Prozesse

zu verschleiern oder mithilfe des positiven Images langfristig wirtschaftlich zu bleiben, ohne tatsächlich grundlegende Veränderungen der Produktionsprozesse anstoßen zu müssen. Neben der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur findet sich jedoch auch Forschung zu „Greenwashing“ aus den Bereichen der Politikwissenschaften, Geografie, Soziologie, Kommunikationswissenschaften oder Umweltwissenschaften (Nemes et al., 2022). Auch Ben-Shmuel & Halle (2023) stellen fest, dass „Greenwashing“ als Begriff in der öffentlichen politischen Debatte immer häufiger auftauche.

Grundlegend für das Konzept des „Greenwashing“ ist sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch auf politischer, sozialer oder umwelttechnischer Ebene ein Image von Nachhaltigkeit zu erzeugen und „grüne“ Entwicklungs- und Produktionsprozesse zu suggerieren. Der zentrale Aspekt, der das „Washing“ hier definiert, sei jedoch, dass gezielt irreführende oder schlichtweg falsche Aussagen bezüglich der „grünen“ Performance gemacht würden, um den Eindruck vom Umweltbewusstsein zu erzeugen (Williams, 2024). Die Motivation hierfür ergebe sich aus dem in den letzten Jahren wachsenden Bewusstsein von Verbraucher*innen, Investor*innen und internationalen Regierungen über die Probleme, die das Resultat vergangener Jahrzehnte der Industrialisierung und Globalisierung seien, nämlich dem Klimawandel, damit verbundene CO₂-Emissionen vieler Sektoren, und andere Umweltprobleme wie dem Biodiversitätsverlust oder die Verschmutzung der Weltmeere (Aggarwal & Kadyan, 2014, S. 22).

Zentral ist hierbei auch das Bestreben, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Diese wird als Entwicklung definiert, die die Bedürfnisse der jetzigen Generation befriedigt, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen einzuschränken, deren Bedürfnisse befriedigen zu können³ (WCED 1987 in de Freitas Netto et al., 2020, S. 2). Die im Rahmen der „Sustainable Development Goals“ (SDGs) ausgearbeiteten Ziele für eine nachhaltige Zukunft in mehreren Bereichen haben insbesondere in den vergangenen Jahren bei vielen Unternehmen einen Druck ausgelöst, in Anbetracht der veränderten Marktbedingungen vermehrt auf „grüne“ Produkte und Produktionsketten umzustellen – oder dies zumindest zu suggerieren (Pimonenko et al., 2020). Denn aus dem neuen Bewusstsein bezüglich diverser Umweltthemen heraus ergibt sich eine veränderte Nachfrage. Außerdem gibt es vermehrt staatlich festgelegte Auflagen, gewisse

³ Übersetzung des direkten Zitats: „(...) development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (WCED World Commission on Environment and Development (1987) Our common future. <http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf>. Accessed 25 Sept 2018 in de Freitas Netto et al., 2020, S.2)

Klimaschutzvorgaben einzuhalten, auch wenn diese häufig unzureichend kontrolliert werden (Du, 2015).

Eine zentrale Rolle bei der Reduzierung von Emissionen spielt auch eine Umstrukturierung des Energiesektors. Da dieser aktuell noch für über ein Drittel des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich ist, gilt eine Transformation zu erneuerbaren Energien als essenziell, um den Klimawandel stoppen zu können. Hieraus ergibt sich ein großer Druck auf Staaten sowie Unternehmen im Energiesektor, „grüne“ Energie zu produzieren, diese auch einzusetzen und generell auf nachhaltige Technologien umzustellen (de Freitas Netto et al., 2020). Nachhaltig zu sein, selbst wenn dies auch nur suggeriert werde, sei im Kontext des globalen Diskurses zu Klimaschutzmaßnahmen hierzu ein zentraler Aspekt sämtlicher Produktionsprozesse geworden und trage darüber hinaus zur Moralisierung der Konsument*innen, der Unternehmen und der Staaten selbst bei (Sandhu, 2014).

Der Begriff des „Greenwashings“ wurde erstmals im Jahr 1986 von dem Umweltschützer Jay Westervelt verwendet und ergibt sich aus dem Spannungsfeld zwischen einer Forderung nach Umweltschutz und dem Bestreben von Unternehmen und Staaten, weiterhin profitabel zu sein. Mit „Greenwashing“ wird nun die Überschneidung zweier gleichzeitig auftretender Umstände beschrieben, nämlich einer schlechten Umweltbilanz und unzureichenden Leistungen bezüglich nachhaltiger Prozesse bei einer gleichzeitig positiven Kommunikation eben dieser (de Freitas Netto et al., 2020, S. 6). Es bestehe also eine Diskrepanz zwischen dem, was Unternehmen oder Staaten behaupten, bezüglich des Umweltschutzes zu tun und dessen, was tatsächlich getan wird (Siano et al., 2017, S. 28). Somit könne „Greenwashing“ als die strategische Konstruktion eines nachhaltigen und umweltfreundlichen Bildes bei gleichzeitiger Nichterfüllung eben jener Aspekte bezeichnet werden (Schmallenbach & König, 2021).

Besonders Unternehmen nutzten somit beispielsweise Marketingstrategien gezielt, um ein „grünes“ Image zu generieren und besonders umweltfreundlich zu wirken. Staatliche Regularien werden zudem teils nicht überprüft, umgangen oder nur teilweise eingehalten; Vorgaben wie das Führen einer Umweltbuchhaltung oder grüner Warenketten könnten also eingehalten werden, während die Produkte an sich jedoch nicht umweltfreundlicher würden (Yang et al., 2020, S. 1495). Zudem schafft das kompetitive Umfeld einer Marktwirtschaft im Kontext der gestiegenen Nachfrage nach „grünen“ Produkten einen starken Anreiz für Unternehmen, so umweltfreundlich wie möglich zu wirken, um somit wirtschaftlich erfolgreicher als die Konkurrenz zu sein (Parguel et al., 2011). Durch die Nachfrage nach

„grünen“ Produkten ergäben sich darüber hinaus auch gänzlich neue Marktchancen, da bestehende Unternehmen diese Nachfrage teilweise bedienen könnten, bevor potenzielle Konkurrenten die Möglichkeit dazu hätten. Somit zeigt sich, dass Unternehmen nicht nur die Möglichkeit, sondern auch starke Anreize hätten, „Greenwashing“ zu betreiben und unter wirtschaftlichen Aspekten auf die neuen sich anbietenden Marktmöglichkeiten reagierten (Horiuchi et al., 2009).

Im Jahr 1999 wurde der Begriff „Greenwashing“ dem Oxford English Dictionary mit folgender Definition hinzugefügt: „Disinformation disseminated by an organization so as to present an environmentally responsible public image; a public image of environmental responsibility promulgated by or for an organization, etc., but perceived as being unfounded or intentionally misleading“ (Oxford English Dictionary, 2018 in de Freitas Netto, 2020, S. 6). Laut aktuellen Definitionen ist „Greenwashing“ schlicht die „creation or propagation of an unfounded or misleading environmentalist image“ (Oxford English Dictionary, 2025). In anderen Lexika, wie beispielsweise dem Cambridge Dictionary, wird „Greenwashing“ meist wieder geringfügig anders definiert. An den unterschiedlichen und sich verändernden Definitionen ist zu erkennen, dass es keine allgemein gültige Definition in dem Sinne zu „Greenwashing“ gibt (Nemes et al., 2022). Auch Yang et al. (2020) weisen auf die breite und oft vage Verwendung des Begriffs, selbst in der Forschungsliteratur, hin und stellen fest, dass die Definitionen sich je nachdem unterscheiden, aus welchem Forschungsfeld das Phänomen untersucht wird.

Um dennoch einen guten Über- und Einblick in das Konzept zu bekommen, ist eine gewisse Klassifizierung von „Greenwashing“ sinnvoll. De Freitas Netto et al. (2020) klassifizieren „Greenwashing“ von Unternehmen in die vier Typen der Ausführung auf Firmenebene, Ausführung auf Produktebene, Anspruch auf Unternehmensebene sowie Anspruch auf Produktebene. Yang et al. (2020) erweitern diese Typen um sechs strategische Kategorien, die von einem wirtschaftlichen Bereich teilweise auch auf soziale oder politische Kontexte übertragen werden können. Am geläufigsten, und auch am meisten untersucht, ist die Strategie der „selektiven Auskunft“ beziehungsweise der „selektiven Offenlegung“ (Yang et al., 2020, S. 1493).

Hiermit ist gemeint, dass Unternehmen, oder eben andere Akteure wie Organisationen oder Staaten eine selektive Auswahl an positiven Informationen bezüglich der ökologischen und sozialen Performance an Stakeholder*innen oder die generelle Öffentlichkeit weitergeben, während negative Informationen diesbezüglich nicht bekannt gemacht werden, um so ein

verzerrt positives Unternehmensbild zu generieren (Lyon & Maxwell, 2011, S. 5). Diese symbolische Strategie habe das Ziel, durch die Offenlegung bestimmter positiver und unkritischer Indikatoren bei gleichzeitiger Verschleierung der negativen Gesamtleistung eine gewisse moralische Legitimität zu erreichen oder zu halten (Marquis et al., 2016, S. 483).

Eine weitere Strategie ist die der sogenannten „Abkoppelung“ oder „Entkoppelung“. Hierbei geben Unternehmen an, die von Stakeholder*innen geforderten ökologischen Ziele zu erreichen, auch wenn sie dies in der Realität nicht tun und ihre Prozesse diesbezüglich auch nicht ändern (Yang et al., 2020, S. 1494). Die Einhaltung und Konformität bezüglich der ökologischen und sozialen Anforderungen werde also nur suggeriert, ohne jedoch umgesetzt zu werden. Zentral ist auch hier das Erreichen und Erhalten der Unternehmenslegitimität (ebd.). Diese kann in kognitive, pragmatische und moralische Legitimität unterteilt werden (Suchman, 1995), wobei „Greenwashing“ laut Seele und Gatti (2017) primär relevant für die kognitive Legitimität sei. Mitunter wird „Greenwashing“ jedoch auch mit moralischer Legitimität in Verbindung gebracht (Guo et al., 2017; Fricke, 2023).

In die dritte Kategorie fallen jene Strategien, die unter „Aufmerksamkeitsablenkung“ gefasst werden können. Das Ziel hierbei sei, die Aufmerksamkeit von Stakeholder*innen durch symbolische Aktionen gezielt auf kleinere Probleme zu lenken oder durch spezifische Statements einen „grünen“ Diskurs zu schaffen, wodurch die nachhaltigen Interessen der Stakeholder*innen befriedigt würden, obwohl diese nicht durch tatsächliche nachhaltige Aktionspläne gestützt würden (Siano et al., 2017, S. 27). Der entscheidende Punkt sei hierbei die Rolle von Kommunikationsstrategien, durch die mithilfe vager oder auch gänzlich falscher Aussagen selektive und korrigierende Auskünfte bezüglich der „grünen“ Performance eines Unternehmens gegeben würden (Yang et al., 2020, S. 1494).

Die vierte Kategorie ist die der „trügerischen Manipulation“. Gemeint ist hiermit ein bewusstes Verhalten von Unternehmen, das Konsument*innen durch gewisse Kommunikation über die Nachhaltigkeit des Unternehmens gezielt irreführen soll, sodass diese die Produkte und Ziele des Unternehmens selbst als nachhaltig einstufen (Yang et al., 2020, S. 1494). In die fünfte Kategorie fällt die Verwendung von Umweltlabels, die teilweise nicht ausreichend geschützt oder anfällig für Täuschungen sind. Die Verwendung solcher könne somit als „Greenwashing“ eingestuft werden (ebd.). Die sechste und letzte Kategorie der Klassifizierungen von Greenwashing beschreibt die ineffiziente Beteiligung von Unternehmen an staatlich geförderten, freiwilligen Umweltschutzprogrammen (Yang et al., 2020, S. 1495). Auch wenn

Unternehmen sich häufig, und aus vielen Gründen, an solchen Programmen beteiligten, würde dies dennoch praktisch kaum zu tatsächlichen Verbesserungen in der Umwelt- und Klimabilanz führen, vor allem nicht bei jenen Unternehmen, die keine langfristigen Beiträge leisteten (Delmas & Montes-Sancho, 2010). Wenn diese sich jedoch mit der Beteiligung rühmen, obwohl diese bezüglich der tatsächlichen Effektivität völlig unzureichend sei, könne auch dies als Form von „Greenwashing“ eingestuft werden.

Unternehmen oder Organisationen wirken initial attraktiver, wenn sie nachhaltige Strategien anpriesen oder generell ein umweltfreundliches Image hätten, worin schließlich auch die Motivation läge, „Greenwashing“ überhaupt erst zu betreiben (Jamali & Karam, 2018). Mittelbeziehungsweise langfristig habe „Greenwashing“ jedoch faktisch eher negative Effekte. Da sich beispielweise Konsument*innen über das Phänomen von „Greenwashing“ bewusst sind und teilweise durch die Flut an als nachhaltig vermarkteteten Produkten eine Informationsüberladung stattfindet, sei es möglich, dass der Konsum mit der Zeit zurück gehe – unter anderem weil potenzielle Konsument*innen die Produkte nicht mehr richtig einschätzen könnten und mit einer höheren Skepsis an Kaufentscheidungen herantreten (Yang et al., 2020, S. 1498).

Bei Stakeholder*innen generell werde „Greenwashing“ aus ähnlichen Gründen mit der Zeit mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Vertrauensverlust oder zumindest einer größeren Unsicherheit führen, da unter anderem die Angst besteht, das entsprechende Unternehmen oder eine Organisation sei nicht mehr glaubwürdig und eine Zusammenarbeit, beispielsweise im Fall anderer Unternehmen, könne sich negativ auf die Stakeholder*innen selbst auswirken (Pizetti et al., 2021). Ebenso negative Effekte sind für die Gesellschaft selbst zu erwarten. Betrachtet man die Situation unter dem Blick einer ökonomischen Analyse wird deutlich, dass sich sowohl die Konsumentenrente als auch die Wohlfahrtsgewinne reduzieren, wenn Unternehmen mehr abschöpfen, ohne dass die Konsument*innen dafür einen tatsächlich höheren Gegenwert bekommen. Das Ergebnis sei somit ein gesamtwirtschaftlicher ökonomischer Verlust (Yang et al., 2020, S. 1497). Selbst wenn der Gewinn der Unternehmen und Shareholder*innen, also der Zuwachs in der Produzentenrente, den Verlust der Konsumentenrente aufwiege, werde der gesamtgesellschaftliche Nutzen aufgrund des Wohlfahrtsverlusts und einer schlechteren Ressourcenverteilung sinken (Ramesh & Rai, 2017).

Nemes et al. (2022) stellen fest, dass erhebliche Täuschungen bezüglich grüner Performance und grüner Projekte sowie irreführende Aussagen diesbezüglich nicht nur im Bereich der

regulierten, kommerziellen betriebswirtschaftlichen Sphäre vorkämen, sondern ebenso im nicht-kommerziellen Bereich der Regierungen, NGOs oder anderen Institutionen. Lyon & Montgomery (2015, S. 224) legen ebenfalls dar, dass „Greenwashing“ auch in der Politik relevant sei, auch wenn es hier eigentlich von größter Wichtigkeit wäre, keine falschen Aussagen bezüglich dieser Themen zu machen. Von „Greenwashing“ in der Politik könne dann gesprochen werden, wenn politische Führungspersonen oder Regierungen ihre grünen, inklusiven oder liberalen politischen Leitlinien besonders hervorheben, um dadurch von diskriminierenden, umweltschädlichen oder anderen negativen Aspekten abzulenken, was sowohl bei Regierungen in von Konflikten geprägten Staaten auftrete als auch in vielen anderen Fällen (Franke, 2012).

Staaten oder auch Staatenverbünde, wie die Europäische Union, seien so beispielsweise auf internationaler Bühne meist sehr starke Befürworter „grüner“ Maßnahmen und generell auf ihre „grüne“ Rhetorik fokussiert, sie dann aber tatsächlich selbst erfolgreich umzusetzen würde häufig scheitern (Lightfoot & Burchell, 2004, S. 338). Wenn Staaten sich also eine „grüne“ Politik selbst auf die Fahne schrieben und diese auch von anderen Akteuren einforderten, ohne die selbst gesetzten Ziele zur nachhaltigen Entwicklung umzusetzen, könne hier von „Greenwashing“ gesprochen werden (ebd.). Beispiele hierfür seien ein nicht nachhaltig gestalteter internationaler Handel, diverse landwirtschaftliche Bestimmungen oder auch die mangelnde Kompromissbereitschaft bezüglich Schuldenentlastungen oder genereller Hilfeleistungen für Länder des Globalen Südens (Lightfoot & Burchell, 2004, S. 343).

Im Kontext der Erdgasförderung und dem damit verbundenen Fracking in British Columbia, Kanada haben Stephenson et al. (2012) etwaige „Greenwashing“-Strategien der dortigen Regierung untersucht. Erdgas gilt als wichtiger Energieträger, um die globalen CO₂-Emissionen zu reduzieren, da es günstiger, sauberer und effizienter als Kohle oder Öl ist. Diese Faktoren bieten somit eine Legitimationsgrundlage für die Erdgasförderung, die jedoch auch mit erheblichen, negativen Auswirkungen auf die Umwelt, besonders bezogen auf die Verschmutzung des Grundwassers und der Umwelt mit giftigen Chemikalien, einhergeht. Da das Erdgas von der Regierung dennoch als „grün“ und somit als Lösungsansatz für die Klimakrise dargestellt werde, könne hierbei von „Greenwashing“ gesprochen werden (Stephenson et al., 2012, S. 453). Brock (2020) untersuchte ebenfalls potenzielles „Greenwashing“ im Kontext von Erdgasbohrungen, hier im Vereinigten Königreich. Nicht nur von den beteiligten Unternehmen, sondern auch vom Staat seien diese als essenziell für die Energiewende dargestellt und gegen jeglichen Widerstand umfangreiche Kampagnen

durchgeführt worden, um die Zustimmung der Bevölkerung für die Projekte zu gewinnen. Es habe hierbei erhebliche Bemühungen seitens der Politik gegeben, die Einsatzgebiete gezielt als signifikante Infrastrukturprojekte zu präsentieren, worin sich ein starkes Bekenntnis zu extraktivistischen Ideologien und Machtzentralisierung zeigen würde (Brock, 2020, S. 2).

Harlan (2021) hat „Greenwashing“ im Zusammenhang mit Chinas „Belt an Road Initiative“ (BRI) analysiert, da diese von dem Staat als zentraler Bestandteil einer „grünen“ Entwicklung formuliert werde. Die BRI solle nicht nur wenige Emissionen verursachen und generelle Nachhaltigkeit fördern, sondern auch einen Beitrag zu einem generellen „grünen“ Lebensstil leisten; darüber hinaus würden ökologische und sozioökonomische Versprechen gemacht. Diverse Recherchen zeigten jedoch den überwiegenden „braunen“ Charakter der BRI auf, der sich unter anderem in kohlenbetriebener Energie, dem Betrieb von Minen sowie dem Ausbau von Ölpipelines zeigte (Harlan, 2021, S. 203). Zudem fänden diverse Verstöße gegen Umweltauflagen von chinesischen Firmen in anderen Ländern statt, in denen diese operierten, bis zu dem Punkt, dass eben diese Länder ihre Ziele bezüglich der Reduzierung von CO₂-Emissionen gemäß der Vorgaben des Pariser Klimaabkommen nicht erreichen könnten (Hilton, 2019).

Auch Israel wurde im Kontext des Ausbaus „grüner“ Technologien auf palästinensischen Gebieten Greenwashing vorgeworfen, da die Besetzung nicht ausreichend thematisiert, die positiven Entwicklungen beim Thema Energiewende jedoch positiv hervorgehoben würden, was zu einer Normalisierung des Konflikts mithilfe „grüner“ Strategien führen könne (Ben-Shmuel & Halle, 2023, S. 213). Zudem werde die Landaneignung palästinensischer Gebiete unter anderem dadurch gerechtfertigt, dass die Besatzungsmacht das Land angeblich „besser nutzen“ könne als die lokale Bevölkerung (Troen, 2013); ein Narrativ, dass bereits vor Jahrhunderten die Kolonisierung diverser Gebiete zu legitimieren versuchte und nun im Zuge aktueller Diskurse um Nachhaltigkeit, Umweltschutz und grüne Technologien eine neue moralisch legitimierende Grundlage erhalte.

Hughes et al. (2023) haben untersucht, inwiefern die israelische Regierung selbst „grüne“ Diskurse und den Ausbau der dazugehörigen Technologien und Infrastruktur gezielt nutzen würde, um den negativen Charakter der Besetzung Palästinas zu verschleiern beziehungsweise diese zu normalisieren und legitimieren. Spezifisch würden der Ausbau nachhaltiger Infrastrukturen und ebensolcher Technologien, zu denen auch erneuerbare Energien gehören, maßgeblich als Mechanismus für die Landaneignung Israels und Vertreibung von

Palästinenser*innen betragen. „Greenwashing“ werde in diesem Kontext von der Regierung selbst als auch von Akteuren aus der Wirtschaft als rhetorische Strategie genutzt, da es primär um die diskursive Macht der „grünen“ Technologien gehe statt um tatsächliche positive Auswirkungen auf die Umwelt (ebd.).

Es würden jedoch nicht nur diverse Einzelprojekte oder Umweltstrategien von Staaten als „grün“ im positiven Sinne verkauft, wie Fröhlich und Hirt (2021) in ihrer Analyse deutlich machen. So würden teils auch Naturkatastrophen, besonders in Ländern des Globalen Südens, von Regierungen „grüngewaschen“, indem diese als ausschließlich auf natürliche Faktoren zurückzuführen dargestellt und Aspekte wie Armut, Kriege oder Missmanagement in der Evaluierung vernachlässigt würden. Indem Regierungen technische, menschliche und politische Faktoren ausgeklammerten und jegliche Probleme auf die Natur schöben, betrieben sie somit auch eine Form von „Greenwashing“ ihrer eigenen Politik, was besonders in autoritären Regimen ein nicht seltenes repressives Vorgehen sei (Fröhlich & Hirt, 2021, S. 4).

Eine kritische Analyse von „Greenwashing“ in politischen Kontexten, beispielsweise aus einer politökologischen Perspektive, erfordere daher die kritische Betrachtung von Umwelt- und Naturschutznarrativen und -diskursen, die die Grundlage für Projekte und andere Maßnahmen böten (Adger et al., 2001). Die wichtigsten Diskurse im Bereich der Strategien einer „grünen Wirtschaft“ seien hierbei „grünes Wachstum“ und die „grüne technologische Transformation“ (Death, 2015). Der immer weiter verbreitete Diskurs rund um Klimaschutzmaßnahmen in Sektoren wie Energie oder Mobilität im Kontext der Klimakrise basiere ebenfalls auf dem Narrativ der Lösung der Klimakrise durch technologischen Fortschritt (Buseth, 2021). Ein sehr weit verbreitetes Narrativ „grüner“ und nachhaltiger Entwicklung sei darüber hinaus, dass die Reduzierung von CO₂-Emissionen in erster Linie durch den Ausbau erneuerbarer Energien sowie CO₂-Märkte, also den Handel mit CO₂-Zertifikaten, erreicht werden könne (Brockington, 2012; Knuth, 2018).

Auch wenn Uneinigkeit darüber bestehe, wie „grüne“ Projekte oder auch Nachhaltigkeit definiert würden (im Rahmen klassischen Infrastrukturprojekte sei es beispielsweise schon „nachhaltig“, wenn beim Ausbau dieser Umweltrisiken vermieden würden), gebe es doch einen internationalen Konsens darüber, Solar-, Wind- und geothermische Energie als „grün“ zu betrachten (Mulvaney, 2019). Dass die Lebenszyklen dieser oft sehr kurz seien und das Schöpfen dieser Energie oft alles andere als „grün“ sei, werde dabei oft ignoriert (ebd.).

Durch diese Narrative würde Umweltschutz zwangsläufig mit wirtschaftlicher Entwicklung sowie diversen Infrastrukturprojekten verbunden; ein Umstand, der nach politökologischer Analyse bestehende Machtstrukturen und die kapitalistische Lebensweise aufrechterhalte, während sich die Klimabilanz sowie Lebensrealitäten marginalisierter Menschen nicht verbesserten (Harlan, 2021, S. 207). Einerseits zeige sich hier das oben bereits erwähnte Konzept des „techno-fix“, das oft für seine unkritische und generell unzureichende narrative Legitimationsstruktur kritisiert werde (Heynen, 2016). Andererseits seien solche Projekte teilweise auch unabhängig von akademischen Diskussionen auf praktischer Ebene schlicht nicht wirksam, beispielsweise wenn „grüner“ Strom dazu genutzt würde, umweltschädliche Projekte von Ressourcenextraktivismus mit Energie zu versorgen, was die positiven Aspekte des „nachhaltig“ produzierten Stroms abschwächen würden (ebd.).

Solche Narrative generieren und aufrechterhalten zu können, darüber hinaus die Macht zu haben, Umweltprobleme, dafür verantwortliche Akteure sowie Lösungsansätze bestimmen zu können, sei inhärent politisch und stark von politischen Machtstrukturen und -hierarchien durchzogen (Adger et al., 2001). Das Problem mit diesen Narrativen sei darüber hinaus, dass sie sich Umweltthemen nicht aus einer kritischen Perspektive näherten, sondern stattdessen soziopolitische Kontexte ausblendeten. Dazu gehörten nicht nur generelle Aspekte wie Armut, sondern auch mit tatsächlichen „Umweltinterventionen“ verbundene Probleme wie Landraub oder Ressourcenabbau in Gebieten, in denen die lokale und teils indigene Bevölkerung keine anerkannten Eigentumsrechte an diesen hätte (Benjaminsen & Bryceson, 2012; German et al., 2017). Besonders in ländlichen Gebieten würden Solar- oder Windenergieprojekte gefördert, da dies günstiger sei und große Landflächen angeblich nicht anderweitig genutzt würden. Dies könne jedoch auch zur Folge haben, dass neue Konflikte bezüglich der Land- und Ressourcennutzung ausbrächen, wenn Bevölkerungsgruppen vertrieben oder ihrer Ressourcen beraubt würden (Sellwood & Valdivia, 2018; Mulvaney, 2019).

Die Gefahr sei also, dass Akteure in Machtpositionen, wie beispielsweise Regierungen oder große Konzerne, diese unkritischen Narrative für eigene Zwecke missbrauchen könnten und eben jene Projekte, die nachhaltige Entwicklung und eine grüne Klimawende propagierten, damit Interventionen rechtfertigen, die für die lokale Bevölkerung und Umwelt eigentlich schädlich, oder zumindest nicht mit einem „grünen“ und sozialen Bild von nachhaltiger Entwicklung vereinbar seien. Die Konsequenz hieraus sei nur noch größere Macht und Kontrolle dieser Akteure über Ressourcen, Land und Menschen sowie eine Kapitalisierung dieser (Büscher & Fletcher, 2015). Eine tatsächliche Verbesserung bezüglich der Lebens-

situation der Menschen vor Ort sowie spürbare Veränderungen in Richtung einer „grünen“ Zukunft gäbe es als Konsequenz der Projekte meist nicht, stattdessen würden besonders die von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen meist nur weiter marginalisiert werden (ebd.).

Ben-Shmuel und Halle (2023) vertreten die Ansicht, Konfliktlösungen und nachhaltiger Frieden könnten in umkämpften Gebieten nur erreicht werden, wenn Umweltschutzprojekte aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive heraus entwickelt würden. In der Praxis würden diese jedoch oft zu einer Untermauerung des diskriminierenden Systems beitragen und soziale, politische und ökonomische Ungleichheiten verschlimmern (ebd.). „Greenwashing“ in von Konflikten betroffenen Regionen oder in politischen fragilen Kontexten könne hierbei im Sinne der Kategorisierung im wirtschaftlich-betrieblichen Sinne verstanden werden: indem fälschlicherweise positive „grüne“ Errungenschaften und Strategien hervorgehoben würden, würde somit von negativen Aspekten abgelenkt.

„Greenwashing“ müsse zudem besonders in Konfliktsituation auch immer aus der Perspektive von Sozialer- und Umweltgerechtigkeit betrachtet werden und in der gleichen Logik des „Pinkwashing“ kritisch hinterfragt werden, inwiefern dies dabei helfe, den Status quo aufrechtzuerhalten, während strukturelle soziale Ungleichheiten negiert würden (Ben-Shmuel & Halle, 2023, S. 211). Hierfür seien intersektionale Forschungsansätze essenziell, um umweltbezogene Aspekte in einen umfassenden und komplexen Kontext von sozialer Ungleichheit, Kapitalismus, Kolonialismus und patriarchalen Strukturen einbetten zu können (ebd.). Auch Hughes et al. (2023) verweisen auf die Bedeutung von interdisziplinären Perspektiven, wenn Themen wie Klimagerechtigkeit oder nachhaltige Entwicklung in Konfliktregionen analysiert werden.

Dieser Abschnitt hat einen umfassenden Überblick über die ausgewählte Forschungsliteratur zu diversen für diese Arbeit relevanten Konzepten und Erkenntnissen dargelegt und hierbei sowohl die Aspekte politischer Legitimation, des Diskurses rund um „grüne“ Energien und die Energiewende sowie „Greenwashing“ als Strategie aufgezeigt. Der folgende Abschnitt wird nun einen Überblick über den Westsaharakonflikt sowie den Bau von Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Westsahara durch die marokkanische Regierung schildern und diese kurz in den Kontext der Energieinfrastrukturprojekte im Rahmen der Energiewende und der globalen Umweltschutzmaßnahmen einordnen, bevor diese empirischen Aspekte mithilfe der relevanten Konzepte analysiert werden.

4. Der Westsaharakonflikt und der Ausbau erneuerbarer Energien

4.1 Geschichte des Westsaharakonflikts

Der Westsaharakonflikt ist mit einer Dauer von fünfzig Jahren einer der ältesten aktiven politischen Konflikte weltweit (Sour, 2024). Um den Konflikt zu verstehen, muss die koloniale Geschichte der Westsahara betrachtet werden, da die gescheiterte Dekolonisierung in Kombination mit diversen territorialen Ansprüchen der Nachbarländer in der Maghreb-Region essenziell für dessen Entstehung und Verlauf war. Der Einmarsch marokkanischer Truppen in das Gebiet der Westsahara im November 1975 kann als Startpunkt des Konflikts gesehen werden. Häufig wird im Zuge des Konflikts und der Besetzung der Westsahara auch von einer anhaltenden Kolonisierung des Gebietes durch Marokko gesprochen, weshalb die Westsahara auch als „letzte Kolonie Afrikas“ bezeichnet wird (Munene, 2010).

Die Westsahara stand seit dem Jahr 1885 unter spanischer Kolonialherrschaft. Bereits vor der Kolonisierung durch Spanien, aber auch noch weit ins 20. Jahrhundert hinein, lebten in dem Gebiet der Westsahara primär Nomadenvölker, deren Lebensraum nicht direkt durch Grenzen festgelegt war und die deshalb auch nur indirekt unter kolonialer Herrschaft lebten (White, 2015, S. 342). Das Volk, das auch heute noch das indigene Volk der Westsahara ausmacht, ist das der Sahrauis. Zur Zeit der Kolonisierung waren die Interessen Spaniens an dem Gebiet vor allem ressourcenfokussiert, wobei in den ersten Jahrzehnten primär die Fischerei und der Handel mit Karawanen aus der Sahara eine wichtige Rolle spielten (ebd.).

Nachdem gegen Ende der 1940er Jahre große Phosphatvorkommen in der Westsahara entdeckt wurden, erlangte das Gebiet eine neue, zusätzliche Bedeutung bezüglich des ökonomischen Potenzials durch den Rohstoffabbau (Smith, 2015). Zuvor war das Land selbst als praktisch wertlos eingestuft worden und das Interesse lag vielmehr auf den Gewässern vor der Küste der Westsahara (White, 2015, S. 343). Nach dem Phosphatfund investierte die spanische Kolonialmacht vermehrt in den Rohstoffabbau und die Infrastruktur in dem Gebiet, da dieses bezüglich der Phosphatvorkommen als reichstes in der ganzen Maghreb Region eingeschätzt wurde und Spanien sich hohe wirtschaftliche Gewinne erhoffte (Weltbank, 1974 in Leite, 2006, S. 16). Heute werden die Phosphatreserven in Marokko und der Westsahara zusammen genommen mit etwa 50 Milliarden Tonnen als die mit Abstand größten weltweit eingestuft (US Geological Survey, 2020).

Im Zuge des Phosphatfundes stieg auch das Interesse ausländischer Unternehmen, in dem Gebiet nach weiteren Rohstoffen zu suchen und diese gegebenenfalls zu fördern. Viele Angehörige des zuvor nomadisch lebenden Volks der Sahrauis gaben diese Lebensform im Zuge dessen auf und siedelten sich in der Hoffnung auf Arbeitsplätze und eine gute Bildung in den Städten an, in deren Nähe das Phosphat abgebaut wurde (White, 2015, S. 432). Hierbei kam es bereits zu ersten Konflikten zwischen der indigenen Bevölkerung und neu zugewanderten ausländischen Siedlern (ebd.). Die sich etablierende Phosphatindustrie wird auch als Beginn der nationalistischen Bewegung des sahrauischen Volkes gesehen, da dieses durch den Ressourcenfund den potenziellen Wert des Landes und die sich daraus ergebenden ökonomischen Möglichkeiten erkannte und diese gegen eine unrechtmäßige Förderung durch ausländische Akteure verteidigen wollten (Le Billon, 2004, S. 18). Diese Bewegung war schließlich der Ausgangspunkt für die Gründung der „Frente Popular para la Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro“, kurz Polisario Front beziehungsweise POLISARIO, im Mai 1973 durch den sahrauischen Nomaden Al-Wali Mustafa Sayyid. Die Befreiungsfront ist nationalistisch und sozialistisch ausgerichtet und verfolgt das Ziel, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für das Volk der Sahrauis zu erlangen (Salhi, 2021).

Im Zuge der Dekolonisierungswelle nach dem Zweiten Weltkrieg erreichten als Nachbarländer der Westsahara zuerst Marokko im Jahr 1956, Mauretanien im Jahr 1960 und schließlich Algerien im Jahr 1962 ihre Unabhängigkeit von Frankreich, und im Fall Marokkos auch von Spanien, unter dessen Protektorat der Norden Marokkos gestanden hatte (White, 2015, S. 344). Trotz mehrerer UN-Resolutionen in den Jahren 1966 bis 1973, in denen Referenden bezüglich der Unabhängigkeit der Westsahara gefordert wurden, hielt Spanien bis Mitte der 1970er Jahre an der Kolonie fest (Zoubir, 1990, S. 226). Im Jahr 1975 lenkte Spanien schließlich ein und begann mit der Planung einer Dekolonisierung der Westsahara. Währenddessen erhoben Marokko und Mauretanien Ansprüche an das Gebiet und begründeten diese mit kulturellen und historischen Verbindungen, die vor der Kolonisierung bestanden hätten.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen ließ im Jahr 1974 beim Internationalen Gerichtshof prüfen, ob die Westsahara nach der Unabhängigkeit von Spanien rechtlich zu Marokko und Mauretanien gehören sollte (IGH, 1975). Begründet wurde dies mit dem Status der Westsahara vor beziehungsweise zum Zeitpunkt der Kolonisierung durch Spanien. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag kam im Oktober 1975 zu dem Schluss, dass es zwar historisch betrachtet kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen zwischen lokalen Gruppen aus der Westsahara und marokkanischen Sultanen gegeben habe, dies jedoch nicht ausreiche,

um einen Souveränitätsanspruch über das Gebiet geltend zu machen (ebd.). Das Gebiet sei vor der Kolonisierung durch Spanien zwar kein „terra nullis“ gewesen, also ein Land, das niemandem gehört, die historischen Verbindungen seien jedoch nicht signifikant genug, um einen Souveränitätsanspruch an die Westsahara zu belegen, weswegen eine Dekolonisierung der Westsahara und die Unabhängigkeit der Sahrauis gefordert wurde:

“(Question) I. Was Western Sahara (Rio de Oro and Sakiet El Hamra) at the time of colonization by Spain a territory belonging to no one (terra nullius) ?” If the answer to the first question is in the negative, “II. What were the legal ties between this territory and the Kingdom of Morocco and the Mauritanian entity ?” In its Advisory Opinion, delivered on 16 October 1975, the Court replied to Question I in the negative. In reply to Question II, it expressed the opinion that the materials and information presented to it showed the existence, at the time of Spanish colonization, of legal ties of allegiance between the Sultan of Morocco and some of the tribes living in the territory of Western Sahara. They equally showed the existence of rights, including some rights relating to the land, which constituted legal ties between the Mauritanian entity, as understood by the Court, and the territory of Western Sahara. On the other hand, the Court’s conclusion was that the materials and information presented to it did not establish any tie of territorial sovereignty between the territory of Western Sahara and the Kingdom of Morocco or the Mauritanian entity. Thus the Court did not find any legal ties of such a nature as might affect the application of the General Assembly’s 1960 resolution 1514 (XV) — containing the Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples — in the decolonization of Western Sahara and, in particular, of the principle of self-determination through the free and genuine expression of the will of the peoples of the territory.” (Internationaler Gerichtshof, 1975).

Marokko widersetzte sich dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs und marschierte am 6. November 1975 beim sogenannten „Grünen Marsch“ mit 350.000 größtenteils unbewaffneten Zivilist*innen und militärischen Truppen in die Westsahara ein (White, 2015, S. 344). Spanien sollte somit zur Übergabe der Kolonie an Marokko gedrängt werden. Da Spanien keinen Krieg wollte, stimmten sie Verhandlungen mit Marokko zu. Eine Woche später, am 14. November 1975 unterzeichneten Spanien, Marokko und Mauretanien das sogenannte „Madridener Abkommen“, dass die Beendigung der spanischen Besetzung der Westsahara besiegelte und die Administration über das Gebiet zwischen Marokko und Mauretanien aufteilte, wobei Marokko den größeren Landesteil, etwa sechzig Prozent im Norden, und damit ein Großteil der Ressourcen zugesprochen wurde (Allan, 2016, S. 650). Mauretanien erhielt etwa fünfzehn Prozent des Gebietes im Süden (Zoubir, 1990, S. 226).

Spanien gab im Zuge dieses Abkommens zunächst nicht die Souveränität über die Westsahara auf, sondern nur die Administrationsrechte, und behielt sich das Recht vor, weiterhin Ressourcen wie Fisch oder Phosphat aus dem Gebiet extrahieren zu können (Smith, 2015, S. 4). Weder die Sahrauis noch die Polisario Front waren Teil der Verhandlungen und bekamen im Zuge des Abkommens auch keine tragende Rolle zugesprochen. Mit der Übergabe der ehemaligen Kolonie an Marokko und Mauretanien verstieß Spanien gegen internationales Recht, da Spanien nicht dazu berechtigt war, das Gebiet an Dritte weiterzugeben (ebd.).

Die Dekolonisierung nach dem Sinne der Vereinten Nationen scheiterte somit. Infolgedessen flohen viele Angehörige der Sahrauis aus der Westsahara nach Algerien, wo Zehntausende noch heute in Flüchtlingscamps leben (Loewenberg, 2005). Auch die Polisario Front wurde initial von der mauretanischen Besatzung an die algerische Grenze vertrieben. Dennoch erklärte sie wenige Monate nach der Übernahme durch Marokko und Mauretanien im Jahr 1976 die Unabhängigkeit der Westsahara und erklärte das Gebiet als Staat, genannt die „Demokratische Arabische Republik Sahara“, kurz DARS (White, 2015, S. 344). Kurz danach erkannte Algerien die DARS als Staat an, was zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Marokko und Algerien führte (Zoubir, 1990, S. 226).

Mauretanien zog sich 1979 aus der Westsahara zurück, nachdem die bewaffneten Gefechte mit der Polisario Front zu großen Verlusten geführt und zum Sturz des mauretanischen Präsidenten Moktar Ould Daddah im Jahr 1978 beigetragen hatten, dessen Nachfolger ein Friedensabkommen mit der Polisario Front vereinbarte und den Rückzug aller Truppen beschloss (Zoubir, 1990, S. 226). Nach dem Abzug Mauretaniens besetzte vor der Polisario Front jedoch das marokkanische Militär die Gebiete und kontrollierte so nunmehr etwa 75 Prozent der Westsahara (ebd.).

Die mit der Besetzung begonnenen bewaffneten Konflikte zwischen der Polisario Front und den Besetzungsmächten endeten erst im Jahr 1991 im Zuge eines mit den Vereinten Nationen ausgehandelten Waffenstillstands. Ab dem Waffenstillstand im Jahr 1991 wurde der Konflikt zwar nicht mehr bewaffnet ausgetragen, setzte sich jedoch fort. Die Vereinten Nationen bemühten sich in der Vergangenheit mehrfach um eine Lösung des Konflikts. Vorschläge waren beispielsweise der „Baker-Plan I“ im Jahr 2001, durch den die Sahrauis die Autonomie über die Westsahara bekommen sollten, während Marokko in einer Übergangsphase von fünf Jahren die Souveränität über das Land behalten sollte (Zunes & Mundy, 2022). Da der Vorschlag keine Unabhängigkeit der Sahrauis bedeutete, lehnten ihn Algerien und die Polisario Front ab

(Maghraoui, 2003). Weitere Referenden zur Lösung des Konflikts waren ebenfalls nicht erfolgreich, unter anderem da Marokko sie ablehnte, weil sie nicht mit den eigenen Interessen an den Ressourcen der Westsahara vereinbar waren (Zunes & Mundy, 2022).

4.2. Aktuelle Entwicklungen

Die Nichtregierungsorganisation Western Sahara Resource Watch (WSRS) berichtet, dass die lokale Bevölkerung der Westsahara von Landenteignungen betroffen ist, jedoch auch kaum dagegen protestiert, da Demonstrationen untersagt sind und bei Verstößen mit Konsequenzen zu rechnen sei (WSRS, 2016a, b). Es gebe zwar dennoch diverse aktive Proteste, wie beispielsweise Straßenblocken, diese würden jedoch meist gewaltsam unterbunden. Die Konsequenzen für die Beteiligung an Protesten reichten hierbei von Prügelstrafen über Jobverluste, Kürzung von Leistungen oder Reiseeinschränkungen bis hin zu Todesdrohungen (Allan et al., 2022). Marokko hat im Rahmen der Landenteignungen in den letzten Jahrzehnten auch vermehrt Siedlungsbau in der Westsahara betrieben und im Zuge dessen immer wieder die indigene Bevölkerung von ihrem Land vertrieben (Kontorovich, 2014, S. 601). Mittlerweile machen marokkanische Siedler demnach den größten Anteil der Bevölkerung der Westsahara aus, weswegen befürchtet wird, dass die indigene Bevölkerung verhältnismäßig immer schwächer und Widerstand somit schwieriger wird (ebd.). Es wurde in der Vergangenheit beispielsweise auch von gezielten Stromabschaltungen berichtet, die strategisch genutzt würden, um den Widerstand der lokalen Bevölkerung zu unterdrücken und die Macht über die Infrastruktur und somit das Land zu demonstrieren (Allan et al., 2022). Die Westsahara gilt heute als eines der Gebiete mit der niedrigsten politischen Freiheit weltweit (Dunlap & Laratte, 2022).

Im Jahr 2020 erklärte die Polisario Front den Waffenstillstand als beendet, nachdem Truppen des marokkanischen Militärs in eine von der Polisario besetzten Zone an der Grenze zu Mauretanien einmarschiert waren, um dort eine Straßenblockade von Demonstrant*innen gegen die marokkanische Besetzung aufzulösen. Im Zuge dessen besetzten die marokkanischen Truppen diese Zone, worauf die Polisario Front mit bewaffneten Angriffen reagierte, die von marokkanischer Seite zunächst dementiert, von den Vereinten Nationen wenig später jedoch bestätigt wurden (DGVN, 2025). Seitdem gilt diese Zone wieder als umkämpft, die bewaffneten Konflikte werden als moderat eingeschätzt.

Ebenfalls im Jahr 2020 erklärte der damalige US-Präsident Donald Trump, dass die Vereinigten Staaten fortan die Souveränität Marokkos über die Westsahara anerkennen würden. Dem war eine vorherige Anerkennung des Staates Israel durch Marokko vorangegangen (GfbV, 2023).

2023 erkannte im Gegenzug dann auch Israel die Westsahara als Teil Marokkos an (Zeit, 2023). Zuvor war Spanien im Jahr 2022 als erstes Land der Europäischen Union von einer neutralen Position im Konflikt abgewichen und sprach sich für den Autonomieplan Marokkos aus (Sour, 2024). Nach diesem sollen die Sahrauis eine Territorialautonomie erhalten, während Marokko offiziell die Souveränität über die Westsahara zugesprochen werden müsste und die Annexion durch Marokko somit akzeptieren würde (GfbV, 2023). Spaniens Befürwortung des Plans wurde weithin als deutliche Positionierung im Konflikt für Marokko aufgefasst.

Die Entwicklungen der letzte Jahre zeigen, dass einige internationale Akteure Marokkos dem Souveränitätsanspruch an die Westsahara zustimmen, obwohl bereits in den siebziger Jahren vom Internationalen Gerichtshof entschieden wurde, dass Marokko rein rechtlich keinen solchen Anspruch an das Gebiet geltend machen dürfte.

4.3 Die Energieprojekte Marokkos

Das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum Marokkos sind die Hauptgründe dafür, weshalb sich das Land etwa seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts einem immer größeren Energiebedarf gegenüber sieht (Amouzai & Haddioui, 2023). Aufgrund des Klimawandels und den internationalen Bestrebungen zu einer Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen in Kombination mit dem gestiegenen Energiebedarf hat die marokkanische Regierung es sich als Ziel gesetzt, eines der führenden Länder der MENA-Region im Bereich der Energiewende zu werden (Ngounou, 2018). Dieses Ziel wird als eine der Prioritäten in der Regentschaft des marokkanischen Königs wahrgenommen (Haddad et al., 2022).

Marokko war bezüglich seiner Energieversorgung viele Jahre abhängig von Energieimporten aus dem Ausland und deckte zeitweise um die neunzig Prozent seines Energiebedarfs durch Importe fossiler Brennstoffe, wie auch die meisten anderen Länder in der MENA-Region (Moustakbal, 2021). Während im Jahr 2011 der Stromerzeugungssektor mit 42 Prozent noch derjenige war, der den größten Anteil der gesamten Kohlenstoffdioxidemissionen in der gesamten MENA-Region verursachte, soll nun im Zuge der Energiewende der Wechsel von fossilen zu erneuerbaren Energien stattfinden (Hansen et al., 2018, 67). Um den steigenden Energiebedarf langfristig und unabhängig von internationalen Lieferungen abdecken zu können, entwickelte die Regierung Marokkos bereits vor etwa zwanzig Jahren Strategien zu einer autonomen und ökologischen Energieversorgung (Haddad et al., 2022). Aufgrund der Energiewende und der spezifischen geografischen Voraussetzungen im nordwestlichen Afrika

soll die Energieerzeugung primär auf Wind- und Solarenergietechnologien basieren (Allan et al., 2022, S. 48).

Marokko will mit der Implementierung dieser erneuerbaren Energien das Land im Bereich der Energiewende international wettbewerbsfähig machen. Zudem erhofft sich die marokkanische Regierung durch den Ausbau der „grünen“ Technologien eine Modernisierung der nationalen Infrastruktur und weiteres Wirtschaftswachstum (Cantoni & Rignall, 2019). Die erzeugte Energie soll nicht nur für den heimischen Markt gewonnen werden, sondern auch in andere afrikanische Länder sowie den europäischen Markt exportiert werden (Ryser, 2019). Das Potenzial der Energiegewinnung in Marokko ist sehr hoch, was eine wichtige Grundlage für Marokkos Pläne zur Erzeugung grünen Stroms mittels erneuerbarer Energien darstellt (Choukri et al., 2017). Mit einer Gesamtküstenlänge von etwa 3500 Kilometern, wenn man Marokko und die Westsahara zusammennimmt, beläuft sich das geschätzte verwertbare onshore Windpotenzial auf etwa 25 Gigawatt und das offshore Windpotenzial auf etwa 250 GW (Kousksou et al., 2015, S. 50; AHK Marokko, 2024).

Im Rahmen einer Strategie zur Energiewende erklärte die marokkanische Regierung im Jahr 2009 das Ziel, bis zum Jahr 2020 42 Prozent des Strombedarfs durch erneuerbare Energien abzudecken (Amouzai & Haddioui, 2023, S. 6). Der tatsächliche Wert 2020 lag nach dem Bau erster Wind- und Solarparks in den 2010er Jahren letztendlich bei 34 Prozent. Das neue Ziel ist es nun, bis zum Jahr 2030 einen Anteil von 52 Prozent an durch erneuerbare Energien erzeugten Strom zu haben (Allan et al., 2022, S. 50). Wie Marokko bei der UN-Klimakonferenz 2015 in Paris bekannt gab, soll Windenergie hierbei einen Anteil von 20 Prozent ausmachen (Choukri et al., 2017). Im Jahr 2050 sollen dann über 81 Prozent des gesamten Stroms aus Wind- oder Solarenergietechnologien gewonnen werden (Amouzai & Haddioui, 2023, S. 6).

Zusätzlich zu dem gewonnenen „grünen“ Strom durch diese Technologien, der einen Teil des Energiebedarfs Marokkos deckt und die lokale Industrie sowie Haushalte versorgt, sind auch die Stromnetze Marokkos und der EU miteinander verbunden und es findet ein Import und Export von Strom statt, der mittlerweile zum Teil aus erneuerbaren Energien gewonnen wird (Choukri et al., 2017). In die EU wird der „grüne“ Strom mittels Unterwasserkabeln von Marokko nach Spanien und dann weiter im europäischen Netz transportiert (AHK Marokko, 2024). Zudem waren im Rahmen des „Xlinks Moroccon-UK Power Project“ Unterwasserkabel für den Transport des Stroms von Marokko ins Vereinigte Königreich geplant; das Projekt sollte ab dem Jahr 2030 fertiggestellt sein und in Betrieb gehen (Tanchum et al., 2024). Im Juni 2025

wurde jedoch berichtet, dass das Vereinigte Königreich die Zusammenarbeit mit Marokko im Rahmen dieses Projekts aus Effizienzgründen beendet hat (BBC, 2025).

Zudem wird der „grüne“ Strom aus erneuerbaren Energien in Marokko genutzt, um die Produktion von grünem Wasserstoff mit Energie zu versorgen, der dann ebenfalls über Pipelines oder in verflüssigter Form über Tankschiffe in die EU exportiert werden soll (GfbV, 2023). Grüner Wasserstoff unterscheidet sich von anderem Wasserstoff durch die „grüne“ Erzeugung mittels erneuerbarer Energien, wodurch bei der Herstellung durch das Elektrolyseverfahren keine Emissionen verursacht werden (Plank et al., 2023, S. 38). Er gilt daher als essenzieller Energieträger der Energiewende. Im Zusammenhang mit der Herstellung von grünem Wasserstoff gibt es jedoch auch diverse ökologische Bedenken, besonders in trockenen Regionen, da große Mengen an Wasser für die Elektrolyse benötigt werden und dieses hier erst aus Meerwasserentsalzungsanlagen gewonnen werden muss, die ebenfalls energieintensiv sind (GfbV, 2023).

Die EU hat jedenfalls großes Interesse an „grünem“ Strom und vor allem grünem Wasserstoff aus Marokko (Plank et al., 2023). Nicht nur die Nähe zum europäischen Kontinent und das große Energiegewinnungspotenzial (Zemlickienè et al., 2024), sondern auch die Mitgliedschaft Marokkos in der Union für den Mittelmeerraum (UfM) und den Status als Staat im Programm der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) machen Marokko zu einem wichtigen Kooperationspartner in der Energiewende (Choukri et al., 2017). Im Zuge dieser Kooperation hatte die EU in den vergangenen zwanzig Jahren bereits diverse Energiepartnerschaften mit Marokko beschlossen, beispielsweise die Initiativen „Desertic“, „Medgrid“, oder auch der „Mediterranean Solar Plan“, die jedoch eingestellt wurden oder bisher erfolglos blieben (ebd.). Im Jahr 2012 schlossen Deutschland und Marokko eine Energiepartnerschaft ab, die besonders den Export erneuerbarer Energien aus Marokko in die EU als zentralen Aspekt beinhaltet (Amouzai & Haddioui, 2023, S. 8). Im Zuge einer durch die EU angestrebten Diversifizierung der Energielieferungen sowohl bei der Art der Energieträger als auch bei den Handelspartnern (Rokicki et al., 2023) wird die Rolle Marokkos in der Energiewende auf internationaler Ebene somit immer prominenter.

Zudem arbeitet Marokko bei der Umsetzung der diversen Solar- und Windprojekte eng mit europäischen Energieunternehmen zusammen, wie beispielweise mit *Siemens Gamesa*, *Engie*, *Enel Green Power* oder *Voltalia*. *Siemens Gamesa* war beispielweise beim Bau fast aller Windparks beteiligt, die die marokkanische Regierung in Auftrag gegeben hatte, indem sie die

Windturbinen herstellten und auslieferten. Der italienische Energiekonzern *Enel* betreibt mehrere Windparks in Kooperation mit dem marokkanischen Energiekonzern *NAREVA*, der französische Energiekonzern *Volta* ist als Co-Betreiber zünftiger Windparks vorgesehen (NAREVA, 2025). Die Projekte sind teilweise von der Afrikanischen Entwicklungsbank, der deutschen KfW-Entwicklungsbank sowie der Europäischen Investitionsbank mitfinanziert (Amouzai & Haddioui, 2023, S. 8).

Einige der geplanten Solar- und Windanlagen wurden in Marokkos Staatsgebiet gebaut und sind dort heute in Betrieb. Projekte für etwa 40 Prozent der gesamten Kapazität erneuerbarer Energien wurden jedoch auch im Gebiet der Westsahara geplant – und teilweise bereits umgesetzt (Byron, 2017, S. 41f.). Die Region Afrikas, in der Marokko und die Westsahara liegen, eignet sich rein geografisch sehr gut, um dort mithilfe von Solar- oder Windenergie Strom zu erzeugen (Elsner, 2019). Aufgrund des nordafrikanischen Küstentiefdrucks (North African Coastal Low-Level Jet, NACLLJ) besteht vor der Küste von Nordwestmarokko bis zum Senegal großes Potenzial, mithilfe von Windrädern Energie zu erzeugen (Soares et al., 2019).

Besonders das Gebiet der Westsahara zählt zu den windreichsten Regionen der Erde (Besenyo, 2009, S. 23f.). Das Potenzial für Windenergie ist hier nochmals größer als in Marokko selbst (Kousksou et al., 2015). In den kommenden Jahren wird aufgrund des Klimawandels besonders in den Sommermonaten ein weiterer Anstieg des Energiegewinnungspotenzials durch Windkraft erwartet (Soares et al., 2019). Der starke Wind in der Region in Kombination mit einer geringen Bevölkerungsdichte sind daher starke Anreize für die marokkanische Regierung, Windparks in der Westsahara zu bauen (Besenyo, 2009). Auch wenn die Kosten für den Bau von Windkraftanlagen hoch sind, können Windparks in Marokko oder der Westsahara verhältnismäßig kostengünstig gebaut und der Strom aufgrund der Lage in großen Mengen und daher sehr günstig erzeugt werden, was ihn für potenzielle Abnehmer, beispielsweise aus der EU, attraktiv zu importieren macht (Elsner, 2019).

Aktuell sind fünf Windparks in der Westsahara in Betrieb und weitere fünf geplant oder bereits im Bau. Einer der Windparks ist privat, er versorgt nach Angaben von Western Sahara Resource Watch das Zementmahlwerk von *HeidelbergCement* mit Energie. Die Windturbinen wurden von *Siemens Gamesa*, einer Tochterfirma von *Siemens Energy* geliefert (WSRW, 2023). Die anderen vier Windparks werden alle durch das marokkanische Energieunternehmen *NAREVA*

betrieben, das vollständig im Besitz der „Al Mada Holding (SNI)“ ist, die wiederum größtenteils der marokkanischen Königsfamilie gehört.

Der erste Windpark in der Westsahara wurde bereits im Jahr 2013 in Betrieb genommen. Der Windpark bei Foum El Oued besteht aus 22 Windrädern, die von *Siemens Gamesa* geliefert wurden. Foum El Oued liegt etwa 20 Kilometer südlich der Stadt Laâyoune (El Aaiún), auf der offiziellen Website *NAREVAs* wird der Ort als im „südlichen Marokko befindlich“ angegeben (NAREVA, 2025). Der Windpark Aftissat I wurde im Jahr 2018 in Betrieb genommen, er besteht aus 56 Windkraftwerken, die ebenfalls von *Siemens Gamesa* gebaut und geliefert wurden. Seit Ende 2023 ist auch der Windpark Aftissat II in Betrieb, der aus 40 Windkraftwerken besteht. Gemeinsam verfügen die beiden Windparks über eine Kapazität von etwa 400 MW und bilden zusammengenommen laut Angaben des Betreibers den größten Windpark in ganz Afrika. Die beiden Windparks befinden sich etwa 50 Kilometer südlich der Stadt Boujdour an der Küste „Südmarokkos“, (NAREVA, 2025), also im Gebiet der Westsahara. Als letzter Windpark in der Westsahara ging 2023 der Windpark Boujdour in Betrieb, dessen Eigentümer das italienische Energieunternehmen *Enel Green Power* sowie *NAREVA* sind (WSRS, 2023). Die 85 hier befindlichen Windräder wurden erneut von *Siemens Gamesa* geliefert.

Weitere geplante oder derzeit im Bau befindliche Windparks sind der Windpark Tiskrad, betrieben von *NAVERA*, *Enel* und *Siemens* und der Windpark Ghrad Jrad, betrieben vom französischen Energieversorgungskonzern *Volitalia SA*, beide nahe der Stadt Laâyoune (El Aaiún) gelegen, der Biranzarane Windpark in der Region Dakhla-Oued Ed-Dahab, welcher im Besitz der *CME Windfarm Safi SA* ist, sowie mindestens ein weiterer Windpark an der Küste nahe der Stadt Ad-Dakhla, wiederum betrieben von *NAREVA* sowie dem französischen Energieversorgungskonzern *Engie* (WSRW, 2024; The Wind Power, 2025).

4.4 Kommunikation, Berichterstattung und Kritik

Bezüglich der Kommunikation und Berichterstattung wurden die von Marokko bereitgestellten Informationen zu den Energieprojekten herangezogen und in marokkanischen Medien nach Berichten über Projekte gesucht. Informationen kamen von der Website des Energiekonzerns *NAREVA* und der des Ministeriums für Energiewende und nachhaltige Entwicklung. Die Informationen beziehen sich weitestgehend auf technische Daten der Energieprojekte (NAREVA, 2025) sowie die Kooperation mit ausländischen Unternehmen und Staaten (Ministère de la Transition Énergétique et du Développement Durable, 2025). Zudem wurde

sowohl von staatlichen als auch privaten marokkanischen Medien in den letzten zehn Jahren mehrfach über die Energieprojekte berichtet, so beispielsweise über die technischen Kapazitäten von Wind- und Solarparks oder auch der Produktion von grünem Wasserstoff, über internationalen Kooperationen mit ausländischen Unternehmen und Investments ausländischer Geldgeber sowie Marokkos Ambitionen, eine führende Rolle beim Thema Energiewende einzunehmen (Hespress, 2024, 2025; Morocco World News, 2020, 2025a,b,c,d).

Artikel, die im Kontext der Energieprojekte den Westsaharakonflikt erwähnen oder die Lage einiger der Solar- und Windparks in der Westsahara benennen, konnten in den untersuchten marokkanischen Medien wie *Marghreb Arab Press*, *Hespress*, *LeDesk* oder *Morocco World News* nicht gefunden werden. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass nach aktuellen Informationen von „Reporter ohne Grenzen“ die Pressefreiheit in Marokko stark eingeschränkt ist und Berichte über politische Proteste oder die Westsaharapolitik als Kritik am König angesehen werden. Journalist*innen, die gegen diese Richtlinien verstoßen, drohen teils hohe Strafen. Verstöße werden in den schlimmsten Fällen mit Gefängnis bestraft, es können aber auch Jobentlassungen, Rufmord oder weitere Einschüchterungstaktiken zum Greifen kommen. Zum aktuellen Stand befindet sich Marokko auf Platz 120 von 180 der Liste über die weltweite Pressefreiheit (Reporter ohne Grenzen, 2025).

In deutschsprachigen Medien wurden die Energiepläne Marokkos in den letzten zehn Jahren ebenfalls mehrfach thematisiert, beispielsweise von der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* (2016a,b, 2022), der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* (2022, 2023), der *Tagesschau* (2023) oder der TAZ (2016, 2022, 2025a,b). Auch in englischsprachigen Medien wurde in den letzten Jahren mehrfach über die Energieprojekte Marokkos berichtet, so zum Beispiel von *The Guardian* (2016), dem *Wall Street Journal* (2025), der *New York Times* (2025). Die meisten der Artikel thematisieren, ähnlich denen der marokkanischen Medien, technische Aspekte der Projekte oder ordnen diese in die Energiewendepäne Marokkos ein. Die Westsahara oder der Konflikt werden hierbei fast nie erwähnt, obwohl vereinzelte Artikel veröffentlicht wurden, die sich kritisch mit der Thematik auseinandersetzen, so bei *Der Standard* (2016) oder der TAZ (2025). Auch zwei Interviews mit sahrauischen Aktivistinnen zu dem Thema konnten gefunden werden, deren Inhalt in Abschnitt 5.2 dargelegt wird.

Einige der europäischen Unternehmen, die als Kooperationspartner von Marokko beim Ausbau der erneuerbaren Energien in der Westsahara beteiligt sind, konnten teilweise keine öffentlichen Stellungnahmen oder Berichte zu dem Thema gefunden werden. Wenn, dann habe diese

sich jedoch ausschließlich positiv über die Energieprojekte geäußert und ihre Kooperation mit Marokko besonders auf die gemeinsamen Ambitionen in der Energiewende und den Wunsch nach technischem Fortschritt bei der Energieerzeugung begründet, so zum Beispiel *Siemens* in einem Bericht, der 2016 veröffentlicht wurde (Siemens, 2016).

Auch internationale Organisationen, Behörden oder Verbände haben in der Vergangenheit über Marokkos Strategie zur Erzeugung erneuerbarer Energien berichtet, wie beispielsweise die *Internationale Energieagentur* (IEA), die hierbei die Modernisierung der globalen Energieerzeugung mithilfe erneuerbarer Energien gelobt und Marokkos Rolle als wichtiger Akteur in internationalen Klimaschutzbemühungen hervorgehoben hat (IEA, 2019). Die Europäische Kommission berichtete im Jahr 2022 über die neu geschlossene Energiepartnerschaft zwischen Marokko und der EU, die auch als „grüne Partnerschaft“ bezeichnet wird und im Rahmen derer der Ausbau erneuerbarer Energien in der Energiewende vorangetrieben werden soll. Hierbei sollen besonders „innovative, nachhaltige, arbeitsschaffende und umweltfreundliche Projekte“ gefördert werden (EC, 2022).

Sowohl die Beteiligung internationaler Unternehmen an den marokkanischen Energieprojekten in der Westsahara als auch die Projekte zur Erzeugung erneuerbarer Energien in der Westsahara im Allgemeinen wurden in der Vergangenheit primär von Aktivist*innen und NGOs, aber auch in akademischen Veröffentlichungen thematisiert. Die Organisation *Western Sahara Resource Watch* beleuchtete die Kooperation von *Siemens Energy* mit *NAREVA* bereits mehrfach sehr kritisch und hat über die völkerrechtswidrige Besetzung des Gebiets und die sich daraus ergebenden Implikationen für die Energieprojekte und die politische Situation in der Region auch auf die Problematik wirtschaftlicher Kooperationen ausländischer Unternehmen mit Marokko im besetzten Gebiet der Westsahara verwiesen (WSRW, 2024).

In diesem Zusammenhang wurden von der NGO grundsätzlich die Narrative von technischer Innovation, grünem Wirtschaftswachstum und einer Modernisierung der Energieerzeugung durch den Ausbau der spezifischen Technologien in der Westsahara kritisiert, die *Siemens Energy* als wichtiger Kooperationspartner Marokkos selbst zur mutmaßlichen Rechtfertigung zur Beteiligung an den Energieprojekten nutze. Eine ähnliche Kritik findet sich in den wenigen akademischen Veröffentlichungen zu dem Thema, wobei hier beispielsweise angebracht wird, die genannten Narrative stünden in einer Tradition modernisierungstheoretischer und neokolonialer Paradigmen und bedeuteten somit auch die Ausbeutung der indigen Bevölkerung der Westsahara (Allan et al., 2022).

Bezogen auf die Vorwürfe von NGOs wie der WSRS hatte *Siemens* in der Vergangenheit als Gegenargument angebracht, dass Windkraft keine Ressourcen extrahiere und für jeden frei zugänglich sei, weswegen sich keine Problematik bezüglich einer Ausbeutung der Westsahara ergäbe. Zudem wolle man sich nicht zu politischen Konflikten äußern (Alkhalili et al., 2023). WSRW kritisiert, dass Siemens sich hiermit seiner politischen Verantwortung entziehe und den Kontext der völkerrechtswidrigen Besetzung, den Verstoß gegen internationales Recht und die Selbstbestimmung des Sahrauis sowie die neokolonialen Züge der Projekte ignoriere (ebd.). Dass Siemens in seinem eigenen Ethikkodex auf die Relevanz ethischer Geschäftspraktiken sowie die Einhaltung der Menschenrechte innerhalb des Unternehmens als auch bei allen Geschäftspartnern und entlang aller Produktionsketten verweist (Siemens, 2025) ist an dieser Stelle anzumerken.

Obwohl die Europäische Kommission öffentliche und staatliche Institutionen angewiesen hat, sich an keinerlei Projekten im Kontext des Westsaharakonflikts zu beteiligen, gilt dies nicht für private Unternehmen, die auf Eigenverantwortung hin in der Westsahara aktiv sind (Alkhalili et al., 2023). Dennoch fordert WSRW aufgrund des Kontexts, dass ausländische Unternehmen die Westsahara verlassen und bezüglich dieser Projekte nicht weiter mit Marokko kooperieren. Darüber hinaus sollten sich internationale Akteure aus den Bereichen Politik oder Medien stattdessen zur völkerrechtswidrigen Besetzung positionieren (ebd.). Ein wichtiges Argument hierbei ist, dass Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur als technisch-geografische Projekte betrachtet werden dürften, sondern immer auch in ihrem politischen Kontext zu betrachten seien, besonders wenn dieser ein Konflikt um Gebiete ist, in denen die Projekte durchgeführt werden (Rignall, 2016). Ein falsches Klimamarketing bezüglich der Projekte dürfe nicht über die problematischen Umstände auf politische Ebene hinwegtäuschen.

Die Kritik von lokalen Aktivist*innen und Organisationen bezieht sich nicht nur auf die Kooperation Marokkos mit ausländischen Unternehmen, sondern auch auf die primär negativen Auswirkungen der Projekte auf die Westsahara und die Bevölkerung selbst. Hierbei spielt einerseits der ökologische, andererseits aber auch der politisch-soziale Aspekt eine Rolle. In Bezug auf die vermeintlichen ökologischen Vorteile der Projekte verglichen mit emissionsintensiveren Energieerzeugungsarten wird hier beispielsweise als Kritik angemerkt, dass der als „grün“ und ökologisch deklarierte Strom aus Windparks dazu genutzt werde, um die energieintensive Phosphatindustrie in der Westsahara mit Strom zu versorgen, die als sehr umweltschädlich eingestuft wird (Alkhalili et al., 2023, S. 5).

Abgesehen von Bedenken bezüglich der ökologischen Auswirkungen der Energieprojekte wurde in der Vergangenheit auch kritisiert, dass für den Bau und die Betreibung der Windparks in der Westsahara vor allem marokkanische Arbeitskräfte angezogen werden, während es für die lokale Bevölkerung schwierig sei, Arbeit in oder um die Windparks herum zu bekommen (Alkhalili et al., 2023). Die lokale Bevölkerung profitiere dementsprechend kaum von den Projekten, da sie für sie keine neuen Arbeitsplätze schaffen und sie an der Planung und Durchführung eben jener nicht beteiligt würden (ebd.). Auf politischer Ebene wurde die Kritik angebracht, dass die Windparks, zumindest indirekt, im Besitz des marokkanischen Königs sind und dieser somit innerhalb des Konflikts seine Kontrolle über Energieressourcen nutzen würde, um Macht über die Westsahara und die Sahrauis auszuüben. Obwohl der König versprochen hatte, die Gewinne, die sich aus den Energieprojekten ergeben, gleichmäßig zu verteilen, profitieren die Sahrauis in der Westsahara nicht davon (Ryser, 2019).

Über den *Sahara Press Service*, eine Presseagentur der Arabischen Demokratischen Republik Sahara (DARS), wurde im Juni 2025 ein Report veröffentlicht, der die erneuerbare-Energien-Projekte Marokkos in der Westsahara als Werkzeug einer anhaltenden Besetzung des Gebietes kritisiert und Unternehmen dazu auffordert, jegliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Marokko auf dem Gebiet der Westsahara einzustellen (Sahara Press Service, 2025). Kritik an den Energieprojekten Marokkos in der Westsahara mit dem Vorwurf des Greenwashings kam im Rahmen akademischer Veröffentlichungen von Byron (2017), Allan et al., (2022), Haag (2022), Alkahalili et al. (2023) sowie Amouzai und Haddioui (2023). Hierbei wurde das Konzept des Greenwashings jedoch primär als gegeben verwendet und die Fokusse der Analyse waren anderweitig gelegen.

Im Folgenden soll nun spezifisch untersucht werden, ob und wenn ja, inwiefern, Marokko im Kontext der Energieprojekte in der Westsahara Greenwashing vorgeworfen kann und welche Bedeutung dies für den Konflikt und seinen weiteren Verlauf haben wird.

5. Analyse

5.1 Das Recht auf natürliche Ressourcen in der besetzten Westsahara

Um die erste Forschungsunterfrage dieser Arbeit beantworten zu können, soll im folgenden Abschnitt anhand der in 3.1 dargelegten Literatur zur Besetzung von Territorien und dem danach geltenden Recht zur Nutzung der natürlichen Ressourcen eines solchen Territoriums analysiert werden, wie Marokkos Nutzung der Ressourcen der Westsahara einerseits rechtlich

einzuordnen ist, andererseits auch, was dies für den Gesamtkontext der Fragestellung dieser Arbeit bedeutet. Da die Feststellung einer Besetzung nach internationalem Besatzungsrecht und humanitären Völkerrecht für die Analyse der Rechtsgrundlage relevant ist, wird zunächst untersucht, warum Marokkos Präsenz in der Westsahara als Besetzung eingeordnet werden kann.

Nach der bei Benvenisti (2016) dargelegten Definition bezüglich dessen, wann ein Territorium nach internationalem Recht als besetzt gilt, kann zunächst festgestellt werden, dass die Westsahara in Anbetracht der Erfüllung der Kriterien als solches bezeichnet werden kann. Dies ergibt sich aus dem Umstand, wonach Marokko als eigenständiger Staat, der keinen rechtlichen Anspruch auf die Souveränität der Westsahara hat, dennoch die effektive Kontrolle über die mehrheitliche Fläche des Gebietes ausübt, ohne dass die Sahrauis oder vertretend die Polisario dieser Kontrolle durch Marokko zustimmen. Da die Besetzung der Westsahara teilweise auch durch militarisierte Truppen erreicht und über Jahrzehnte aufrechterhalten wurde, kann diese nach dem humanitären Völkerrecht (IHL) zudem als militärische Besetzung eingestuft werden, auch wenn der dieser Definition inhärente Aspekt der Vertreibung der lokalen Machthaber oder der autorisierten Verwalter schwieriger einzuordnen ist, da sich im spezifischen Fall der Westsahara vor dem Einmarsch Marokkos keine Regierung in dem Sinne formen konnte, die hätte vertrieben werden können (Saul, 2018). Die Befreiungsfront Polisario, die einer Verwaltung der lokalen Bevölkerung sowie Repräsentant deren Interessen am nächsten kommt, ist nicht gänzlich aus dem Gebiet vertrieben und nach fünfzig Jahren der Besetzung nach wie vor in der Westsahara präsent, nimmt der marokkanischen Regierung gegenüber jedoch eine untergeordnete Rolle ein, was die Machtverhältnisse in dem Gebiet betrifft.

Da die Besetzung eines Territoriums grundsätzlich als mögliches Szenario für die Entstehung eines bewaffneten Konflikts gilt (Saul, 2018) und der Westsaharakonflikt tatsächlich über viele Jahrzehnte bewaffnet ausgetragen wurde (Zoubir, 1990), ist der Konflikt nochmals anders einzuordnen, als wenn dies nicht der Fall wäre. Gilt ein Konflikt bewaffnet und eine Besetzung von Territorium dementsprechend als feindlich, gehen damit gewisse Implikationen für den Umgang internationaler Akteure mit diesem Konflikt einher, wie beispielsweise Forderungen nach einer Beendigung des Konflikts, den Rückzug aus dem besetzten Territorium oder die Wiederherstellung von Lebensumständen für die lokale Bevölkerung, die den Anforderungen nach dem IHL gerecht werden (Ratner, 2005, S. 695). Für den Fall der besetzten Westsahara durch Marokko würde dies bedeuten, dass internationale Akteure Marokko für den Umgang mit den Sahrauis kritisieren und eine Beendigung der Besetzung fordern sollten und könnten.

Auch wenn der Konflikt seit den frühen neunziger Jahren offiziell nicht mehr bewaffnet ausgetragen wurde, wurden in den letzten Jahren wieder vermehrt bewaffnete Angriffe von beiden Seiten festgestellt (DGVN, 2025). Eine Zusammenarbeit Dritter mit Marokko in der Westsahara kann somit als gegensätzlich zu der genannten internationalen Verantwortung nach dem vierten Abkommen der Genfer Konventionen von 1949 und den Haager Abkommen von 1907 eingeordnet werden.

Das „law of occupation“, also das Besatzungsrecht, ist aufgrund der Präsenz militärischer Truppen aus Marokko in der Westsahara und dem bestehenden Kontakt dieser mit der lokalen Bevölkerung des Territoriums anwendbar (Roberts, 1984). In Anbetracht dieses auf dem IHL basierenden Besatzungsrechts steht Marokko als Besatzungsmacht der Westsahara in der Pflicht, den Sahrauis als lokaler, indigener Bevölkerung des Gebietes ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und darüber hinaus die natürlichen Ressourcen der Westsahara nicht zur Erfüllung von Eigeninteressen zu plündern oder diese in sonstiger Weise auszubeuten, sondern sie stattdessen nur im Sinne der Sahrauis zu nutzen und vor der Ausbeutung durch Dritte zu schützen (Pabian, 202; Benvensiti, 2016, S.21). Dies gilt, obwohl Marokko die Westsahara offiziell nicht als besetztes Gebiet anerkennt, sondern stattdessen den Souveränitätsanspruch an das Gebiet erhebt (Longobardo, 2016, S. 254). Die Souveränität liegt nach wie vor bei den Sahrauis, die völkerrechtlich das Recht auf Selbstbestimmung und eine eigen gewählte Verwaltung haben (Fransen & Ryngaert, 2020, S. 49). Bei den Sahrauis liegen ebenso die Eigentumsrechte an jeglichen natürlichen Ressourcen, die im Gebiet der Westsahara vorkommen, wozu auch das Potenzial von Wind-, Solar- oder Hydroenergie zählen (Anisimov & Ryzhenkov, 2014, S.170).

Wie bei Benvensiti (2016) und Anisimov und Ryzhenkov (2014) dargelegt, sind die natürlichen Ressourcen eines Landes oder eines Territoriums als öffentliches Eigentum der lokalen Bevölkerung anzusehen, unabhängig davon, ob dieses als besetzt gilt oder nicht. Im Fall der Westsahara fallen hierunter zum Beispiel die Vorkommen an Phosphat oder die Fischbestände in den Gewässern vor der Küste, die als materielle natürliche Ressourcen eingeordnet werden können, aber auch der Wind und die Sonneneinstrahlung in dem Gebiet als immaterielle natürliche Ressourcen. Als Besatzungsmacht und Verwalter über die Westsahara ist Marokko nach dem Besatzungsrecht nur befugt, die natürlichen Ressourcen abzubauen, mit diesen zu handeln oder sie in sonstiger Weise zu wertschöpfen, wenn dies den Sahrauis zugutekäme, die nationale Sicherheit dadurch gewährleistet würde oder die Besatzungskosten somit gedeckt werden könnten (Benvensiti, 2016, S. 21). Betrachtet man den Umgang Marokkos mit den

materiellen natürlichen Ressourcen der Westsahara in den fünf Jahrzehnten der Besatzung fällt auf, dass diese primär dazu genutzt werden, um Marokkos nationale, wirtschaftliche Interessen sowie Handels- und Kooperationsinteressen mit internationalen Akteuren zu erfüllen, während die Gewinne hieraus kaum den Sahrauis zugutekommen (White, 2015; Alkahili, 2023).

Da Marokko als Besatzungsmacht in der Westsahara nicht das Recht hat, sich die natürlichen Ressourcen anzueignen, die Eigentumsrechte für diese zu erwerben oder mit ihnen zu handeln (Saul, 2018, S. 23f.) verstößt das Land gegen das Besatzungsrecht, indem genau diese Dinge getan werden. Marokko hat eigentlich die Rolle einer Treuhandschaft über die Ressourcen der Westsahara inne und steht somit in der Verantwortung, diese zu schützen und bestmöglich im Sinne der Sahrauis zu verwalten (ebd.). Stattdessen werden jedoch nicht nur die materiellen natürlichen Ressourcen abgebaut, sondern auch die immateriellen im Rahmen der Wind- und Solarenergieanlagen umfangreich kommodifiziert. Dies geschieht nicht mit dem offiziellen Einverständnis der Sahrauis oder der Polisario; stattdessen deklariert Marokko den in der Westsahara mithilfe von Wind- und Solarenergie erzeugten Strom als marokkanisch, was als Aneignung der Ressourcen und somit als Verstoß gegen das internationale Besatzungsrecht eingeordnet werden kann. Die Gewinne aus diesen Projekten gehen an Marokko, da diese ausschließlich von Marokko in Auftrag gegeben und durch staatliche marokkanische Unternehmen – in Kooperation mit internationalen, meist europäischen Unternehmen, ausgeführt wurden, ohne Beteiligung der Sahrauis (Allan et al., 2022; Amouzai & Haddioui, 2023).

Da die Besatzungsmacht in der Verpflichtung steht, die natürlichen Ressourcen des von ihm besetzten Territoriums gegen die Ausbeutung Dritter zu schützen (Benvensiti, 2016, S. 21), ist die Beteiligung internationaler Unternehmen an den Energieprojekten sowie die Kooperation anderer Staaten, wie beispielsweise aus der EU, zusätzlich kritisch zu betrachten. Nach dem Besatzungsrecht steht Marokko als öffentlicher Akteur in der internationalen Verantwortung, internationale Akteure wie ausländische Privatunternehmen und internationale Großkonzerne an einer Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu hindern oder zumindest einen übermäßigen Abbau dieser zu verhindern (Longobardo, 2016). Stattdessen ist Marokko der Auftraggeber für den Abbau beziehungsweise die Wertschöpfung jener Ressourcen.

An dieser Stelle ist jedoch zwischen den materiellen und endlichen Ressourcen wie Fisch und Phosphat und den unerschöpflichen, erneuerbaren Ressourcen, zu denen Wind und Sonne gehören, zu unterscheiden. Wie bei Fransen und Ryngaert (2020) dargelegt, ist die Nutzung der nicht-erneuerbaren Ressourcen durch die Besatzungsmacht unter den Umständen erlaubt, die

bereits genannt wurden, also wenn die lokale Bevölkerung davon profitiert oder Besatzungskosten gedeckt werden. Die Voraussetzung hierfür ist, dass die Bestände nicht zu weit aufgebraucht werden (ebd.). Im Fall der endlichen Ressourcen der Westsahara kann festgehalten werden, dass die Phosphatreserven sehr groß sind und es daher unwahrscheinlich ist, dass diese in näherer Zukunft signifikant aufgebraucht sein werden (US Geological Survey, 2020). Die Fischbestände in den Gewässern vor der Westsahara sind dagegen, wie in vielen Regionen der Erde, wegen Überfischung bedroht (WSRW, 2021). In Anbetracht dessen, dass die Sahrauis von der Wertschöpfung dieser Ressourcen kaum profitieren und eine Deckung der Besatzungskosten durch diese ebenfalls nicht nachweisbar ist, ist die Nutzung und die Inanspruchnahme durch Marokko jedoch rechtlich nicht gedeckt.

Bei den erneuerbaren Ressourcen ist die Nutzung zwar generell eher erlaubt, als bei endlichen Ressourcen, da durch die Wertschöpfung dieser keine materiellen Bestände aufgebraucht werden können, dennoch gilt die Regel, dass nicht mehr wertgeschöpft werden soll als vor der Besatzung (Fransen und Ryngaert, 2020, S. 50). Da die Westsahara zusammengekommen mit der Kolonialzeit unter Spanien seit dem späten neunzehnten Jahrhundert und einer Besetzung beziehungsweise einer Fremdverwaltung stand, ist diese Bedingungen in diesem Fall kaum anwendbar, da die Technologien für die Energieerzeugung mittels Wind oder Sonne damals nicht verfügbar waren und demnach keine Wertschöpfung dieser immateriellen, erneuerbaren Ressourcen vor der Besatzung stattgefunden hat. Zusätzlich gilt besonders bei natürlichen Ressourcen, die nicht als Objekt in dem Sinne von jemandem besessen werden können, dass die Eigentumsrechte immer und effektiv bei den lokalen Bevölkerung des Territoriums liegen (Anisimov & Ryzhenkov, 2014). Dies ist in der Theorie zwar auch bei materiellen Ressourcen der Fall, hier ist es jedoch immer wahrscheinlicher, dass die Verwaltungsautorität die praktische Kontrolle über diese innehat (ebd.).

Dass Marokko in großem Umfang Windparks in der Westsahara baut, kann aufgrund der bei den Sahrauis liegenden Eigentumsrechte an der Ressource Wind somit als Verletzung des humanitären Völkerrechts gewertet werden (Longobardo, 2016). Marokko handelt demnach entgegen dem Besatzungsrecht, das das Land in die Verantwortung des Schutzes der natürlichen Ressourcen stellt, und eignet sich diese stattdessen rechtswidrig an, um von ihnen auf wirtschaftlicher und politischer Ebene zu profitieren. Die Windparks, aber auch die großflächig angelegten Solarparks, in der Westsahara tragen nicht nur dazu bei, dass Marokko wirtschaftliche Gewinne erzielt und sich potenziell auch die internationalen Partnerschaften durch Kooperationen stärken sowie Marokkos internationales Ansehen durch die Investitionen in

erneuerbare Energien steigt. Vielmehr könnten sie dazu beitragen, dass durch ihre Nutzung langfristig die Inkorporation der Westsahara in das Staatsgebiet Marokkos vorangebracht wird, was einen Prozess darstellen würde, vor dem Besatzungsrecht und das humanitäre Völkerrecht in erster Linie schützen soll (Ratner, 2005).

5.2 Kommunikation

Um die zweite Unterfrage dieser Arbeit, „Wie wird der Bau der Windkraftanlagen in der Westsahara in Medien und öffentlichen Erklärung seitens Marokkos kommuniziert und in internationalen Medien und von NGOs thematisiert?“, beantworten zu können, soll im Folgenden zunächst untersucht werden, über welche Aspekte der Windkraftanlagen von marokkanischer Seite berichtet wird, welche dieser Informationen von ausgewählten internationalen Medien übernommen wurden und ob beziehungsweise wie diese kritisch eingeordnet wurden. Es soll also untersucht werden, was die verschiedenen Ansätze in der Berichterstattung sind, also zum Beispiel, ob eher auf technische Daten oder auf politische Hintergründe eingegangen wird, und inwiefern sachliche oder meinungsbasierte Berichte die Wahrnehmung über die Windprojekte in der Westsahara beeinflussen könnten.

Wie in Abschnitt 4.4 bereits dargelegt, wurde in den letzten Jahren grundsätzlich in mehreren nationalen, marokkanischen Medien als auch in internationalen Medien über den Bau der Windkraftprojekte und Marokkos Pläne zum Ausbau erneuerbarer Energien berichtet. Berichte zu dem Thema kamen in den letzten fünf Jahren meist mehrfach innerhalb eines Monats von *Morocco World News*, die immer wieder diverse Aspekte der marokkanischen Energiestrategie beleuchten, von Marokkos Führungsposition im arabischen Raum beim Thema erneuerbarer Energien, zu den Solar- und Windenergieprojekten und den damit einhergehenden Kooperationen mit ausländischen Unternehmen oder Staaten der EU (Morocco World News, 2020, 2025a,d). Das Thema wird demnach medial von marokkanischer Seite aktiv aufgegriffen und es wird grundsätzlich umfangreich über die Energieprojekte und spezifisch über die Windkraftprojekte berichtet.

Während es sich bei den Inhalten der Berichte, die bei *Morocco World News* veröffentlicht werden, um Informationen zu den Kosten der Projekte, den technischen Daten, Kooperationspartnern, Planungs- und Bauzeiträumen der Windparks, oder die Einbettung der Projekte in Marokkos generelle Vision bezüglich einer nachhaltigen Energieversorgung handelt, wurden in den gesichteten Artikeln keine politischen Vermerke gefunden. Verweise auf die Westsahara sind selten zu finden; wenn das Gebiet erwähnt wird, wird es meist als „Provinz im südlichen

Marokko“ bezeichnet, so auch in einem 2025 bei *Morocco World News* veröffentlichten Artikel (Morocco World News, 2025a). Durch diese Bezeichnung als „Provinz Marokkos“ wird eine Zugehörigkeit der West-sahara zum Staatsgebiet Marokkos suggeriert. Dies steht im Gegensatz zum Urteil des IGH aus dem Jahr 1975, wonach die Westsahara nicht als Teil Marokkos angesehen wird und letztere keinen Souveränitätsanspruch an das Territorium hat (IGH, 1975).

Auf den marokkanischen Websites, die für die Thematik dieser Arbeit relevant sind, also die des marokkanischen Energiekonzerns *NAREVA* und die des Ministeriums für Energiewende und nachhaltige Entwicklung, werden die Projekte, die sich im Gebiet der Westsahara befinden, entweder als „im südlichen Marokko gelegen“ angegeben (NAREVA, 2025) oder ihre genaue geografische Lage wird nicht explizit genannt (Ministère de la Transition Énergétique et du Développement Durable, 2025). Demnach wird an keiner Stelle auf die Lage in der Westsahara verwiesen. Die Informationen zu den Windenergieprojekten seitens des Ministeriums für Energiewende und nachhaltige Entwicklung sind primär Daten zur bisher erzeugten Energie Marokkos mittels Wind- und Solarkraft und den Kapazitäten zukünftiger Projekte, sowie Berichte über die internationale Zusammenarbeit Marokkos mit Staaten und ausländischen Unternehmen beim Ausbau der erneuerbaren Energien (ebd.). Aus den öffentlichen Informationen bezüglich der Windenergieprojekte sowie den Artikeln von *Morocco World News* kann aufgrund der geografischen Bezeichnungen der Westsahara als „Provinz im südlichen Marokko“ bis zum Fehlen der Nennung der Standorte der Projekte abgeleitet werden, dass das Gebiet der Westsahara von marokkanischer Seite als dem Staatsgebiet Marokkos zugehörig angesehen wird.

Obwohl nicht ausgeschlossen werden kann, dass es vereinzelte Artikel marokkanischer Medien gibt, die in Bezug auf die Westsahara politisch oder kritisch berichten, wurden im Rahmen der Recherchen dieser Arbeit keine gefunden. Das kann aufgrund der Sprachbarriere der Fall sein, da die meisten Artikel, die von lokalen, marokkanischen Medien veröffentlicht werden, in arabischer oder französischer Sprache veröffentlicht werden. Die Pressefreiheit innerhalb des Landes, die als sehr eingeschränkt gilt (Reporter ohne Grenzen, 2025), kann als weiterer Grund dafür angenommen werden, weswegen sich kaum kritische Berichte über die Energieprojekte Marokkos in der Westsahara oder die Besetzung der Westsahara im Allgemeinen finden. Da Marokkos Anspruch an das Gebiet der Westsahara der Auslöser für den Konflikt an sich ist, ist anzunehmen, dass zumindest von offiziellen Seiten sowie von großen Medienhäusern keine kritischen, politischen Berichte zu der Thematik veröffentlicht werden, sondern die Berichter-

stattung sich stattdessen primär auf technische Daten, internationale Kooperationen und Fortschritte beim Thema erneuerbarer Energien fokussiert.

In den für diese Arbeit ausgewählten internationalen deutschsprachigen Medien wurde in den letzten zehn Jahren verhältnismäßig seltener über die Energieprojekte, und spezifischer die Windenergieprojekte, Marokkos berichtet. So wurde beispielsweise bei der österreichischen Zeitung *Der Standard* im Zeitraum von 2015 bis 2025 über Marokko im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien achtmal berichtet, davon fünfmal mit einer Erwähnung der aus Marokko stammenden Windenergie. Die Westsahara wurde dabei zweimal thematisiert (der Standard, 2016a,b). In der deutschen Wochenzeitung *Die Zeit* wurden die erneuerbaren Energien Marokkos in den letzten zehn Jahren um die fünfzehnmal thematisiert, wenn auch oft nur als Nebennotiz in Artikeln mit anderem Fokus. Die Windenergieprojekte wurden hierbei dreimal erwähnt, ihre Lage in der Westsahara kein einziges Mal (Die Zeit, 2016a, b, 2022).

Die Zeit schrieb in einem 2022 veröffentlichten Artikel über die geplante Energiepartnerschaft zwischen der EU und Marokko und geht hierbei darauf ein, dass Energielieferungen aus Marokko zu einer Entspannung der Energieversorgung der EU beitragen können, besonders seit diese seit des russischen Angriffskrieges volatiler geworden ist (Die Zeit, 2022). In einem anderen Artikel, der 2022 vom *Der Standard* veröffentlicht wurde, wird im Rahmen der vereinbarten Energiepartnerschaft von einem „Potenzial für erneuerbare Energien“ und „Chancen für Partnerschaften“ geschrieben, auch der Begriff „grüne Partnerschaft“ wird verwendet (Der Standard, 2022). Ebenfalls bei *Der Standard* wurden 2016 zwei Artikel veröffentlicht, die den Westsaharakonflikt im Kontext der marokkanischen Energieprojekte erwähnen.

In dem ersten Artikel wurde im Zuge einer Berichterstattung über Marokkos Energieprojekte und „grüner“ Energiepolitik auf die Lage einiger der Wind- und Solarparks in der Westsahara verwiesen (Der Standard, 2016a). Eine analytische oder explizit kritische Einordnung diesbezüglich fehlt; der Konflikt wird stattdessen als Randbemerkung gegen Ende des Artikels erwähnt. Trotz dieser Erwähnung behandelt auch dieser Artikel vielmehr die positiven Aspekte der marokkanischen Energiepolitik und der Autor des Artikels schreibt primär über Marokkos Ambitionen, ein „Vorzeigeland“ der Energiewende zu sein (ebd.). Der zweite Artikel geht ausführlicher auf die Problematik der Energieprojekte Marokkos in der Westsahara ein. Es wird auf die völkerrechtswidrige Besetzung der Westsahara sowie auf die Beteiligung ausländischer Unternehmen bei der Umsetzung der Energieprojekte eingegangen. Zudem wird auf die Behauptung Marokkos verwiesen, wonach die lokale Bevölkerung von den Energieprojekten

profitiere und als Gegenargument angebracht, dass dies in Wirklichkeit kaum der Fall sei, da der ökologisch erzeugte Strom nicht bei den lokalen Haushalten ankomme (Der Standard, 2016b). Auch dieser Artikel bietet keine tiefergehende Analyse oder weiterführende Hintergründe zu der Thematik, sondern bildet stattdessen einen groben Überblick über die diversen Kritikpunkte an den Projekten ab

Die *FAZ* berichtete zwischen 2015 und 2025 dreimal über Marokko im Kontext der erneuerbaren Energien, erwähnt die Westsahara und den Konflikt einmal, jedoch in einem Artikel, in dem das Thema Energie eher eine Randbemerkung ist (FAZ, 2025). Sie berichtete jedoch auch über die Kooperation von *Siemens* mit Marokko beim Ausbau von Solarparks, geht hierbei jedoch nicht auf die Westsahara ein (FAZ, 2016). Die *TAZ* berichtete in den letzten zehn Jahren achtmal zu den erneuerbaren Energien Marokkos, davon viermal kritisch mit Verweis auf den Westsaharakonflikt (TAZ, 2016, 2022, 2025a, b).

Einer der Artikel aus dem Jahr 2025 ist ein Interview mit der sahrauischen Aktivistin Emma Lehbib, in dem diese besonders die Projekte zur Erzeugung von „grünem“ Wasserstoff kritisiert, da diese das Ergebnis der fünfzigjährigen Besetzung seien und ein weiteres Mittel für Marokko, die Westsahara und die Sahrauis weiter unterdrücken zu können. Sie geht in dem Interview auch auf die Gewalt ein, die die Sahrauis durch Marokko erfahren, auf die Menschenrechtsverletzungen und den Mangel an Pressefreiheit. Lehbib argumentiert, dass Marokko sich, nicht zuletzt aufgrund der Unterstützung aus dem Ausland, immer stärker „bemächtigt und in der Besetzung legitimiert“ fühle. Sie stellt fest, dass viele ausländische Akteure von den Energieprojekten profitieren würden und nennt hierbei *Siemens Energy* als wichtiges Unternehmen, das in der Westsahara tätig ist und von dem sie sich einen Rückzug aus dem Gebiet wünschen würde. Sie argumentiert ebenfalls, dass einige Staaten, sie nennt hier explizit Frankreich, als große Fürsprecher der Energieprojekte gelten und somit dazu beitragen, dass die Vorgehen Marokkos in der Westsahara weiter legitimiert werden. Die Art und Weise, wie Marokko sich international als „Pionier“ beim Thema erneuerbarer Energien verkaufe, trage zu dieser großen internationalen Zustimmung bei. Sie schließt in dem Interview damit, festzuhalten, dass die Sahrauis nicht per se etwas gegen den Ausbau erneuerbarer Energien in ihrem Gebiet hätten, da diese wichtig für das Klima und die Energiewende seien, dass die Umsetzung der Projekte ohne die Zustimmung der Sahrauis jedoch völkerrechtswidrig sei und diese sich demnach von Marokko eingeholt werden müsste (TAZ, 2025a).

In den ausgewählten englischsprachigen Medien, darunter der *New York Times*, dem *Economist*, dem *Guardian* oder dem *Wall Street Journal* wurde im Zeitraum von 2015 bis 2025 selten über die erneuerbaren Energien Marokkos berichtet. Bei den genannten Zeitungen konnten hierbei keine Berichte gefunden werden, in denen eine Einordnung der Windenergieprojekte, oder sonstiger Energieprojekte, in den Kontext des Westsaharakonflikts vorgenommen wurden. Ein kritischer Artikel wurde im Oktober 2025 auf der englischsprachigen Nachrichtenplattform *Modern Diplomacy* veröffentlicht, in dem die geplanten Wasserstoffprojekte Marokkos in der Westsahara kritisch betrachtet und eingeordnet werden und zudem Marokko „grüner Kolonialismus“ vorgeworfen wird und in diesem Kontext auch von einem „Greenwashing der Besatzung“ der Westsahara die Rede ist (Modern Diplomacy, 2025).

Ein Unterschied der internationalen Berichterstattung verglichen mit derjenigen aus Marokko liegt in der Grundvoraussetzung, dass die Presse in Deutschland, Österreich und Großbritannien als weitestgehend frei eingestuft werden kann und es in den USA in den letzten Monaten zwar einen Rückschritt bezüglich der Pressefreiheit gegeben hat, die Presse dort jedoch als deutlich uneingeschränkter eingestuft werden muss, als dies in Marokko der Fall ist (World Press Freedom Index, 2025; Reporter ohne Grenzen, 2025). Demnach kann von kaum bis keinen Beschränkungen bezüglich einer medialen Berichterstattung über den Westsaharakonflikt oder die Energieprojekte im Gebiet der Westsahara ausgegangen werden.

Die Auswertung der ausgewählten internationalen medialen Veröffentlichungen zum Thema erneuerbarer Energien in Marokko und der Westsahara, mit spezifischem Fokus auf die Windenergieprojekte in dem Gebiet, zeigt, dass es insgesamt kaum Berichte gibt, die sich kritisch mit der Thematik der Projekte in dem besetzten Territorium auseinandersetzen oder die Westsahara in diesem Kontext generell erwähnen. Stattdessen werden vor allem apolitische Aspekte der Projekte, wie Kapazitäten und sonstige technische Daten thematisiert, ebenso wie die Partnerschaften mit ausländischen Unternehmen bei der Umsetzung der Projekte oder der EU als Abnehmer der erzeugten Energie sowie als Investor für die Umsetzung der Projekte. Zudem wird auch gelegentlich über ausländische Investitionen in die Energieprojekte durch China berichtet (The New York Times, 2025) und über Marokkos Pläne, ein Vorreiter beim Thema erneuerbarer Energien in Nordafrika zu sein. Die Berichte bewegen sich somit weitestgehend zwischen neutral und wertfrei bis hin zu positiven Einordnungen, meist auf Grundlage der Annahme, dass Marokko mit dem Ausbau erneuerbarer Energien einen wichtigen Beitrag zur globalen Energiewende leistet. Es gibt zwar vereinzelt kritische Artikel über die Energieprojekte in der Westsahara, die zum Teil auch sehr deutlich die verschiedenen Problematiken

benennen (Der Standard, 2016a; TAZ, 2025a), insgesamt sind diese Artikel jedoch deutlich in der Unterzahl verglichen mit jenen, die keinerlei Kritik äußern oder die Westsahara unerwähnt lassen.

Es kann somit geschlossen werden, dass sich nur in Medien auf internationaler Ebene, also in nicht-marokkanischen Medien, und hier auch nur sehr wenige, kritische Berichte über den Bau von Windkraftanlagen, oder allgemeiner über die Energieprojekte, in der Westsahara finden und seitens marokkanischer Medien keine kritischen Berichte diesbezüglich gefunden werden konnten. Dies kann bezogen auf die marokkanischen Medien auf den Mangel an Pressefreiheit zurückgeführt werden, da kritische Berichte über den Westsaharakonflikt nicht erlaubt sind (Reporter ohne Grenzen, 2025), sowie auf Marokkos deutliche politische Position innerhalb des Konflikts. Internationale Medien könnten grundsätzlich im Rahmen der Pressefreiheit kritisch über die Energieprojekte im Gebiet der Westsahara berichten, was jedoch nur selten getan wird. Dennoch ist anzumerken, dass kritische Berichte in den letzten Jahren tendenziell häufiger geworden sind. Da die Menge insgesamt sehr klein ist, lässt sich hieraus kein Trend dahingehend ableiten, ob das Thema zukünftig generell stärker in der Öffentlichkeit diskutiert werden wird, es soll an dieser Stelle jedoch festgehalten werden.

Auf den Websites der für dieses Thema relevanten internationalen Akteure wird unterschiedlich über die Windenergieprojekte Marokkos in der Westsahara berichtet. Die Informationen zu den Projekten und Marokkos genereller Energiestrategie auf den Websites, und in Berichten oder anderen Informationsmaterialien, die auf diesen verlinkt oder sonst zu finden waren, sind meist als neutral bis positiv einzuordnen. Organisationen wie die *International Energy Agency (IEA)* oder das *European Institute of the Mediterranean (IEMed)* haben in den letzten Jahren neutral bis tendenziell positiv über Marokkos Energieprojekte berichtet, jedoch die Bedeutung dieser für die globale Energiewende hervorgehoben. Die *IEA* hat beispielsweise 2019 über Marokkos Strategie zur Erzeugung erneuerbarer Energien und die dazugehörigen Technologien sowie die sich daraus ergebenden Einsparungen an CO₂-Emissionen berichtet und Marokkos hierbei als wichtigen Akteur der Energiewende eingeordnet (IEA, 2019). Das *IEMed* hat gemeinsam mit dem Think-Tank *CEPS* und der „Mission of the Kingdom of Morocco to the EU and NATO“ ein Factsheet zur Energiepartnerschaft zwischen der EU und Marokko veröffentlicht, in dem nicht nur die Ziele des „European Green Deal“ genannt werden, sondern auch auf das hohe Energiegewinnungspotenzial Marokkos mittels erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarenergie verwiesen wird. Zudem wurden die Pläne zum Ausbau von „grünem“ Wasserstoff als „win-win“ Situation betitelt (IEMed, 2025). Dass einige der erneuerbare-Energien-Projekte im

Gebiet der besetzten Westsahara umgesetzt werden, wurde von diesen Organisationen nicht im Kontext der Berichte zu diesem Thema erwähnt.

Als politische Akteure haben die Europäische Kommission sowie das deutsche Ministerium für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die deutsche Gesellschaft für Zusammenarbeit und Entwicklung (GIZ) positiv über die Energiepläne Marokkos berichtet und ebenfalls die Zusammenarbeit mit Akteuren aus Deutschland beziehungsweise der EU hervorgehoben. In Berichten und Bekanntmachungen wurde über Marokkos Ausbau von Solar- und Windanlagen, sowie die Pläne zum Ausbau einer Industrie für „grünen“ Wasserstoff geschrieben und im Zusammenhang dessen den Begriff der „just transition“ verwendet, womit eine sozial gerechte und klimagerechte Energiewende gemeint ist (BMZ, 2023; GIZ, 2024). Die Europäische Kommission sprach im Zusammenhang mit der Kooperation der EU mit Marokkos Energieplänen davon, dass in ihrem Rahmen „innovative, nachhaltige, arbeitsschaffende und umweltfreundliche Projekte“ gefördert würden (EC, 2022). Vermerke auf die Westsahara konnten hierbei keine gefunden werden, sowohl der Konflikt und die Besatzung selbst als auch sich potenziell ergebende politische Spannungen aus den Energieprojekten bleiben unerwähnt. Der klare Fokus liegt auf dem Ausbau der Energieinfrastruktur, der Energiewende, den zukunftsgerichteten Energieplänen Marokkos, dem sich daraus ergebenden Potenzial für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes sowie den internationalen Energiepartnerschaften.

Seitens einiger NGOs konnten kritische Berichte über die Windenergieprojekte im Kontext des Westsaharakonflikts gefunden werden, hier vor allem von der NGO *Westerns Sahara Resource Watch*. Diese hat in den letzten zehn Jahren mehrfach über verschiedene Aspekte berichtet, die mit dem Westsaharakonflikt in Verbindung stehen, primär über die Ressourcenausbeutung in dem Gebiet durch Marokko oder Dritte. Es gibt mehrere Berichte darüber, wie Marokko in den letzten Jahren vermehrt den Boden der Westsahara genutzt hat, um Pläne im Bereich erneuerbarer Energien zu realisieren, wie der Bau großer Solarparks, die Pläne zum Ausbau einer Grüner-Wasserstoff-Industrie und eben auch den Bau den mehreren Windparks. In diesem Kontext wurde auch die Beteiligung ausländischer Unternehmen an den Projekten kritisiert, allen voran die des deutschen Unternehmens *Siemens* und seiner spanischen Tochterfirma *Siemens Gamesa*, die maßgeblich an der Lieferung und Inbetriebnahme der Windturbinen in der Westsahara beteiligt sind (WSRW, 2022; 2023). Auch die *Gesellschaft für bedrohte Völker* hat sich in der Vergangenheit kritisch zu den Energieprojekten Marokkos geäußert. So wurde angemerkt, dass der „grün“ erzeugte Strom aus der Westsahara auf nationaler Ebene größtenteils

dazu genutzt wird, die Meerentsalzungsanlagen an der Küste und in einigen Jahren auch die Produktion von grünem Wasserstoff mit Energie zu versorgen. Diese Technologien benötigen sehr viel Wasser, weswegen befürchtet wird, dass der erhöhte Wasserverbrauch in der ohnehin bereits trockenen Region der Westsahara schwerwiegende, negative ökologische Folgen haben wird (GfbV, 2023).

Die *Terres des hommes Schweiz* hat in einem Bericht über die Problematik der Energiewende Marokkos mit Bezug auf die Westsahara geschrieben. Hierbei wird auf Marokkos eigene Positionierung als Vorreiter bei der Energiewende eingegangen, während das Land in der Westsahara wertvolle Ressourcen wie Phosphat und Fisch „plündere“ und dort Solar- und Windenergie und grünen Wasserstoff erzeugt. Der Bericht ist auch ein Gespräch mit der sahrauischen Aktivistin Fatma Moulay, die in einem Flüchtlingslager im Südwesten Algeriens aufgewachsen ist und in dieses nach ihrem Studium in Deutschland zurückgekehrt ist. Moulay berichtet davon, dass besonders die Sahrauis, die in den Flüchtlingslagern leben, stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind, obwohl sie nichts zu diesem beigetragen haben, aber auch von der Ausbeutung der Westsahara durch Marokko, die völkerrechtswidrig ist (Terres des hommes Schweiz, 2024).

Seitens der ausländischen Unternehmen, die direkt an der Umsetzung der Energieprojekte oder an deren Betrieb beteiligt sind, wurde entweder positiv über diese berichtet und die Vorteile für die Umwelt sowie die Region hervorgehoben, oder sie haben sich nicht öffentlich in Form von Pressemitteilungen oder ähnlichem zu dem Thema geäußert. In einem 2016 von *Siemens* veröffentlichten Bericht wird beispielsweise ausführlich über die Zusammenarbeit des Unternehmens mit Marokko bei seiner Energiestrategie berichtet, wobei auf das hohe Potenzial der Sonnen- und Windenergie verwiesen wird und die Vorteile einer gut ausgebauten Energieinfrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung Marokkos, den Arbeitsmarkt und die Fachkräfteausbildung sowie die generelle Lebensqualität der Menschen vor Ort verwiesen wird (Siemens, 2016). In jeglichen PR-Materialien, die *Siemens Energy* in den letzten zehn Jahren bezüglich der Energieprojekte in Kooperation mit Marokko veröffentlicht hat, wird die Westsahara nicht erwähnt (Dunlap & Laratte, 2022, S. 13). *EY Großbritannien*, die als Finanzberater bei einigen der Energieprojekte fungieren (MEED, 2014), berichtete in den letzten Jahren ebenfalls über die Vorteile der Energieprojekte und die Möglichkeiten, die sich aus diesen für Marokko ergäben. In einem Bericht wird beispielsweise auf die Kompatibilität von Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum durch den Ausbau grüner Energien verwiesen. Die Energiestrategie Marokkos wird hier als „leuchtendes Beispiel für grüne Energien“ betitelt (EY, 2025). Die *KfW*-

Entwicklungsbank, die die Energieprojekte teilweise mitfinanziert, hat im Kontext der Projekte von der „Energie der Zukunft“ gesprochen und Marokko ebenfalls als „Vorreiter in Sachen Energiewende“ bezeichnet (KfW, 2017).

Kritik aus der Wirtschaft kommt vom *Dachverband kritischer Aktionärinnen und Aktionäre*, die die Kooperation von *Siemens* mit Marokko bei den Projekten zum Ausbau erneuerbarer Energien mehrfach kritisiert und auf die politische Situation sowie die Implikationen einer europäischen Zusammenarbeit mit Marokko in dem Gebiet verwiesen haben. Hierbei wurde auf die ökologischen Folgen einiger der Projekte eingegangen, ebenso wie auf die Menschenrechtslage in der Westsahara (Dachverband kritischer Aktionärinnen und Aktionäre, 2022; 2023).

Somit kommt insgesamt viel internationaler Zuspruch von Medien, politischen Organisationen oder Verbänden wie der Europäischen Kommission oder der *GIZ* oder Institutionen wie der *KfW-Entwicklungsbank*. Aus der Wirtschaft kommt kaum Kritik, und die Unternehmen, die mit Marokko im Rahmen der Energieprojekte kooperieren, äußern sich entweder nicht oder positiv hierzu. Kritik und Berichte über den Westsaharakonflikt im Kontext der Energieprojekte Marokkos kommen, wenn, dann primär von NGOs, so zum Beispiel von *Western Sahara Resource Watch*, der *Gesellschaft für bedrohte Völker* oder der *Terres des hommes*. Hier wird deutlich auf die Problematik der Ausbeutung der Westsahara und die völkerrechtswidrige Besatzung Marokkos eingegangen, ebenso wie auf die Gefahr, dass diese Besatzung im Zuge von Marokkos Positionierung als Vorreiter in der Energiewende normalisiert und legitimiert werden kann, wenn das Land dafür viel internationalen Zuspruch erhält. Kritik konnte zudem vom *Dachverband kritischer Aktionärinnen und Aktionäre* gefunden werden.

Auch wenn von NGOs, vereinzelt in Medien und selten auch aus der Wirtschaft kritisch auf die Energieprojekte Marokkos in der Westsahara hingewiesen und über diese berichtet wird, ist die Mehrheit der Veröffentlichungen zu diesem Thema entweder unkritisch und neutral oder positiv und lobend, was Marokkos „grüne“ Ambitionen beim Thema Energie angeht. Es kann somit geschlossen werden, dass die Energieprojekte weitestgehend auf einer technischen Ebene eingeordnet werden und auf die Vorteile für die wirtschaftliche Entwicklung Marokkos, die Klimaschutzvorteile und die Stärkung internationaler Kooperationen beim Thema Energie eingegangen wird. Die Diskussion um die Energieprojekte wird somit von vielen Seiten primär apolitisch geführt, der inhärent politische Kontext der Projekte in der Westsahara wird nicht thematisiert. Auch wenn sich ebenso Berichte bei der Recherche zu dem Thema finden lassen,

die einen kritischen, politischen Zugang zu dem Thema wählen und oft kurz und prägnant die wichtigsten Aspekte rund um die Problematik der Energieprojekte abdecken, sind diese im Vergleich in der Unterzahl. Dennoch ist anzumerken, dass besonders in den letzten zwei Jahren die Berichte von NGOs (Terres des hommes Schweiz, 2024) oder politisch eher linksgerichteten Zeitungen (TAZ, 2025) etwas zugenommen haben.

In Anbetracht der überwiegend positiven Berichterstattung, besonders aus Marokko selbst, aber auch aus der internationalen Politik und Wirtschaft, muss dennoch insgesamt auf eine unausgeglichene Gewichtung verwiesen werden. Das dominante Narrativ ist, trotz vereinzelter Kritik, dass die Energiepläne Marokkos unterstützenswert, positiv und vor allem sehr wichtig sind, um die Energiewende voranzubringen. Dieses Narrativ wird darüber hinaus primär von Akteuren bedient, denen aufgrund ihres Status als legitime Organisation, Qualitätsmedium oder sonstige etablierte Instanz, wie die Europäische Kommission, das Entwicklungsministerium Deutschlands, international bekannte Unternehmen wie *Siemens* oder auch die Wochenzeitung *Die Zeit* ein generell hohes Ansehen zugeschrieben werden kann. Informationen, die aus diesen als legitim wahrgenommenen Quellen bereitgestellt werden, wird eventuell mehr Bedeutung zugesprochen als Informationen aus Quellen, die als tendenziell weniger legitim, politisch neutral oder seriös eingestuft werden, wie beispielsweise der *TAZ*.

Wird die Position der Westsahara und der Sahrauis aus dem Narrativ der erneuerbaren Energien der Westsahara ausgeklammert, indem kritische Berichte unterproportional zu den neutralen und positiven repräsentiert sind, kann dies zu einer einseitigen, undifferenzierten und unkritischen Wahrnehmung führen. Indem der Fokus, bewusst oder unbewusst, primär auf neutrale bis positive Aspekte gelegt wird, besteht die Gefahr einer Schieflage beziehungsweise einer Informationsasymmetrie, die die Wahrnehmung und die Bewertung der Energieprojekte weiter beeinflussen kann (Schmallenbach & König, 2021). Hieraus kann sich eine Dynamik entwickeln, bei der auf Basis dieser undifferenzierten Informationen Entscheidungen getroffen werden, die den weiteren Verlauf des Konflikts beeinflussen könnten.

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass erneuerbare Energien grundsätzlich wünschenswert sind und diese ohne Frage einen wichtigen Beitrag zur Energiewende und somit zur Abmilderung der Klimakrise leisten. Auf diese Energieerzeugung umzustellen und den Ausbau der Technologien zu loben, entspricht demnach aber auch stark dem gängigen Narrativ und der in der Politik und Gesellschaft kultivierten Vorstellungen davon, was bezüglich der Klimakrise getan werden muss, dass damit auch eine gewisse Legitimationsmacht für Projekte und jene

Akteure, die diese umsetzen, einhergeht (Rudolf, 2022). Die Berichterstattung kann also die Wahrnehmung über die Situation beeinflussen und somit auch, wie der Diskurs um das Thema von Politiker*innen und der Gesellschaft geführt wird. Der Diskurs selbst kann dann bestimmen, was als legitim wahrgenommen wird und was nicht (Lavrusheva, 2013). Wenn also von mehreren Quellen kommuniziert wird, die Energieprojekte Marokkos seien wichtige Pfeiler einer nachhaltigen Energieerzeugung, das Land nehme darüber hinaus eine „Pionierrolle“ in der Region und bei der Energiewende ein und das die dominante Erzählung ist, die in der Öffentlichkeit ankommt, bedeutet dies, dass eine Legitimationsgrundlage für eben jene Energieprojekte geschaffen werden kann (Rudolf, 2022).

Eine solche Legitimation ist nach Max Weber (2006 [1921] in Gürtler et al., 2021) essenziell, um eine langfristige Unterstützung für politische Maßnahmen, Vorhaben oder Systeme sicherstellen zu können. Dass die Energieprojekte von Marokko ausschließlich neutral bis positiv und von internationalen Medien, der Wirtschaft und politischen Organisationen größtenteils neutral bis positiv kommuniziert werden und die Projekte dadurch als gerechtfertigt, also legitim, wahrgenommen werden, kann hierbei unter anderem darauf zurückgeführt werden, wie der gegenwärtige Diskurs um erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit die öffentliche Wahrnehmung über nachhaltige Energieinfrastrukturprojekte beeinflusst.

5.3 Der Einfluss des Nachhaltigkeitsdiskurses

Im folgenden Abschnitt soll untersucht werden, wie anhand der in Kapitel 3 dargelegten Konzepte eine Beantwortung der dritten Forschungsunterfrage hergeleitet werden kann, also der Frage: „Wie beeinflusst der Diskurs um Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien die internationale Wahrnehmung bezüglich der Windkraftprojekte?“

Während die Klimakrise immer weiter voranschreitet, wird im Zuge dessen auch der Diskurs um Nachhaltigkeit vermehrt geführt und Regierungen vieler Länder weltweit sehen die Notwendigkeit einer Energiewende, also eines Wechsels in der Energiegewinnung von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien, wie sie mittels Sonnen- oder Windkraft erzeugt werden können, als essenziellen Aspekt zur Erreichung dieser Ziele (Erickson et al., 2018; Piggot et al., 2020). Dass Staaten nun den Ausbau der entsprechenden Technologien fördern oder aktiv in Auftrag geben, steht daher im Einklang mit den internationalen Bestrebungen zur Reduktion von CO₂-Emissionen. Hierauf haben sich bei vergangenen Klimakonferenzen die meisten Staaten geeinigt, so zum Beispiel bei der COP21, als Resultat derer das Pariser

Klimaabkommen von 197 Staaten unterzeichnet und verabschiedet wurde (Vereinte Nationen, 2015).

Dass Marokko in den letzten Jahren vermehrt Technologien wie Sonnen- und Windenergie gefördert und diverse Projekte diesbezüglich bereits umgesetzt und weitere geplant hat, kann daher als im Einklang mit den globalen Bestrebungen zum Ausbau einer nachhaltigen Energieerzeugung betrachtet werden (Siano et al., 2017). Die positiven, ökologischen Effekte dieser Form der Energiegewinnung sollen hierbei nicht infrage gestellt werden, dennoch ist es besonders in politischen Konfliktsituationen wie dem Westsaharakonflikt essenziell, keine apolitische Vorstellung von großangelegten Energieprojekten zu haben, sondern diese stets differenziert zu betrachten (Ben-Shmuel & Halle, 2023). Der Westsaharakonflikt zeigt den inhärent politischen Charakter von Energieprojekten und weshalb diese dementsprechend kritisch betrachtet und in ihren politischen Kontext eingeordnet werden sollten. Daher sollen im folgenden Abschnitt die Energieprojekte mithilfe kritischer Konzepte zu erneuerbaren Energien und der Rolle von Energie in der internationalen Politik analysiert werden. Es wird ein Fokus auf die legitimierende Wirkung des Nachhaltigkeitsdiskurses, die sich daraus ergebenden Implikationen für den Konflikt und die indigene Bevölkerung sowie auf internationale Kooperationen in diesem Bereich gelegt.

Angesichts der Pläne Marokkos, die Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energien in der Zukunft noch weiter auszubauen, bis zum Jahr 2050 über achtzig Prozent des nationalen Strombedarfs über diese Energien decken zu können (Amouzai & Haddioui, 2023, S. 6) und darüber hinaus Energie in die EU sowie Nachbarländer in Nordafrika exportieren zu können (Ryser, 2019) wird deutlich, welche Rolle der Energiesektor für politische Kooperationen und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in der Zukunft spielen wird. Im Rahmen der Konzepte zu „ökologischer Modernisierung“ (Buttel, 2000), „grünem Wachstum“ (Smulders & Toman, 2014) und „grünem Wirtschaften“ (Loiseau et al., 2016) wird eine wirtschaftliche Entwicklung als Folge einer Modernisierung der Energieinfrastrukturen besonders in Ländern des globalen Südens erwartet (Wanner, 2015). In Anbetracht der hierin beinhalteten Narrative von Wirtschaftswachstum durch Modernisierung und die Förderung erneuerbarer Energien kann im Fall Marokkos hergeleitet werden, dass die Regierung sich aufgrund des Ausbaus einer nachhaltigen Energieinfrastruktur eine solche Entwicklung erwartet.

Dass die oben genannten Konzepte in der Kritik stehen, modernisierungstheoretische Ansätze zu reproduzieren und dabei auch post- und neokoloniale Züge aufzuweisen (de Souza et al.,

2018), kann hier im Kontext der Besetzung der Westsahara kritisch betrachtet werden. Auch wenn einerseits argumentiert werden könnte, dass ein neokoloniales Verhältnis in diesem Fall nicht festzustellen sei, da sowohl Marokko als auch die Westsahara als Länder beziehungsweise Gebiete des Globalen Südens eingeordnet werden können und dadurch kein klassisches Machtgefälle im kolonialen Sinne zwischen Besatzungsmacht und besetztem Gebiet bestehe, ist ein solches Machtgefälle aufgrund der militärischen Stärke, internationalen Unterstützung, wirtschaftlicher Möglichkeiten und politischer Macht Marokkos gegenüber der Westsahara zu erkennen.

So misst das marokkanische Militär eine Truppenstärke von etwas über 300.000 Soldat*innen, wovon 100.000 Reservist*innen sind und etwa 200.000 im aktiven Dienst (Marokkoforum, 2022), während das Militär der Demokratischen Arabischen Republik Sahara eine Truppenstärke von etwa 30.000 bis 40.000 Soldat*innen und 100.000 Reservist*innen hat (SADR Embassy To Ethiopia & Permanent Representation To The African Union, 2025). Die Wirtschaftsleistung Marokkos konnte 2024 auf ein BIP pro Kopf von etwa 4.300 US-Dollar festgelegt werden (Statista, 2025), während es für die Westsahara keine bekannten Zahlen gibt. Marokko ist darüber hinaus ein souveräner Staat, der ein Mitglied der Vereinten Nationen ist (Vereinte Nationen, 2019), während die Westsahara beziehungsweise die Demokratische Arabische Republik Sahara (SADR) nur von wenigen Staaten weltweit als eigenständiger Staat anerkannt wird (Mirilovic & Siroky, 2021).

Betrachtet man den Rohstoffabbau Marokkos in der Westsahara, sowie die Nutzung des Landes zum Bau von Windparks, zeigt sich das wirtschaftliche Interesse und die dementsprechende Nutzung des Gebietes durch Marokko. (White, 2015; Alkhalili et al., 2023). Daher kann im Kontext der Besetzung von neokolonialen Strukturen gesprochen werden und aufgrund des „ökologischen“ Charakters der Energieprojekte zudem die Merkmale des Konzepts des „grünen Kolonialismus“ als erfüllt betrachtet werden (Zografos, 2022).

Mithilfe des Konzepts „grüner Kolonialismus“ kann untersucht werden, inwiefern die Themen Nachhaltigkeit und Energiewende aufgrund ihrer diskursiven Macht Energieprojekte und den Abbau von Ressourcen besonders in Ländern des Globalen Südens legitimieren (Dorn et al., 2022). Auch wenn hiermit meist auf Ausbeutungsverhältnisse zwischen Ländern des globalen Nordens und Ländern des Globalen Südens angespielt wird und Marokko selbst als Land des globalen Südens einzustufen ist, kann aufgrund der oben dargelegten Schlussfolgerung im Fall der Energieprojekte in der Westsahara eine solche Legitimation nahegelegt werden. Da es im

Rahmen des Westsaharakonflikts in der Vergangenheit zur Vertreibung großer Teile der lokalen Bevölkerung (White, 2015) sowie immer wieder zu gewaltvollen Auseinandersetzungen gekommen ist (Allan et al., 2022), können die Energieprojekte mit dem kritischen Blick des „grünen Kolonialismus“ betrachtet werden. Auch wenn die Vertreibung, Gewalt und sonstige Verletzung der Menschenrechte im Rahmen des Konflikts, soweit bekannt, nicht unbedingt eine direkte Folge der Energieprojekte in dem Gebiet, sondern weitestgehend unabhängig davon ein Resultat der politischen Lage sind, hängen die Ereignisse aufgrund des gemeinsamen Kontexts dennoch zusammen und sollten daher auch dementsprechend kritisch eingeordnet werden.

Es kann beispielsweise anhand der in Abschnitt 4.1 und 4.2 dargelegten Geschichte und aktuellen Entwicklungen des Westsaharakonflikts hergeleitet werden, dass Marokko seine Haltung in der Westsaharapolitik nicht ändern wird, indem den Sahrauis Rechte bezüglich einer politischen Entscheidungspartizipation zugesprochen werden, wenn dies für Marokko bedeuten würde, den Energieprojekten und weiteren wirtschaftlich motivierten Aktivitäten in dem Gebiet nicht weiter ungehindert nachgehen zu können. Da erwartet werden kann, dass die Sahrauis Einspruch bezüglich der Projektentwicklung und der Ressourcennutzung in dem Gebiet erheben würden, das ihnen nach Internationalem Recht zusteht (IGH, 1975) oder sie zumindest an Gewinnen und Entscheidungsprozessen beteiligt sein wollten, wäre eine Richtungsänderung in Marokkos Westsaharapolitik konträr zu den eigenen Interessen. Durch die Nutzung der materiellen und immateriellen Ressourcen in dem gegen den Willen der indigenen Bevölkerung besetzten Gebiet lassen sich somit gewisse Parallelen zu kolonialen Strukturen von Vertreibung, Unterdrückung und Ausnutzung besetzter Gebiete erkennen. Zudem verstößt Marokko hiermit gegen internationales Besatzungsrecht und humanitäres Völkerrecht (Saul, 2018). Aufgrund des positiv konnotierten Diskurses um den Ausbau erneuerbarer Energien, für den die Westsahara mittlerweile zu großen Teilen von Marokko genutzt wird, besteht die Gefahr, dass diese kolonialen Strukturen sowie die Verstöße gegen internationales Besatzungsrecht und humanitäres Völkerrecht überschattet werden. Bezüglich der Situation in der Westsahara kann daher zumindest von Tendenzen in Richtung „grünem Kolonialismus“ gesprochen werden.

Es kann hierbei auch argumentiert werden, dass Energie von Marokko als Machtinstrument genutzt wird, um die indigene Bevölkerung in dem Gebiet weiter und gegebenenfalls stärker als bisher zu unterdrücken und zu kontrollieren. Boyer (2011) hat mit seinem Konzept der „energopolitics“ einen Rahmen geschaffen, in dem eine solche Kontrolle über Menschen und

Bevölkerungsgruppen mithilfe von Energie betrachtet werden kann. Da der Westsaharakonflikt nicht „nur“ ein politischer Konflikt ist, sondern zwischen dem Staat Marokko auf der einen und der indigenen Bevölkerung der Westsahara, eingeschlossen der Widerstandsbewegung POLISARIO, auf der anderen Seite eine deutliche Machtasymmetrie besteht, haben die Akteure auf der Seite der Westsahara aufgrund dessen kaum die Möglichkeit, sich aus dem Besetzungs- und Unterdrückungsverhältnis zu befreien. Betrachtet man Marokkos Kontrolle über den Ausbau erneuerbarer Energien und der dazugehörigen Infrastruktur, aber auch über die Bereitstellung von Strom selbst, wenn man die Berichte über gezielte Stromabschaltungen in der Westsahara mit dem mutmaßlichen Zweck der Machtdemonstration einbezieht (Allan et al., 2022), können somit als Kontrolle über die Westsahara und die dort lebenden Menschen mittels Energie eingeordnet werden.

Auch wenn von marokkanischer Seite bezüglich positiver Auswirkungen der Energieprojekte auf die Bevölkerung argumentiert wird, dass diese mit einer wirtschaftlichen Entwicklung für das Gebiet einhergingen, profitiert die indigene Bevölkerung hiervon, soweit dies bisher erkennbar ist, zumindest nicht direkt (Ryser, 2019). Stattdessen können sich Marokkaner*innen, die im Gebiet der Westsahara leben, wirtschaftliche Zugewinne von den Energieprojekten erwarten, zum Beispiel wenn sie Arbeit beim Bau oder dem Betrieb der Windparks finden (Alkhalili et al., 2023). Soweit bekannt, bekommen Sahrauis keine oder nur sehr selten Arbeit im Rahmen der Energieprojekte. Sie profitieren also zumindest auf direktem Weg über Löhne oder sichere Arbeitsplätze nicht von den positiven wirtschaftlichen Effekten der Energieprojekte (ebd.).

Es kann zwar argumentiert werden, dass alle Menschen, die im Gebiet der Westsahara leben, zumindest indirekt vom Ausbau der Energieinfrastruktur profitieren, wenn diese tatsächlich zu einer generellen Modernisierung, wirtschaftlichen Entwicklung und einer verbesserten Infrastruktur führt. Allerdings muss an dieser Stelle auf die Menschenrechtsverletzungen, den oft gewaltvollen Umgang mit Protestierenden und die Unterdrückung der Sahrauis (Allan et al., 2022), die einen Mangel an Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen sowie die Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt in der Branche beinhaltet (Alkhalili et al., 2023), verwiesen werden. Zudem kann angenommen werden, dass Marokko durch die Energieprojekte demonstrativ seine Präsenz in dem Gebiet untermauert und festigt (Ben-Shmuel & Halle, 2023). Diese können somit als Sinnbild für die Besetzung gesehen werden und verdeutlichen die Macht Marokkos über das Land und Leben der Sahrauis.

Aufgrund der nach innen und außen kommunizierten Argumente von Technologisierung, wirtschaftlichem Wachstum und Entwicklung in Kombination mit der positiven Konnotation der Energieprojekte bezüglich Nachhaltigkeit und Ökologie, die eine nochmals mächtigere Legitimationsebene hinzufügt (Jacobsson et al., 2006), besteht die Gefahr, dass die Situation der Sahrauis narrativ immer weiter in den Hintergrund gedrängt wird. Hierdurch können sich die asymmetrischen Machtstrukturen in dem Konflikt vertiefen, Marokko weiterhin seine Macht über das Gebiet und die lokale Bevölkerung ausüben und das eher geringe Interesse internationaler Akteure an dem Konflikt, verglichen mit anderen Konflikten in der Region, abnehmen. Hierdurch kann eine Lösung des Konflikts zugunsten der unterdrückten indigenen Bevölkerung schleichend unwahrscheinlich bis unrealistisch werden.

Wie in Abschnitt 4.3 bereits dargelegt, kooperiert Marokko beim Bau der Windkraftanlagen mit mehreren ausländischen, europäischen Unternehmen, wie beispielsweise mit *Siemens Energy* beziehungsweise *Siemens Gamesa* oder dem Energiekonzern *Enel Green Power*. Der Bau von Windkraftanlagen in der Westsahara ist somit nicht nur ein Vorhaben, das von Marokko durchgeführt wird, sondern an dem auch Unternehmen aus vielen verschiedenen Ländern beteiligt sind und ohne deren Kooperation mit Marokko die Projekte in dem Umfang vermutlich auch nicht umsetzbar wären. Auch wenn Marokko hierbei der Hauptakteur ist, bei dem die Entscheidungshoheit über die Projekte liegt und der diese in Auftrag gibt, sollte über eine Mitverantwortung der Kooperationspartner zumindest diskutiert werden. Wenn diese, wie beispielsweise *Siemens Energy*, auf ihre ethische Geschäftsführung sowie die Wahrung der Menschenrechte entlang aller Produktionsketten verweisen (Siemens, 2025), stellt sich die Frage, wie das mit der Situation in der Westsahara vereinbar ist und inwiefern hier ein wissentliches Ignorieren der Problematik stattfindet, das zugunsten wirtschaftlicher Profite oder einer eigenen positiven Unternehmenswahrnehmung durch die Beteiligung an nachhaltigen Projekten hingenommen wird.

Beim Thema erneuerbarer Energien kooperiert Marokko jedoch nicht nur mit internationalen Unternehmen. Erneuerbare Energien sind ein wichtiger Faktor in der Energiewende und viele Staaten weltweit haben ein Interesse daran, diese Energien entweder selbst zu erzeugen oder zu importieren, um Klimaneutralität in diesem Bereich erreichen zu können (Khan, 2022; Rabbi et al., 2022). Wie bereits genannt, hat vor allem die EU großes Interesse an Energielieferungen aus Marokko (Ryser, 2019). Der Hintergrund hierfür ist neben dem Thema Nachhaltigkeit auch die grundsätzliche Absicherung der Energieversorgung durch eine Diversifizierung bei den Energielieferanten (Rokicki et al., 2023). Aufgrund der geografischen

Nähe zum südlichen Europa ist Marokko für die EU grundsätzlich ein attraktiver Handelspartner beim Thema Energie (Zemlickiené et al., 2024). Durch Marokkos Ausbau der erneuerbaren Energien ist die dort erzeugte Energie für die EU besonders attraktiv, da sie nicht nur die Umweltanforderungen erfüllt, sondern hierbei auch deutlich günstiger als auf diesem Wege in der EU erzeugte Energie ist (Elsner, 2019).

Die Tatsache, dass um die vierzig Prozent der Windkraftanlagen, die letztendlich Strom aus Marokko in das Netz der EU einspeisen sollen, auf dem Gebiet der Westsahara befindlich sind (Byron, 2017, S. 41), wird in diesem Fall aus dem Narrativ ökologisch erzeugter Energien aus Marokko ausgeklammert. Auch wenn die EU selbst erklärt hatte, keinen Strom aus der Westsahara, sondern nur aus Marokko beziehen zu wollen, ist eine solche Differenzierung aufgrund des verbundenen Stromnetzes technisch nicht möglich. Der Strom aus den erneuerbaren Energien aus Marokko kann also zwangsläufig immer auch zumindest teilweise in der Westsahara erzeugt worden sein (Choukri et al., 2017).

Neben der ökologisch erzeugten Energie durch Solar- und Windenergie aus Marokko ist die EU, wie bereits genannt, auch am grünen Wasserstoff aus Marokko interessiert (Plank et al., 2023). Diesbezüglich finden auch Kooperationen statt, die die Entwicklung und den Transport des grünen Wasserstoffs in die EU beinhalten (GfbV, 2023). Hier kann die Absicht vermutet werden, auch längerfristig beim Thema Energieversorgung mit Marokko zusammenzuarbeiten. Grüner Wasserstoff macht aktuell noch keinen relevanten Anteil bei den erneuerbaren Energien aus, für die Zukunft ist das jedoch eingeplant. Auch wenn Energie nur einen Faktor in den politischen Beziehungen zwischen Marokko und der EU darstellt, ist sie daher dennoch für beide Seiten von großer Bedeutung.

Die bereits beschriebenen Konzepte wie „energy foreign policy“ (Bovan et al., 2020; Müller-Kraenner, 2008) oder „energy diplomacy“ (Wilson, 2019; Aalto, 2017) bieten einen Rahmen, um die Auswirkungen von Energieimporten und -exporten auf politische Maßnahmen und eventuell auch politische Zugeständnisse an Partnerländer zu untersuchen. Dass Marokko die EU mit der Aussicht auf Energieimporte somit unter Druck setzen könnte, um erzwungenermaßen politische Zugeständnisse an Marokko zu erreichen, ist so aufgrund der relativ geringen Bedeutung marokkanischer Energieimporte verglichen mit denen aus anderen Ländern derzeit eher unwahrscheinlich. Ob der nachhaltig erzeugte Strom aus Marokko dennoch ein subtileres, unterbewussteres Werkzeug in der politischen Strategie Marokkos ist, kann hier jedoch kritisch hinterfragt werden.

Betrachtet man vergangene gescheiterte Versuche seitens der Vereinten Nationen, den Konflikt zur Zufriedenheit beider Seiten zu lösen (Zunes & Mundy, 2022), und addiert hierzu nun die relativ neue Legitimationsmacht erneuerbarer Energien (Jacobsson et al., 2006), ist anzunehmen, dass diese das Machtverhältnis innerhalb des Konflikts weiter Richtung Marokko verschieben. Die Energieprojekte in der Westsahara können daher als problematisch angesehen werden, da sie einerseits gegen humanitäres Völkerrecht und internationales Besatzungsrecht verstoßen (Saul, 2018), zudem die neokolonialen Strukturen des Konflikts vertiefen und die Gefahr bergen, Machtasymmetrien zwischen Marokko und der Westsahara aufrechterhalten und festigen zu können. Dennoch werden diese international weitestgehend unterstützt. Im Kontext des Westsaharakonflikts besteht somit die Gefahr, dass Vertreibung, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen sowie die völkerrechtswidrige Besetzung den positiven Effekten der als grün und umweltfreundlich eingestuften Technologien sowie nationalen und internationalen Interessen beim Thema Energiewende untergeordnet werden.

5.4 Das Konzept des Greenwashings angewendet auf den Westsaharakonflikt

Im folgenden Unterkapitel soll untersucht werden, warum in Anbetracht der oben dargelegten Analyse bezüglich der rechtlichen Hintergründe zur Ressourcennutzung in besetzten Territorien, der Kommunikation über die Energieprojekte sowie der Macht des Nachhaltigkeitsdiskurses für die Legitimierung eben jener Projekte das Konzept des „Greenwashings“ auf den Fall des Westsaharakonflikts angewendet werden kann. Hiermit soll die vierte Forschungsunterfrage beantwortet werden können, also: „Warum kann das Konzept von ‚Greenwashing‘ anhand dessen auf die Windkraftprojekte im Kontext des Westsaharakonflikts angewendet werden?“

Wie im dazugehörigen Abschnitt bereits beschrieben, ist mit dem Begriff „washing“ gemeint, dass unethische, umweltschädliche oder andere negative Aspekte von etwas gezielt verschleiert werden oder die Wahrnehmung gezielt in eine andere, positive Richtung gelenkt wird (Blackmer, 2019). Beim „Greenwashing“ wird hierbei der Fokus auf Errungenschaften oder Strategien im Bereich Ökologie und Nachhaltigkeit gelegt (Williams, 2024). „Greenwashing“ kann in politischen Kontexten also als Strategie gesehen werden, um gezielt politische Maßnahmen oder sonstige Vorhaben zu legitimieren, indem beispielsweise viel Aufmerksamkeit auf nachhaltige Projekte gelenkt wird und eher angreifbare, problematische Politik und Themen somit in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung gedrängt werden (Schmallenbach & König, 2021). Dies kann besonders dann effektiv sein, wenn aufgrund

von Errungenschaften und positiven Entwicklungen im Bereich Nachhaltigkeit eine Normalisierung problematischer politischer Situationen erreicht wird, diese also akzeptiert oder hingenommen werden, da das Gewicht der positiven, „grünen“ Faktoren im Gesamtbild stärker ist.

Auch wenn „Greenwashing“ in politischen Kontexten als Konzept meist zur Analyse von Situationen angewendet wird, in denen Nachhaltigkeit von Projekten, politischen Maßnahmen oder Technologien suggeriert wird, während diese in Wirklichkeit nicht umweltfreundlich, sondern teilweise vielmehr umweltschädlich oder unethisch sind oder damit über Versäumnisse im Bereich Nachhaltigkeit an anderer Stelle hinweggetäuscht werden soll (Williams, 2024), kann das Konzept auch in eine andere Richtung angewendet werden. Hierbei geht es weniger um ein fälschlicherweise suggeriertes Bild von Nachhaltigkeit, dass nicht mit der Realität übereinstimmt, sondern mehr um die Macht des Diskurses rund um Nachhaltigkeit, „grüner“ Projekte und politischer Maßnahmen, von problematischen sozialen, politischen, ethischen oder wirtschaftlichen Praktiken an anderer Stelle ablenken zu können (Ben-Shmuel & Halle, 2023). Es wird somit mehr die politische Strategie und ihre Auswirkungen auf einer sozialen, rechtlichen und klimagerechten Ebene interdisziplinär in ihrer Gesamtheit betrachtet als nur der alleinige Aspekt von Nachhaltigkeit (ebd.). Letztere wird somit als politisches oder diskursives Werkzeug gesehen, das genutzt wird, um von problematischer Politik abzulenken.

In dieser Logik kann „Greenwashing“ als Konzept auf die Energieprojekte in der Westsahara angewendet werden. Es kann zwar auch im ursprünglichen Sinn von Greenwashing kritisch hinterfragt werden, inwiefern erneuerbare Energien tatsächlich ökologisch sind, wenn durch den Prozess der Energiegewinnung oder die für den Betrieb notwendigen Anlagen andere Umweltschäden in Kauf genommen werden. Im Fall der Westsahara sticht hier besonders der hohe Wasserverbrauch für die geplante Produktion von grünem Wasserstoff heraus, der in der ohnehin trockenen Region die bereits bestehende Wasserknappheit verstärken könnte (GfbV, 2023). Zudem könnten sich auch andere ökologische Risiken durch den Bau großer Solar- und Windparks ergeben, auch wenn diese aufgrund der Vegetation und der Tierwelt in dem Gebiet vermutlich geringer ausfallen als in anderen Regionen der Erde.

Basierend auf diesen Faktoren kann bei den Energieprojekten in der Westsahara wegen der weitestgehend positiven Darstellung, wie in anderen Fällen ähnlicher Projekte in anderen Ländern und Gebieten der Erde auch, „Greenwashing“ im „klassischen“ Sinn vorgeworfen werden. Die meisten Projekte zur Erzeugung erneuerbarer Energien gehen, wie alle großen

Bau- und Infrastrukturprojekte, mit negativen Externalitäten auf die Umwelt einher, wie Wasserknappheit, Abholzung, Ausbeutung und Vergiftung von Böden und Gewässern und Lebensraumbedrohungen für Menschen und Tiere. Über die rein ökologisch ausgerichtete Auslegung von Greenwashing hinaus ist auch die Betrachtung der sozialen und ethischen Aspekte relevant, die Teil des größeren Kontexts sind. Hierzu zählen besonders die Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit, die mit Projekten zum Ausbau erneuerbarer Energien einhergehen (Ben-Shmuel & Halle, 2023). Sind diese Faktoren nicht gegeben, sind Projekte nicht wirklich umweltbewusst und eine Einstufung als solche kann irreführend sein. Da der Fokus der öffentlichen Wahrnehmung, wirtschaftlicher Vorhaben, politischer Strategien und Medien-berichte meist nicht auf diesen negativen Faktoren liegt, sondern nachhaltige Technologien und erneuerbare Energien tendenziell auf Zustimmung stoßen, kann ein „Greenwashing“ von Energieprojekten tatsächlich anhand vieler Beispiele weltweit untersucht werden (Brock, 2020; Harlan, 2021).

Im Fall der Energieprojekte Marokkos ergibt sich jedoch eine zusätzliche Ebene, auf der „Greenwashing“ untersucht werden kann und die in dieser Form bei anderen Energieprojekten in anderen Ländern oder Regionen der Welt in den meisten Fällen nicht vorliegt. Hierbei geht es nicht nur um die Nachhaltigkeit der Energieprojekte selbst, sondern vielmehr darum, wie mithilfe dieser Marokkos Westsaharapolitik, also das Besetzungsverhältnis und der Konflikt an sich, „gegreenwasht“ wird.

Um ein „Greenwashing“ des Westsaharakonflikts feststellen zu können, muss untersucht werden, ob eine Verschleierung des Konflikts durch Ablenkung auf politische Erfolge (Siano et al., 2017) oder eine Normalisierung des Besatzungsverhältnisses aufgrund von Eigeninteressen anderer Akteure sowie des moralisch hoch gewerteten Narrativs von Umweltschutz durch erneuerbare Energien plausibel ist (Ben-Shmuel & Halle, 2023). Diese zwei Mechanismen sind jeweils Möglichkeiten, wie Greenwashing im Rahmen des Westsaharakonflikts funktionieren könnte. Sie hängen zwar zusammen, folgen aber einer unterschiedlichen Wirkungslogik, da es einmal um die Ablenkung vom Konflikt und das andere Mal eher um die wissentliche Akzeptanz dessen geht.

In Bezug auf die erste Möglichkeit des Greenwashings muss untersucht werden, ob Marokko eine gezielte Ablenkungsstrategie oder Verzerrung der Umstände hin zu positiven Aspekten der Westsaharapolitik und sonstigen politischen Erfolgen vorgeworfen werden kann, etwa durch gezielte Medienberichte, offizielles Informationsmaterial, Veröffentlichung oder auch dem

Fehlen kritischer Stimmen, die auf Missstände aufmerksam machen. Dass Marokko gesichert eine als solche geplante Ablenkungsstrategie vorgeworfen werden kann, ist ohne eindeutige Nachweise schwierig festzustellen. Die Energieprojekte sind bereits seit etwa zwei Jahrzehnten ein fester Bestandteil der Politik des marokkanischen Königs (Haddad et al., 2022) und auch unabhängig vom Westsaharakonflikt ein für sich alleinstehend bedeutsames Vorhaben. Es kann in diesem Fall also mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass die Projekte nicht mit dem Ziel geplant und ausgeführt wurden, damit von der Westsaharapolitik Marokkos abzulenken. Da sie jedoch eine starke positive Strahlkraft mit sich bringen und daher zusätzlich zu ihrer eigentlichen Funktion der Erzeugung erneuerbarer Energien als ein Aushängeschild für eine progressive, nachhaltige und unterstützenswerte Politik Marokkos fungieren, wofür das Land auch international, und hier besonders von Akteuren aus dem Globalen Norden, gelobt wird (IEA, 2019; EC, 2022), kann angenommen werden, dass sie der marokkanischen Regierung gelegen kommen, um vom Westsaharakonflikt abzulenken beziehungsweise die Präsenz in dem Gebiet zu festigen.

Es können jedenfalls diverse Aspekte im Umgang mit den Energieprojekten genauer untersucht werden, die auf Strategien im Bereich Greenwashing hinweisen. In Anbetracht der bereits dargelegten Analyse bezüglich der Kommunikation über die Energieprojekte Marokkos in der Westsahara konnte festgestellt werden, dass zumindest eine verzerrende Berichterstattung über die Umstände der Projekte erkennbar ist. Da jegliche Medienberichte aus Marokko diesbezüglich auf neutrale Aspekte wie technische Daten bis positive Aspekte wie Vorteile bei der Reduzierung von CO₂-Emissionen berichten (Morocco World News, 2020, 2025a,b,c,d; Hespress 2024, 2025), während der Westsaharakonflikt sowie die Lage einiger der Projekte in dem Gebiet nicht erwähnt und somit aus dem Narrativ ausgeklammert werden, kann dies als einseitige, unvollständige und in eine positive Richtung verzerrende Darlegung der Umstände eingestuft werden.

Dies kann basierend auf den Strategien des Greenwashings nach Lyon & Maxwell (2011) und Yang et al. (2020) als selektive Auskunft beziehungsweise selektive Offenlegung von Tatsachen eingestuft werden. Die positiven Informationen bezüglich der ökologischen Aspekte werden hierbei hervorgehoben, negative Aspekte oder Informationen über die Projekte werden von offiziellen Seiten und Medien nicht thematisiert. Auch wenn hier argumentiert werden kann, dass kritische Berichte über den Westsaharakonflikt aufgrund der eingeschränkten Pressefreiheit Marokkos unwahrscheinlich sind (Reporter ohne Grenzen, 2025), ändert dies dennoch nichts an der Tatsache, dass eine einseitige, apolitische Version verbreitet wird.

Dass Marokko in Anbetracht des selbst gestellten Anspruches an das Gebiet der Westsahara nicht von sich aus auf den Konflikt und die Projekte innerhalb dieses Gebietes hinweist, wenn eben jenes Gebiet als eigenes Staatsterritorium angesehen wird und die eingeschränkte Pressefreiheit eine solche Berichterstattung zudem nicht erlaubt, lässt sich somit herleiten. Dass internationale Medien jedoch größtenteils ein ähnliches Narrativ wie Marokko selbst bedienen, obwohl die völkerrechtswidrige Besetzung vom IGH bereits vor Jahrzehnten festgestellt wurde (IGH, 1975) und die Problematik der politischen Umstände der Projekte somit bekannt ist, weist jedoch darauf hin, dass die internationale Wahrnehmung aufgrund der offiziellen Informationen Marokkos sowie der bestehenden Vorstellungen bezüglich des Ausbaus erneuerbarer Energien zumindest in eine bestimmte, apolitische Richtung geht. Der bereits besprochene Diskurs um nachhaltige Energien trägt hierbei maßgeblich dazu bei, eine Legitimationsgrundlage für den Ausbau eben dieser zu schaffen (Jacobsson et al., 2006).

Zudem kann aufgrund dessen, dass die Westsahara an keiner Stelle im Informationsmaterial über die Projekte, auf der Website des betreibenden Energiekonzerns sowie des Ministeriums für Energiewende und nachhaltige Entwicklung Erwähnung findet, sondern bezüglich der geografischen Lage der betreffenden Windparks stets von „im südlichen Marokko befindlich“ gesprochen wird (NAREVA, 2025; Ministère de la Transition Énergétique et du Développement Durable, 2025), angenommen werden, dass hier eine Verschleierung der Konfliktsituation beziehungsweise der völkerrechtswidrigen Besetzung des Gebiets stattfindet (Marquis et al., 2016). Auch wenn die Motivation hierfür von marokkanischer Seite offensichtlich erscheint, ist dies dennoch nach internationalem Recht eine Falschbetitelung (IGH, 1975; Saul, 2018). Uninformierte oder unwissende Besucher*innen der etwaigen Websites oder Leser*innen der Medienberichte könnten durch die gezielte Benennung der Standorte als Teil des marokkanischen Staatsgebietes irrtümlich schließen, dass es keinerlei politische Standortkonflikte um die Energieprojekte gibt und diese sich tatsächlich alle in Marokko befinden.

Die genannten Aspekte in der einseitigen Kommunikation bezüglich der Projekte können, wenn sie auch intuitiv in Anbetracht der politischen Umstände in Marokko Sinn ergeben, zudem als Strategie der Aufmerksamkeitsablenkung gesehen werden. Hierbei wird bewusst ein „grüner“ Diskurs mittels gewissen Statements von offizieller Seite gefüttert, der die bereits vorgeformten Meinungen der externen Akteure anspricht und die Energieprojekte in ihrer moralischen Wertigkeit bestätigt (Siano et al., 2017). Indem also gezielt und wiederholt auf den ökologischen Wert erneuerbarer Energien verwiesen wird und darauf, dass diese im Einklang mit der Unterstützung der globalen Bestrebungen zur Energiewende einzuordnen sind, wird

der Anspruch an Nachhaltigkeit und Ökologie befriedigt (ebd.). Auch wenn die Aussagen bezüglich der ökologischen Performance vage oder selektiv sind (Yang et al., 2020), kann dies ausreichend sein, um den „grünen“, moralischen Anspruch zu erfüllen.

Die Strategie der „Abkopplung“ oder auch „Entkopplung“ weist auf die Divergenz zwischen dem nach außen kommunizierten Bild und der Realität hin, wenn also nach außen fälschlicherweise auf ökologische oder auch soziale Errungenschaften verwiesen wird, obwohl diese nicht gegeben sind und es auch keine wirklichen Bestrebungen gibt, diese zu erreichen (Yang et al. 2020). Bezüglich der Energieprojekte in der Westsahara kann zwar nicht angenommen werden, dass die ökologische Bilanz der Energieerzeugung nicht den nach außen veröffentlichten Angaben entspricht, da, wie bereits dargelegt, die reine Ökologie von Wind- und Sonnenenergie per se nicht anzuzweifeln ist. Wenn Marokko eine wirtschaftliche Entwicklung der Region und eine Verbesserung der Lebensumstände der Menschen in der Westsahara durch Arbeitsplätze, nachhaltige Energie und eine moderne Infrastruktur in Aussicht stellt, dies jedoch nicht der Lebensrealität der indigenen Bevölkerung entspricht (Alkhalili et al., 2023; GfbV, 2023), kann hier unter dem Blickwinkel einer sozialen und klimagerechten Perspektive von einer unzureichenden und fehlleitenden Darstellung der Umstände gesprochen werden, die eine Divergenz zwischen dem nach außen kommunizierten Image und der Realität beinhaltet (Yang et al., 2020).

Da der Westsaharakonflikt weniger mediale und geopolitische Aufmerksamkeit erfährt als andere politische Konflikte in der Region (Zoubir, 2010) kann somit hergeleitet werden, dass sich viele Menschen der Situation um die Projekte auf besetztem Gebiet nicht bewusst sind und sich aufgrund der tendenziell einseitigen Berichterstattung in Kombination mit der positiven Konnotation nachhaltiger Energien keine umfassende, kritische Meinung über die Energieprojekte bilden. Indem der Fokus in der Berichterstattung auf positive Attribute der Projekte gelegt wird, findet also eine Ablenkung statt, und durch die gezielte Falschbenennung der Gebiete kann zudem von einer Verschleierung gesprochen werden (Blackmer, 2019). Wie auch bei Marquis et al. (2016) bezüglich des Konzepts Greenwashing beschrieben, kann hier geschlossen werden, dass eine moralische Legitimität generiert wird, die in Marokkos Interesse den Status quo der Westsaharapolitik aufrechterhält, während das Land ungehindert seinen eigenen Interessen nachgehen kann.

Bezüglich einer Verschleierung beziehungsweise Ablenkung vom Konflikt mittels der aufgeführten Strategien kann Greenwashing als Konzept aufgrund der Legitimierungsmacht der

grünen Energien somit auf die Westsaharapolitik Marokkos angewendet werden. In Hinblick auf die Reaktion von Kooperationspartnern, Akteuren wie der EU oder internationalen Medien kann darüber hinaus zudem untersucht werden, ob Greenwashing als Konzept in dem Sinne angewendet werden kann, wonach aufgrund von Eigeninteressen der zusätzlich involvierten Akteure bezüglich der Aspekte von Nachhaltigkeit und erneuerbarer Energien in Kombination mit der Normalisierung des Konflikts durch das von Marokko vorgegeben Framing eine implizite, wissentliche Akzeptanz einhergeht.

Wie bereits dargelegt, sind die diversen Energieprojekte Marokkos wie der Bau von Windparks keine Projekte, die das Land vollkommen selbstständig umsetzt und betreibt, sondern finden in Kooperation mit ausländischen Unternehmen statt. Es wurde zwar bereits festgestellt, dass Marokko als Auftraggeber und, über den staatlichen Energiekonzern *NAREVA*, Hauptbetreiber der meisten Windparks ist und somit in der rechtlichen sowie moralischen Verantwortung für die Projekte steht. Ausländische Unternehmen, oft aus der EU, sind dennoch in großem Ausmaß an den Projekten mitbeteiligt und ihre Motivation bezüglich wirtschaftlicher, tatsächlich ökologischer oder auch außenwirksamer Interessen sollte hier kritisch hinterfragt werden. Als einer der wichtigsten Kooperationspartner beim Bau der Windparks in Marokko und der Westsahara kann an dieser Stelle beispielhaft der Umgang mit den Projekten von *Siemens Energy* beziehungsweise *Siemens Gamesa* untersucht werden, da diese in der Vergangenheit schon mehrfach in der Kritik von NGOs wie *Western Sahara Resource Watch* standen, mit dem Geschäft in der Westsahara unethischen Geschäftspraktiken nachzugehen und gegen Völkerrecht zu verstoßen (WSRS, 2023).

Das Unternehmen verweist auf seiner eigenen Website auf die Einhaltung hoher ethischer Standards sowie die Wahrung der Menschenrechte entlang aller internationaler Produktionsketten (Siemens, 2025). Betrachtet man die Situation in der Westsahara wird die Diskrepanz zwischen angestrebtem ethischem Unternehmensbild und Realität deutlich. Hier könnte zwar argumentiert werden, dass *Siemens Energy* als privates, profitorientiertes Unternehmen keine Aussagen zu politischen Konflikten treffen möchte und dies auch nicht die Aufgabe des Unternehmens ist, jedoch wurden in der Vergangenheit bereits deutliche Aussagen zu anderen politischen Themen getroffen. So wurde beispielsweise der russische Angriffskrieg in der Ukraine scharf als solcher verurteilt und das Unternehmen hat sich nach eigenen Angaben infolgedessen geschäftlich aus Russland zurückgezogen (Siemens, 2022). Auf den Westsaharakonflikt angesprochen, hat der Vorstand von *Siemens Energy* dahingegen verlauten lassen, dass das Unternehmen nicht das Mandat habe, „zu solchen Fragen politisch Stellung zu

nehmen oder einen territorialen Status zu bestätigen“ (Christian Bruch, bei WSRW). Es kann hieraus geschlossen werden, dass das Unternehmen sich in manchen Fällen politisch positioniert und auch konsequente Schlüsse bezüglich der eigenen Geschäftsstrategien zieht, sich in anderen Fällen jedoch einer politischen Verantwortung entzieht.

Die Gründe hierfür mögen vielfältig sein und die Aktualität eines politischen Konflikts, dessen mediale Präsenz und weitere Faktoren spielen bei der Beurteilung darüber, wie mit Situationen dieser Art umzugehen ist, eine Rolle. Im Fall des russischen Angriffskrieges in der Ukraine wurden beispielsweise umfangreiche Sanktionen gegen Russland verhängt (Gaur et al., 2023), im Zuge derer auch der Rahmen für Unternehmen geschaffen wurde, sich aus etwaigen Russlandgeschäften zurückzuziehen und hierfür große Zustimmung von Politik, Medien oder Kunden zu erhalten. An dieser Stelle sollen auch nicht der Konflikt in der Westsahara und der Angriffskrieg auf die Ukraine ausführlich verglichen werden, da sie grundlegend verschiedene Akteure, Abläufe, Hintergründe und generell unterschiedliche Charakteristika aufweisen. Es geht vielmehr um die klare Positionierung bezüglich politischer Konflikte, bei denen eine Partei Anspruch an Gebiete erhebt, in einen Fall und das Schweigen dazu im anderen Fall.

Eine Motivation für *Siemens*, aber auch anderer Unternehmen, die mit Marokko im Rahmen der Energieprojekte kooperieren, mag hierbei das bestehende Eigeninteresse sein, selbst an Projekten zum Ausbau erneuerbarer Energien beteiligt zu sein und somit zum einen die eigenen wirtschaftlichen Ziele zu erreichen und andererseits ein nach außen positives, ökologisches Unternehmensimage zu generieren. Zudem übt der Diskurs rund um die Energiewende auf Staaten weltweit sowie auf Unternehmen aus dem Energiesektor auch einen Druck aus, den geforderten neuen Energieerzeugungsarten nachzukommen (de Freitas Netto et al., 2020). Die Motivation hinter der Beteiligung und Umsetzung an Energieprojekten kann hierbei also zum einen als Druck, zum anderen als Wunsch eines positiven Images verstanden werden. Wenn Marokko als attraktiver Partner bei ökologischen Großprojekten auftritt und sich in einer solchen Zusammenarbeit für Unternehmen wie *Siemens Energy* die Möglichkeit ergibt, sich als zukunftsorientiertes, modernes und ökologisch verantwortungsbewusstes Unternehmen zu positionieren, was im Umkehrschluss mit hoher Wahrscheinlichkeit positive Effekte auf die eigene Unternehmensperformance hat, erschließt sich die Motivation hinter einer solchen Zusammenarbeit.

Dass die öffentliche Aufmerksamkeit vom Westsaharakonflikt weggelenkt ist und stattdessen auf der Modernisierung der marokkanischen Energieerzeugung liegt, auf dem Potenzial für

eine weitere Technologisierung und wirtschaftlichen Wachstum für das Land kann hierbei wahrscheinlich nur zum Teil als das Ergebnis einer gezielten Strategie Marokkos gesehen werden. Dass das Interesse von Politik, Medien und der Öffentlichkeit am Westsaharakonflikt relativ gering ist und das Thema deutlich weniger präsent ist als andere Konflikte in der Region kann unter anderem an der langen Dauer (Sour, 2024), dem seit den neunziger Jahren eher undynamischen Verlauf, der den Konflikt stagnierend und „eingefroren“ wirken lässt (Fregoso & Živković, 2012; Marsili, 2024) oder der starken Präsenz anderer aktueller Konflikte in der Region, wie dem Nahostkonflikt, liegen. Der Diskurs um Nachhaltigkeit und die Notwendigkeit einer globalen Transformation der Energieversorgung ist ebenfalls kein Produkt einer marokkanischen Ablenkungsstrategie.

Vielmehr bieten diese Faktoren einen Rahmen, in den sich Strategien einbetten lassen können, mithilfe derer die Besetzung der Westsahara auf geopolitischer Ebene und in der öffentlichen Wahrnehmung normalisiert und als legitim wahrgenommen werden soll, was letztendlich die Oberhand in dem Konflikt weiter in Richtung Marokko verschieben kann und eine Lösung des Konflikts zugunsten der indigenen Bevölkerung somit unwahrscheinlich macht. Es kann also angenommen werden, dass Marokko die Rahmenbedingungen strategisch nutzt, um somit Vorteile für das eigene politische Ziel einer offiziell zu Marokko gehörenden Westsahara zu erreichen.

Da Unternehmen aus den eben dargelegten Gründen ein Eigeninteresse daran haben, an nachhaltigen Projekten teilzuhaben und Staaten wie die der EU in Zeiten geopolitischer Krisen ihre Energieversorgung diversifizieren und somit absichern wollen (Rokicki et al., 2023) und daher ebenfalls ein Interesse daran haben, grüne Energie zu importieren, kann sich hieraus für Marokko ergeben, dass durch die wissentliche Akzeptanz externer Akteure eine Normalisierung (Schmallenbach & König, 2021) und langfristig eventuelle Legitimierung der Besetzung erreicht wird (Troen, 2013). Denn wenn außenstehende Akteure, die die Macht hätten, nicht mit Marokko bezüglich völkerrechtswidriger Projekte zu kooperieren und somit ein politisches Zeichen zu setzen, dies nicht tun, kann das als so verstanden werden, dass diese Akteure die Situation akzeptieren (Vaara et al., 2006) und darüber hinaus ihre Eigeninteressen bezüglich der grünen Energie über etwaige andere Interessen rund um den Konflikt zu stellen.

Denn dass etwa die Hälfte von Marokko geplanten Energieprojekte auf dem Gebiet der Westsahara sind, ist kein Geheimnis und muss sowohl dem Vorstand von *Siemens Energy* als auch diversen mächtigen Akteuren in der EU-Politik bewusst sein. Hierzu gehört auch das

Wissen, dass das Stromnetz der Westsahara, Marokkos und der EU verbunden ist und man nicht gezielt keinen Strom aus der Westsahara importieren kann, wenn Strom aus Marokko importiert wird, und dass Projekte dieser Art gegen das Völkerrecht verstoßen. Wenn trotz dieses Wissens Kooperationen diesbezüglich eingegangen werden, was der Fall ist, kann das also eine wissentliche Akzeptanz eingeordnet werden. Demnach kann Greenwashing auch in seiner zweiten Auslegungsform auf Marokkos Energieprojekte in der Westsahara angewendet werden.

5.5 Eine Legitimierung der Besetzung durch Windenergie?

Um die Forschungsfrage dieser Arbeit, „Wie nutzt Marokko den Bau der Windkraftanlagen in der Westsahara, um langfristig die Besetzung des Gebietes zu legitimieren?“, beantworten zu können, ist es wichtig, an dieser Stelle nochmals die verschiedenen Faktoren zusammenzufassen und Mechanismen darzulegen, die zu einer solchen Legitimierung des Besatzungsverhältnisses führen können. Die wichtigsten Aspekte sind hierbei zum einen die Strategien zur Generierung politischer Legitimation einerseits und der globale Diskurs um die Energiewende im Zuge der Klimakrise andererseits. Diese beiden bilden zusammengenommen die Grundlage dafür, wie „Greenwashing“ im politischen Kontext als Strategie zur Legitimierung eigener politischer Maßnahmen, Projekte oder Ziele genutzt werden kann.

Aus den vorhergehenden Abschnitten kann festgehalten werden, dass die von Marokko in der Westsahara geplanten und teils bereits in Betrieb genommenen Windparks in einem Territorium errichtet wurden, das nach Prüfung des Internationalen Gerichtshofs nicht zum Königreich Marokkos gehört und somit als völkerrechtswidrig besetzt eingestuft werden kann (IGH, 1975). Jegliche wirtschaftliche Aktivitäten in der Westsahara, die Marokkos eigenem nationalen Interesse dienen, verstoßen demnach auch gegen das humanitäre Völkerrecht auf Basis der Genfer Konventionen von 1949 und den Haager Abkommen von 1907 und sollten von Marokko unterlassen und von der internationalen Staatengemeinde nicht toleriert werden (Ratner, 2005, S. 695). Demnach sollte es auch keine ausländischen Kooperationen bezüglich der Projekte geben. Da Marokko dennoch ein großes Interesse daran hat, einerseits die Westsahara als Teil des Staatsgebietes von der internationalen Staatengemeinde offiziell anerkannt zu bekommen und zudem den wirtschaftlichen und infrastrukturellen, technischen Vorhaben in dem Gebiet weiter nachgehen möchte, ist es aus der Perspektive Marokkos wichtig, eine Legitimationsgrundlage für die Vorgehen zu schaffen, die sonst eine gewisse Angriffsfläche bieten.

Wie bei Rudolf (2022) basierend auf Webers (2006 [1921] in Gürtler et al., 2021) Theorie zur politischen Legitimität beschrieben, kann eine solche Legitimität generiert werden, indem soziale oder politische Akteure ein Werte- beziehungsweise Glaubenssystem kultivieren, dessen diskursive Elemente, Interessen und Identitätsvorstellungen durch die von den Akteuren angestoßenen politischen Maßnahmen oder Ziele bedient werden. Betrachtet man die Westsaharapolitik Marokkos mit Fokus auf die Projekte zur Erzeugung erneuerbarer Energien in dem besetzten Gebiet kann diesbezüglich argumentiert werden, dass im Kontext der Klimakrise ein globales Wertesystem geschaffen wurde, wonach der Ausbau erneuerbarer Energien nicht nur als wünschenswert, sondern als essenziell angesehen wird, um die Auswirkungen der Klimakrise abmildern zu können und eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung zu schaffen (Ben-Shmuel & Halle, 2023). Argumentativ kann also in Anbetracht mangelnder Alternativen in der Energieerzeugung zur Verbrennung fossiler Brennstoffe geschlossen werden, dass jeder, der ein Interesse an einer Abmilderung der Klimakrise hat, den Ausbau an erneuerbaren Energien grundsätzlich unterstützen sollte.

Nach Lavrusheva (2013) hat ein Diskurs die Macht zu bestimmen, was als legitim wahrgenommen wird und was nicht. In diesem Fall kann also geschlossen werden, dass der Diskurs um den Schutz des Klimas und somit des Lebens auf der Erde bestimmt, dass der Ausbau erneuerbarer Energien als legitim wahrgenommen wird. Projekte, die diesen Ausbau befördern, werden also als „the right thing to do“ eingestuft und eine Unterstützung dieser somit nach dieser Logik evident (ebd.). Da die Klimakrise nach wie vor voranschreitet und somit auch zukünftig Handlungsbedarf besteht, wird das Narrativ auch weiterhin von vielen Seiten reproduziert werden.

Betrachtet man die in einem der vorhergegangenen Abschnitte dargelegten Legitimierungsstrategien wird deutlich, dass eine spezifische Kommunikation über politische Maßnahmen oder Ziele essenziell ist, um diese im Bewusstsein der Empfänger mit etablierten Narrativen Vorstellungen und Interessen zu verknüpfen (Gronau & Schmidtke, 2016). Indem die eigenen Ziele, in diesem Fall Marokkos Ziel eines Ausbaus erneuerbarer Energien, einer Pionierrolle im nordafrikanischen Raum sowie einer wirtschaftlichen Entwicklung Marokkos, mit den Vorstellungen und der Ideologie derer übereinstimmen, die angesprochen werden sollten, werden diese als gerechtfertigt wahrgenommen. Dies kann sowohl auf nationaler Ebene funktionieren, wenn es in erster Linie um nationale Interessen und Ideologien geht, als auch auf internationaler Ebene.

Wie bereits erläutert, verläuft die Kommunikation von Marokko bezüglich der Energieprojekte entlang des international dominanten Narrativs einer Abmilderung des Klimawandels durch den Ausbau moderner Technologien zur Erzeugung erneuerbarer Energien. Die Sprache, die hierbei verwendet wird, ist neutral bis positiv, und bedient sich oft der gängigen Stichwörter zu dem Thema. Zudem ist die Berichterstattung einseitig und schließt nur die marokkanische Perspektive und Vision bezüglich der Projekte ein, während die Westsahara nicht genannt wird und auch keine Perspektive der Sahrauis eingebunden wird. Die weitere internationale Berichterstattung bezüglich der Energieprojekte Marokkos folgt ebenfalls größtenteils dieser Linie. Begriffe oder Formulierung wie „klimafreundliche Energie“ (BMZ, 2023), „leuchtendes Beispiel für grüne Energien“ (EY, 2025), „Energie der Zukunft“ und „Vorreiter in Sachen Energiewende“ (KfW, 2017), oder „zentraler Akteur in Afrika“ (Standard, 2022) werden nicht nur positiv wahrgenommen, sondern haben aufgrund der Übereinstimmung mit den durch den Nachhaltigkeitsdiskurs kultivierten Vorstellungen und Ideologien auch eine legitimierende Funktion.

Für die Analyse von Legitimationsstrategien können zudem die verschiedenen durch van Leeuwen (2008) herausgearbeiteten Mechanismen untersucht werden. Demnach kann bezogen auf eine „Autorisierung“ argumentiert werden, dass sich Expert*innen aus der Wissenschaft einig über die Ursachen der Klimakrise sind und dementsprechend erneuerbare Energien als wichtigen Lösungsansatz befürworten. Auf einer rein technischen Ebene ist dies somit ein Faktor, der eine legitimierende Wirkung haben kann, wenn er nach außen so kommuniziert wird. Zudem wird Regierungen, etablierten Institutionen und Medien oftmals eine Autorität zugesprochen, sodass eine Befürwortung der Projekte von diesen als legitimierend wahrgenommen wird (ebd.). Bezüglich einer Rationalisierung kann ähnlich argumentiert werden, dass die Projekte von Marokko als logische, sinnvolle Maßnahmen dargestellt werden, um den Klimawandel zu bekämpfen und somit die Motive gerechtfertigt werden, auf erneuerbare Energien umzustellen.

Auch die moralische Bewertung kann als Legitimierungsstrategie Marokkos gesehen werden, da die Projekte in den Diskurs um Nachhaltigkeit eingebettet werden können und somit leicht zu moralisieren sind (van Leeuwen, 2008). Selbst wenn keine direkte Kommunikation bezüglich einer moralischen Richtigkeit des Ausbaus erneuerbarer Energien stattfindet, ist diese dennoch implizit Teil des Diskurses und hat somit ebenfalls eine legitimierende Wirkung. Nach Reyes (2011) kann Legitimität zudem generiert werden, indem eine hypothetische Zukunft gezeichnet wird, in der beispielsweise eine Gefahr lauere, was in diesem Fall das

Voranschreiten des Klimawandels und die damit verbundenen Implikationen für das Leben auf der Erde sind, und die mithilfe gewisser Maßnahmen verhindert werden müsse.

Der Umgang mit den Windenergieprojekten Marokkos entspricht somit der Beschreibung von (Green)- „Washing“, wie sie bei Williams (2024, S. 3) dargelegt wird: Die Windenergieprojekte in der Westsahara werden gezielt gerechtfertigt, indem eine „Fassade der Akzeptabilität“ errichtet wird, hinter der die problematischen Aspekte der Westsaharapolitik versteckt werden. Dass dies als Greenwashing eingeordnet werden kann, ergibt sich aus dem Umstand, dass dieses Verschleiern auf Basis der Legitimität ökologischer Maßnahmen stattfindet. Indem Marokko die aus sozialer und politischer Perspektive nicht nur problematische, sondern völkerrechtswidrige Besetzung der Westsahara mithilfe der Projekte zu Erzeugung erneuerbarer Energien „greenwasht“, kann das Land sicherstellen, auch weiterhin den Interessen bezüglich der eigenen Westsaharapolitik nachgehen zu können (Williams, 2024).

Es kann in Anbetracht der großen Zustimmung zudem angenommen werden, dass die Nutzung des Gebietes durch Marokko kontextunabhängig als so „richtig“ und unterstützenswert im Sinne eines Ausbaus erneuerbarer Energien betrachtet wird, dass dies im Kontext des Konflikts die Besetzung selbst rechtfertigt – in dem Sinne, dass die hohen Kapazitäten zur Energieerzeugung an der nordwestlichen Küste Afrikas genutzt werden müssten und dies am besten durch Marokko umgesetzt werde, da das Land über deutlich mehr wirtschaftliche Ressourcen und technologische Kapazitäten verfügt als das Volk der Sahrauis (Troen, 2013).

Das Greenwashing des Westsaharakonflikts durch Marokko ist somit dann effektiv, wenn Akteure, die in der Position sind, die Besetzung der Westsahara zu kritisieren oder eine Lösung des Konflikts zu fordern, dies nicht tun und stattdessen das von Marokko selbst vorgegebene Narrativ bezüglich der Vorteile eines Ausbaus erneuerbarer Energien für die wirtschaftliche Entwicklung der Region sowie die globale Energiewende annehmen und reproduzieren. Wie die Analyse in dem vorhergegangenen Abschnitt schließen lässt, ist dies bei einer Mehrzahl der internationalen Medien der Fall. Dass mit Marokko in dem Bereich kooperierende Unternehmen keine Kritik äußern, ist schlüssig. Aber auch von politischer Seite, wie von der Europäischen Kommission oder dem BMZ werden die Projekte uneingeschränkt befürwortet und unterstützt, während Kritik fehlt. Auch wenn vereinzelte NGOs oder Medien auf die sich ergebende Problematik der Windparks in der Westsahara verweisen, ist diese Kritik in der Minderheit. Auf Basis dieser breiten Unterstützung kann Marokko seine eigene Macht und die Linie der Westsaharapolitik festigen.

6. Diskussion

Betrachtet man die Erkenntnisse aus der voranstehenden Analyse kann daraus geschlossen werden, dass die Forschungsfrage „Wie nutzt Marokko den Bau der Windkraftanlagen in der Westsahara, um langfristig die Besetzung des Gebietes zu legitimieren?“ auf Basis von drei sich gegenseitig bedingenden Mechanismen beantwortet werden kann, die langfristig zu einer Normalisierung und Legitimierung des Besetzungsverhältnisses führen können.

Erstens stoßen die Energieprojekte Marokkos aufgrund ihres ökologischen Charakters und ihres Beitrags zur Energiewende international, und hier besonders bei Akteuren aus dem Globalen Norden, auf Zustimmung und Unterstützung. Sie sprechen somit nicht nur die nationalen Interessen Marokkos an, sondern können auch als Teil einer internationalen Klimastrategie betrachtet werden. Durch den Diskurs rund um Nachhaltigkeit, Klimaschutzmaßnahmen und die Bedeutung erneuerbarer Energien kann somit erreicht werden, dass die Umsetzung der Projekte, also der Bau von großen Windparks, prinzipiell als gerechtfertigt wahrgenommen wird. Der weitestgehende Konsens in der Forschung und Politik darüber, dass erneuerbare Energien ein zentrales Mittel zur Abmilderung des Klimawandels sind, liefert somit eine Grundlage für einen moralischen Anspruch, diese zu unterstützen. Indem Marokko die erneuerbaren Energien großflächig ausbaut, verbessert das Land somit sein eigenes Image und wird beim Thema Energiewende von diversen Akteuren als attraktiver Partner eingestuft, wie beispielsweise von der EU oder auch europäischen Unternehmen, die im Umkehrschluss selbst mit der Beteiligung an klimaorientierten Projekten für das eigene Unternehmensimage werben können. Aus der Perspektive Marokkos eignen sich die Energieprojekte somit als strategisches Werkzeug, um den Westsaharakonflikt im politischen Sinn „greenwashen“ zu können.

Zweitens scheint das Greenwashing tatsächlich bei den Akteuren effektiv zu sein, bei denen es Wirken soll, sei es aufgrund von Ablenkung und Unwissenheit oder Eigeninteresse im Sinn kommerzieller, politischer oder Umweltinteressen. Drittens, der letztendliche Mechanismus, durch den mithilfe des Werkzeuges „Greenwashing“ eine langfristige Legitimierung der Besetzung der Westsahara erreicht werden kann, der das Zusammenspiel der beiden ersten Faktoren ist: Indem durch den Diskurs um Nachhaltigkeit und das Narrativ der Abmilderung des Klimawandels durch den Ausbau erneuerbarer Energien jene Projekte, die zur Erreichung dieser Ziele beitragen, weitestgehend befürwortet und positiv geframt werden, besteht nur

eingeschränkt die Notwendigkeit, sich kritisch zu positionieren. Somit wird es leichter, den politischen Kontext auszuklammern.

Wird der politische Kontext, also die Besetzung der Westsahara, aufgrund von Unwissenheit nicht thematisiert oder wegen der soeben genannten Faktoren ausgeklammert, kann das zu einer Normalisierung des Besetzungsverhältnisses und somit des Westsaharakonflikts führen. Da es als weithin normal gilt, die Projekte zu befürworten und Kritik gleichzeitig spärlich ist, kann die Situation selbst nicht nur normalisiert, sondern aufgrund der Gewichtung der als positiv wahrgenommenen Faktoren langfristig als legitim angesehen werden. Eine Konsequenz daraus kann sein, dass es immer weniger Initiativen gibt, eine Lösung zugunsten der Unterdrückten in dem Konflikt zu finden, dass generell weniger über den Konflikt diskutiert wird, der politische und geschichtliche Kontext in den Hintergrund rückt oder sich ein Zustand entwickelt, in dem dieser als verhältnismäßig irrelevant betrachtet wird. Letztendlich könnte somit die Situation eintreten, in der andere Staaten eher gewillt sind, die Westsahara als offiziellen Teil Marokkos anzuerkennen und Marokkos Autonomieplan für die Region zuzustimmen.

Da das Machtungleichgewicht zwischen Marokko und der Westsahara zugunsten Marokkos ausfällt und das Land trotz der offiziell neutralen Position der EU bezüglich des Westsaharakonflikts nicht nur einen wichtigen Kooperationspartner darstellt, sondern die EU auch direkt die Energieprojekte unterstützt und diesbezüglich mit Marokko Handel betreibt (Choukri et al., 2017, Amouzai & Haddioui, 2023), zeigt sich hier eine Bereitschaft zur Partnerschaft, von der Marokko profitiert. Hier wird deutlich, dass Marokko als Akteur in dem Konflikt mehr politische Macht als die Westsahara hat, sei es nicht nur durch wirtschaftliche oder militärische Mittel, sondern eben auch durch solche Partnerschaften. Um den Konflikt realistisch zugunsten der unterdrückten Partei, also den Sahrauis, lösen zu können, bedürfte es vermutlich einer großen Initiative oder einem politischen oder gesellschaftlichen Anstoß in diese Richtung. Dieser kann natürlich aus der indigenen Bevölkerung der Westsahara selbst kommen, was grundsätzlich der beste Weg wäre, um sich aus dem Verhältnis der Besetzung und Unterdrückung emanzipieren zu können. Es gibt auch diverse Bewegungen und Aktivismus innerhalb der Westsahara diesbezüglich, teilweise auch in Kooperation mit NGOs wie der *Western Sahara Resource Watch* (WSRS, 2023; TAZ, 2025). Betrachtet man den Verlauf des Konflikts in den letzten Jahren – und auch Jahrzehnten – wird jedoch deutlich, dass diese bisher nicht ausreichend wirksam darin waren, eine Lösung für den Konflikt oder ein erneutes Referendum voranzutreiben. Zudem wurden Proteste in der Westsahara in der Vergangenheit

schnell, und oft auch gewaltsam, durch das marokkanische Militär unterbunden, was politischen Aktivismus erschwert (Allan et al., 2022).

Eine weitere Möglichkeit, wie eine Lösung des Konflikts erreicht werden könnte, wäre, ein neues Referendum oder eine sonstige Lösung anzustoßen, was zum Beispiel von Politiker*innen oder, wie es in der Vergangenheit bereits der Fall war, von den Vereinten Nationen initiiert werden könnte. Es wäre hierbei auch wichtig, dass sich Akteure aus der internationalen Politik, wobei hier explizit auch die Staaten der EU gemeint sind, klar zu der völkerrechtswidrigen Besetzung und den Menschenrechtsverstößen im Rahmen des Konflikts positionierten und die Windenergieprojekte in der Westsahara nicht nur loben, sondern auch kritisch in den Rahmen einordnen würden, in den diese unweigerlich eingebettet sind. Da jedoch wenig Dynamik in dem Konflikt ist (Marsili, 2024), er generell wenig internationale Aufmerksamkeit bekommt (Zoubir, 2010), in den vergangenen Jahren mächtige Staaten wie die USA bereits erklärt haben, dass das Gebiet offiziell als autonome Region zu Marokko gehören soll (Borgen, 2022) und nun im Zuge des Ausbaus erneuerbarer Energien ein neues Werkzeug für Marokko zur Verfügung steht, den Konflikt zu „greenwashen“ und die Besetzung zu legitimieren, sind Vorstöße der internationalen Politik bezüglich eines erneuten Lösungsversuches aktuell eher unwahrscheinlich.

Letztendlich bedürfte es also einer anderen Initiative zur Lösung des Konflikts. Ein solcher Anstoß könnte aus dem internationalen aktivistischen Bereich kommen und auch akademische Veröffentlichungen zu der Thematik können eine Wirkung haben, verfehlen aber wahrscheinlich die Funktion einer großen Mobilisierung. Kommerziell operierende Unternehmen in der Verantwortung zu sehen und darauf zu hoffen, dass diese ihre Aktivitäten in dem Gebiet einstellen, ist ebenfalls nicht realistisch. Wenn Initiativen aus dem politischen Bereich fehlen, sollte es als die Aufgabe der Medien gesehen werden, als wichtige Kontrollinstanz der Politik die Lücke in der Einordnung zu füllen und eventuelle Forderungen zu einem anderen Umgang mit der Westsaharapolitik Marokkos zu stellen. Da jedoch Forderungen aus dem aktivistischen Bereich verhältnismäßig weniger Gehör finden, als das bei Politiker*innen oder Unternehmen der Fall wäre, und Medien aktuell nicht ausreichend kritisch über die Problematik berichten, ist ein spürbarer Anstoß in Richtung kritischer Einordnung der Energieprojekte und erneutem Lösungsversuch des Konflikts aktuell nicht mit Sicherheit zu erwarten. Dass in den letzten zwei Jahren jedoch zumindest in deutschsprachigen Medien und von internationalen NGOs etwas vermehrt kritisch über den Westsaharakonflikt berichtet wurde und dabei auch die Perspektiven von Aktivist*innen einbezogen wurden (Terres des hommes Schweiz, 2024; TAZ,

2025), ist zumindest die Tendenz einer Bewegung hin zu einer differenzierten Betrachtung des Konflikts und einer erhöhten Aufmerksamkeit für den politischen Kontext der Energieprojekte in der Westsahara.

Da diese kritischen Berichte aktuell jedoch noch sehr in der Unterzahl gemessen an den neutralen und positiven Berichten sind, und es auch aus der Wirtschaft und der Politik keine Anstöße in die Richtung gibt, Marokko zu einer Änderung seiner Westsaharapolitik zu bewegen oder einen Wechsel beim Thema erneuerbarer Energien zu fordern bedeutet dies, dass das Gebiet aller Wahrscheinlichkeit nach weiterhin und langfristig von Marokko besetzt bleiben wird und die Sahrauis auch vermutlich nicht mehr Mitbestimmung bei Projekten dieser Art bekommen werden. Das bedeutet auch, dass Marokko seine Macht über die Westsahara nicht nur zementieren, sondern weiter ausbauen kann und wird und darüber hinaus implizite und explizite Unterstützung von internationalen Partnern aus Politik und Wirtschaft, so aus der Europäischen Union und den USA sowie von mehreren europäischen Unternehmen, erwarten kann. Dass die Energieprojekte von Marokko als Werkzeug genutzt werden, um den Konflikt zu „greenwashen“ und somit auch in Zukunft die gleiche Westsaharapolitik wie in den letzten Jahrzehnten verfolgen zu können, kann hier als Teil einer größeren Gesamtstrategie Marokkos eingeordnet werden, über gezielte Mittel Zugeständnisse von Partnern bezüglich der Westsahara erreichen zu können. An anderer Stelle hatte Marokko vor wenigen Jahren bereits die Kontrolle von Migrationsströmen aus dem Land in die EU als politisches Druckmittel genutzt, um vom Spanien ein solches Zugeständnis zu bekommen; eine Strategie, mit der Marokko letztendlich erfolgreich war, da Spanien sich in Bezug auf den Konflikt daraufhin auf Marokkos Seite positioniert hatte (Bajo, 2022).

Es kann hier argumentiert werden, dass die spezifische Situation anders zu beurteilen ist, da Marokko beim Thema Migration tatsächlich ein Druckmittel in der Hand hat, das Partner aus der EU in einen gewissen Handlungszwang treibt, der so beim Thema Energie nicht vorliegt, da immer auf andere Energielieferanten ausgewichen werden kann. Energie ist also für Marokko weniger ein politisches Druckmittel und es werden auch keine Zugeständnisse bezüglich der Westsaharapolitik erzwungen. Vielmehr ist grüne Energie für Partnerländer so attraktiv, und die geopolitische Situation bezüglich ausreichender Energielieferung genügend angespannt, um diese diversifizieren zu wollen (Rokicki et al., 2023; Lekavičius et al., 2024), dass Marokko die grünen Energien nicht als Druckmittel einsetzen muss, sondern sie vielmehr als Werkzeug einer größeren Strategie einsetzen kann, um die gewünschten Entwicklungen in der Akzeptanz und in Zugeständnissen externer Akteure bezüglich der Westsahara zu lenken.

Jedenfalls kann auf Grundlage beider Fälle davon ausgegangen werden, dass Marokko bereit ist, mithilfe gewisser politischer Werkzeuge die eigenen Interessen bezüglich der Westsahara voranzutreiben.

An dieser Stelle muss auch festgehalten werden, dass der Ausbau erneuerbarer Energien im Gebiet der Westsahara primär nicht dem Zweck dient, den Konflikt „greenwashen“ zu können. Dass Marokko ernsthafte Ambitionen im Bereich der Energiewende hat und das Hauptziel der Wind- und Solarparks ist, ökologischen Strom zu produzieren, steht soweit außer Frage. Grüne Energie ist aber eben auch ein geeignetes Werkzeug, um Politik zu „greenwashen“. Dass die generelle Resonanz bezüglich der Projekte positiv ausfällt, ist hierbei ein Zeichen dafür, wie effektiv dieses Werkzeug sein kann. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist somit für die politische Gesamtstrategie Marokkos über den technisch definierten Nachhaltigkeitsaspekt hinaus sehr geeignet, um die eigenen politischen Ziele in der Westsahara voranzutreiben.

Die Effektivität des „Greenwashings“ zeigt auch, dass Marokko innerhalb des Konflikts die Macht hat, politische Werkzeuge zielführend einzusetzen. Akteure auf der Seite der Westsahara, wie die Bevölkerung der Sahrauis, die Polisario Front oder auch aktivistische Gruppen und NGOs, sind zwar zentral für den Widerstand gegen die marokkanische Besetzung, aufgrund der Unterlegenheit in den Bereichen Militär, wirtschaftlicher Macht, medialer Macht und politischer Vernetztheit haben diese jedoch nicht die gleichen Möglichkeiten, den öffentlichen Diskurs rund um den Westsaharakonflikt derart beeinflussen zu können und dort auf Probleme aufmerksam zu machen, die von Marokko verschleiert werden. Generell zeigt sich hierbei das Machtungleichgewicht zwischen Marokko und den Akteuren auf der Seite der Westsahara.

Übertragen auf andere Kontexte kann dies so beurteilt werden, als dass diejenigen Akteure, die sich in politischen Konflikten in einer Machtposition der anderen Partei gegenüber befinden, die Wahrnehmung des Konflikts besser lenken und beeinflussen können, was letztendlich den Verlauf des Konfliktes zwar nicht bestimmen muss, aber beeinflussen kann. Es ist daher wichtig, kritisch zu reflektieren, wie politische Konflikte wahrgenommen werden und warum. Dies schließt ein, warum manchen Akteuren eher Unterstützung angeboten wird als anderen, warum Völker- oder Menschenrechte zu verletzen in manchen Situationen schwer verurteilt wird und in anderen kaum Aufmerksamkeit bekommt, warum manche Situationen, Projekte, politische Ziele und Handlungen als legitim wahrgenommen werden und andere nicht. Es muss hierbei reflektiert werden, inwiefern Eigeninteressen, gezielte Darlegungen von Umständen,

sowie großflächig geführte Diskurse und gängige Narrative die Wahrnehmung und darauf aufbauende Entscheidungen beeinflussen.

Der Fall des „Greenwashings“ des Westsaharakonflikts ist ein Beispiel dafür, wie mithilfe von erneuerbarer Energie als Legitimationsfaktor weltweit Großprojekte durchgeführt werden, unter denen die Natur und lokale Bevölkerung direkt durch Verschmutzung oder Vertreibung oder indirekter leidet, wenn Menschen beispielsweise in einem Unterdrückungsverhältnis zu Machthabern stehen, kein Mitspracherecht haben oder nicht von den Projekten profitieren. Es zeigt auch, dass große Energieprojekte nicht nur als technische Vorhaben betrachtet werden dürfen, sondern stattdessen immer auch die direkte Umwelt und politische und soziale Faktoren in Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden sollten. Das Ziel des Klimaschutzes sollte immer auch mit einer Klimagerechtigkeitsperspektive einhergehen, die beinhaltet, dass die lokale Bevölkerung keine Benachteiligung durch Energieprojekte erfährt (Ben-Shmuel & Halle, 2023). Wenn die Aussicht auf das Recht politischer Selbstbestimmung aufgrund des Ausbaus erneuerbarer Energien praktisch zunichtegemacht wird und stattdessen Machtgefälle verstärkt werden, können erneuerbare Energien nicht als klimagerecht eingestuft werden.

Die Energieprojekte in der Westsahara reihen sich somit in viele Energiegroßprojekte weltweit ein, im Kontext derer der Ausbau erneuerbarer Energien als legitim wahrgenommen wird, auch wenn damit negative Auswirkungen auf die lokale, in diesen Fällen oft indigene, Bevölkerung oder auf die lokale Umwelt einhergehen (van der Horst et al., 2021; Sankaran et al., 2022; Contreras & Ruiz, 2025). Wie auch im Fall der Westsahara liegt die Problematik dieser Projekte darin, dass diese mit einer politischen Machtausübung einhergehen, die jedoch unter anderem aufgrund des ökologischen Framings nur wenig Beachtung findet. Das kann bei aktiven Konfliktsituationen wie beim Westsaharakonflikt der Fall sein oder, wie es ebenfalls bereits Gegenstand wissenschaftlicher Forschung war, beim Konflikt zwischen Palästina und Israel (Ben-Shmuel & Halle, 2023; Hughes et al., 2023).

Diese Machtausübung und Unterdrückung indigener Bevölkerungsgruppen im Rahmen ökologischer Projekte findet aber auch außerhalb aktiver Konflikte statt, beispielsweise wenn es um Projekte zur Rohstoffgewinnung in Lateinamerika, Afrika oder Südostasien geht. Auch hier werden oft indigene Bevölkerungsgruppen vertrieben oder die lokale Umwelt verschmutzt, wenn seltene Erden abgebaut werden, die für Technologien der Energiewende, wie beispielsweise Elektromobilität, benötigt werden (Jerez et al., 2021; Dorn, 2022; Zografos, 2022; Radley, 2023). Dennoch werden die dazugehörigen Projekte größtenteils unterstützt, da

sie als essenzielle Faktoren in der Energiewende gesehen werden. Damit bezahlen oftmals Länder des Globalen Südens, die selbst aufgrund eines niedrigeren Ausstoßes an CO₂-Emissionen und geringerer Konsumquoten kaum an der Dynamik des Klimawandels beteiligt sind, den Preis für die im Globalen Norden verursachten Schäden im Bereich Umwelt und Klima (Hadzic, 2024). In diesem Kontext ist auf die Forschung in den Bereichen Grüner Kolonialismus, Grüner Extraktivismus oder auch „green sacrifice zones“ zu verweisen, die diese Thematik spezifischer anhand des Abbaus von Rohstoffen in Ländern des Globalen Südens untersucht (z.B. Bruna, 2022; Dorn, 2022, 2023; Dunlap et al., 2024; Zografos, 2020, 2022).

Auch wenn die Kontexte der Energieprojekte oder von Projekten, die generell im Rahmen der Energiewende durchgeführt werden, unterschiedlich sind, zeigt sich hiermit eine gemeinsame Rechtfertigungsgrundlage auf Basis von Nachhaltigkeitsdiskursen. Solange diese Diskurse soziale und politische Kritik sowie das Bewusstsein über potenzielle lokale Umweltzerstörung ausschließen, tragen sie zu einem apolitischen, undifferenzierten Verständnis von erneuerbaren Energien bei. Da viele Energieprojekte im Globalen Süden durchgeführt werden, besteht hier die Gefahr von sich vertiefenden Machtasymmetrien und einer Verschlechterung der Lebenssituation von Menschen vor Ort. Im spezifischen Fall eines politischen Konflikts wie in der Westsahara kann zudem davon ausgegangen werden, dass Machtverhältnisse zugunsten jener Parteien verschoben werden, die die Entscheidungsmacht über die Energieprojekte innehaben.

Im Fall der Energieprojekte in der Westsahara kann von einem Greenwashing des Konflikts gesprochen werden. Forschung zu Greenwashing in anderen konfliktgeladenen politischen Situationen oder autoritären Staaten wie beim Israel-Palästina Konflikt (Ben-Shmuel & Halle, 2023) oder in China (Harlan, 2021) hat ebenfalls auf die in dieser Arbeit ausgearbeiteten Mechanismen verwiesen, wie grüne Energien als Mittel genutzt werden können, um die eigene potenziell problematische Politik verschleiern zu können oder von dieser abzulenken. Da die Mechanismen in unterschiedlichen Kontexten wirken, kann angenommen werden, dass auch zukünftig in anderen Konflikten politische Maßnahmen oder spezifische Umstände, die für Kritik anfällig sind, „grüngewaschen“ werden können. Ob ein solches Greenwashing effektiv ist, also in Folge einer spezifischen Kommunikation oder Imagegenerierung tatsächlich von einem Konflikt oder problematischen politischen Maßnahmen abgelenkt werden kann, hängt hierbei von vielen verschiedenen Faktoren ab. Der Diskurs um grüne Energien ist mächtig, um politische Maßnahmen zu legitimieren, es gibt jedoch durchaus Faktoren, die in der Beurteilung einer Konfliktsituation stärker wirken. Hierzu kann zum Beispiel die generelle

Wahrnehmung einer der Konfliktparteien basierend auf historischen Aspekten oder politischen Allianzen gezählt werden, von welcher Partei eine Aggression ausgeht oder ob Eigeninteressen eine Rolle spielen.

Die zentralen Erkenntnisse aus dieser Arbeit, wonach Marokko die Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien effektiv nutzt, um den Westsaharakonflikt zu greenwaschen, reihen sich jedenfalls in die bisherige Forschung zum Thema Greenwashing ein und füllen darüber hinaus die Lücke, ein solches Greenwashing auf Basis der für das Thema relevanten Theorien und Konzepte und mit Fokus auf die Energieprojekte analytisch auszuarbeiten. Byron (2017) hatte über ein Greenwashing des Westsaharakonflikts geschrieben und den Fokus hierbei primär auf eine deskriptive Darstellung der Situation gelegt. Amouzai und Haddidou (2023) haben zu einem möglichen Greenwashing des Westsaharakonflikts im Kontext der Projekte zu grünem Wasserstoff geforscht. In weiteren Veröffentlichungen wurde Greenwashing genannt, der Konflikt selbst jedoch nicht auf Basis des Konzepts analysiert, so bei Allan et al. (2022) sowie Allan und Ojeda-García (2022).

Die Ergebnisse dieser Arbeit sind somit im Einklang mit den Veröffentlichungen, wonach Marokko den Konflikt in der Westsahara „greenwasht“ und fügen hinzu, dass dies nicht nur über den Abbau natürlicher Rohstoffe und den Ausbau von grünem Wasserstoff geschieht, sondern auch Energieprojekte Mittel sind, um vom Konflikt abzulenken, diesen zu verschleiern und auf die Eigeninteressen von wichtigen Kooperationspartnern zielend hierdurch auch eine wissentliche Akzeptanz erreicht werden kann.

7. Conclusio

Im Rahmen dieser Masterarbeit wurde untersucht, welche Bedeutung der Ausbau erneuerbarer Energien für den Westsaharakonflikt hat. Hierbei wurden die von Marokko geplanten Energieprojekte, mit Fokus auf Windenergie, in den politischen Kontext des Konflikts eingebettet und analysiert, warum die Energieprojekte die Wahrnehmung des Konflikts und eventuell sogar den weiteren Verlauf von diesem beeinflussen können. Es wurde hierfür untersucht, wie Marokko den Ausbau erneuerbarer Energien als zentrales Element seiner Energiepolitik darstellt und durch eine gezielte Kommunikation über die Projekte, wodurch die Vorteile dieser für die Energiewende hervorgehoben werden, diese in den legitimierenden Diskurs um Klimaschutz und Nachhaltigkeit einbettet. Der zentrale Kern der Analyse war hierbei herauszuarbeiten, wie die legitimierende Macht, die mit dem Ausbau erneuerbarer Energien einhergeht, das Image von Marokkos politischen Maßnahmen, Zielen und dem Land selbst als internationaler Partner

in eine positive Richtung beeinflusst, dass der Westsaharakonflikt im Gesamtbild zu Marokkos Politik eine untergeordnete, „vergessene“ Position einnimmt. Darauf aufbauend wurde argumentiert, wie ein solcher Mechanismus den weiteren Verlauf des Konflikts beeinflussen könnte.

Basierend auf einer Auswahl an für diese Arbeit relevanter Forschungsliteratur wurde zunächst eine Übersicht zur Ressourcennutzung in besetzten Territorien, politischer Legitimation und Legitimationsstrategien, erneuerbarer Energien und damit verbundenen Konzepten wie grünem Wachstum, „energy foreign policy“ oder auch grünem Kolonialismus sowie dem Konzept des Greenwashings dargelegt. In Kombination mit einer historischen, politischen und rechtlichen Grundlage über den Westsaharakonflikt, den verfügbaren Daten zu den im Gebiet der Westsahara geplanten und teilweise bereits gebauten Windparks sowie einer umfangreichen Darstellung der Kommunikation Marokkos bezüglich der Projekte, Medienberichten und veröffentlichter Kritik wurde darauf aufbauend mithilfe der Methode der Literaturliteraturarbeit eine Analyse durchgeführt, um die zentrale Frage dieser Arbeit beantworten zu können. Auf diese Analyse gefolgt wurden die Erkenntnisse diskutiert, interpretiert und in einen größeren Rahmen zu Aspekten wie politischer Macht, der legitimierenden Macht erneuerbarer Energien und den sich daraus ergebenden Implikationen für die Nutzung dieser Energien in politischen Strategien eingeordnet.

Die Forschungsfrage für diese Arbeit war: „Wie nutzt Marokko den Bau der Windkraftanlagen in der Westsahara, um langfristig die Besetzung des Gebietes zu legitimieren?“. Die vier Unterfragen, die als Hinleitung zur Beantwortung der Hauptforschungsfrage formuliert wurden, waren hierbei „Wie ist Marokkos Nutzung natürlicher Ressourcen in der Westsahara rechtlich einzuordnen?“, „Wie wird der Bau der Windkraftanlagen in der Westsahara in Medien und öffentlichen Erklärung seitens Marokkos kommuniziert und in internationalen Medien thematisiert“, „Wie beeinflusst der Diskurs um Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien die internationale Wahrnehmung bezüglich der Windkraftprojekte?“, und „Warum kann das Konzept von ‚Greenwashing‘ anhand dessen auf die Windkraftprojekte im Kontext des Westsaharakonflikts angewendet werden?“

Als Beantwortung der ersten Forschungsfrage konnte zunächst festgestellt werden, dass die Westsahara nach internationalem Besatzungsrecht als besetzt eingestuft werden kann, da das Gebiet von Marokko gegen den Willen der lokalen Bevölkerung oder Vertretern des Volkes besetzt wird und das Land die effektive Kontrolle über große Teile der Westsahara ausübt

(Benvensiti, 2016). Als Besatzungsmacht steht Marokko nach internationalem Recht in der Pflicht, die natürlichen Ressourcen der Westsahara nur im Interesse der Sahrauis zu nutzen oder um somit die Besatzung finanzieren zu können. Marokko ist in keiner Weise dazu berechtigt, die Ressourcen aus eigennützigen Zwecken zu nutzen, sondern steht vielmehr in der Pflicht, sie gegen die Ausbeutung durch Dritte zu schützen (Pabian, 2021; Benvensiti, 2016). Indem Marokko die materiellen und immateriellen Ressourcen der Westsahara dennoch kommodifiziert, verstößt das Land also gegen das Besatzungsrecht sowie das humanitäre Völkerrecht (Longobardo, 2016). Der Bau von Windparks, durch den Marokko sich die immaterielle Ressource Wind aneignet und diese kommodifiziert, kann dazu beitragen, dass dadurch langfristig eine Inkorporation des Westsahara in das marokkanische Staatsgebiet vorgebracht wird, wovor das Besatzungsrecht und das humanitäre Völkerrecht eigentlich in erster Linie schützen sollen (Ratner, 2005).

Als Beantwortung der zweiten Unterfrage konnte festgestellt werden, dass die Kommunikation über die Energieprojekte von der Seite Marokkos ausschließlich neutral bis positiv ausfällt und die Tatsache, dass einige der Windparks in Gebiet der besetzten Westsahara sind, bis auf eine Ausnahme gänzlich unerwähnt bleibt. Für geografische Angaben wird stattdessen der Begriff „südliches Marokko“ oder „Provinz im Süden Marokkos“ verwendet (NAREVA, 2025; Ministère de la Transition Énergétique et du Développement Durable, 2025). Zudem werden die Projekte generell positiv geframt, indem auf die Vorteile für die Umwelt, das sich aus ihnen ergebende Potenzial für eine Modernisierung der Energieinfrastruktur und eine weitere wirtschaftliche Entwicklung Marokkos sowie die mittels der Projekte gestärkte internationale Partnerschaften eingegangen wird (Morocco World News, 2020, 2025a,b,c,d; Hespress, 2024, 2025). In marokkanischen Medien wird nicht über die Projekte im Zusammenhang mit der Westsahara berichtet, wobei hierbei auf den Mangel an Pressefreiheit in dem Land zu verweisen ist (Reporter ohne Grenzen, 2025). In internationalen Medien wird ebenfalls fast ausschließlich neutral bis positiv über die Windenergieprojekte Marokkos berichtet, Kritik an den Projekten oder eine Einbettung dieser in den politischen Kontext des Konflikts sind eher die Ausnahme, jedoch vorhanden. So wurden, primär in der näheren Vergangenheit, auch kritische Positionen zu den Energieprojekten veröffentlicht, etwa durch NGOs oder politisch eher linksgerichtete Medien, teils auch unter Einbeziehung von Interviews mit sahrauischen Aktivist* innen (der Standard, 2016; Terres des hommes Schweiz, 2024; TAZ, 2025). Insgesamt bilden kritische Berichte, die auf die Westsahara und die Politik Marokkos eingehen, jedoch die Minderheit im Vergleich zu jenen, die keine politische Einordnung vornehmen.

Bezüglich der Beantwortung der dritten Unterfrage konnte festgestellt werden, dass der Diskurs um Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien ein wichtiger Treiber für eine breite Unterstützung in Politik und Gesellschaft bezüglich des Ausbaus dieser Energien ist. Basierend auf dem aktuell verbreiteten Narrativ, wonach eine Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen und somit eine Abmilderung des Klimawandels bestmöglich durch den Umstieg von fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien wie Wind-, Sonnen- und Wasserkraft sowie grünen Wasserstoff erreicht wird, trifft der Ausbau dieser Energiequellen auf die Zustimmung vieler Akteure aus Politik und Wirtschaft, insbesondere aus dem Globalen Norden, wo erneuerbare Energien stark nachgefragt werden.

Dass der Umstieg auf erneuerbare Energien grundsätzlich wichtig ist, wurde in dieser Arbeit klar benannt. Der Diskurs um erneuerbare Energien führt jedoch auch dazu, dass der Ausbau der dazugehörigen Technologien weithin als legitim betrachtet und unterstützt wird, auch wenn die Projekte im Fall der Westsahara in einen politischen Kontext und Konflikt eingebettet sind. Aufgrund dieser politischen Komponente ist eine kritische Einordnung der Projekte wichtig. Das findet aufgrund der positiven Wahrnehmung erneuerbarer Energien selten statt und der weitestgehend einseitig geführte Diskurs trägt dazu bei, dass die Windenergieprojekte Marokkos insgesamt als legitim, unterstützenswert, für die beteiligten Akteure positiv und für das Ziel der Energiewende wichtige Pfeiler angesehen werden. In Anbetracht der Kritik, die von NGOs und kritischen Wirtschaftsverbänden geäußert wird, ist dennoch wichtig festzuhalten, dass es auch Gegenpositionen zu den Energieprojekten Marokkos sowie der Beteiligung ausländischer Akteure gibt, diese jedoch insgesamt seltener geäußert wird als die Zustimmung diesbezüglich, und auch von Akteuren, die als Informationsquelle potenziell als weniger seriös oder legitim wahrgenommen werden.

Zur Beantwortung der vierten Unterfrage wurde untersucht, ob in Marokkos Umgang mit den Energieprojekten eine Strategie zum „greenwashen“ des Westsaharakonflikts festgestellt werden kann. Nachdem Greenwashing als gezielte Verschleierung, Ablenkung oder bewusste Lenkung der Wahrnehmung in eine positive Richtung bei unethischen, problematischen oder sonstigen negativen Aspekten mittels Fokussierung auf Errungenschaften im Bereich Nachhaltigkeit und Ökologie definiert werden kann, ist eine Verbindung zu Marokkos Umgang mit den Energieprojekten zu untersuchen gewesen. Hierbei ging es vor allem um die Auslegung von Greenwashing, wonach Nachhaltigkeit und Ökologie als Werkzeug genutzt werden, um von problematischer Politik abzulenken. Es wurde zum einen untersucht, ob Marokko gezielt vom Konflikt ablenkt oder diesen verschleiert und zum anderen auch, ob

aufgrund einer Kombination dieser Ablenkung und etwaiger Eigeninteressen von Akteuren aus Politik und Wirtschaft eine wissentliche Akzeptanz einhergeht, durch die eine Normalisierung der Besetzung der Westsahara eintreten könnte.

In Anbetracht der spezifischen Kommunikation seitens Marokkos bezüglich der Windenergieprojekte, der Fokussierung auf ökologische Vorteile sowie das Ausklammern der Westsahara konnte geschlossen werden, dass die einseitige Darstellung dazu beitragen kann, vom Konflikt abzulenken und den Fokus stattdessen auf positive Aspekte der marokkanischen Innenpolitik zu legen. Basierend auf den Reaktionen der internationalen Politik, Wirtschaft und Medien konnte zudem geschlossen werden, dass entweder aufgrund von Unwissenheit oder einer wissentlichen Akzeptanz ein apolitisches, unproblematisches Verständnis der Energieprojekte von vielen Seiten reproduziert wird. Somit ist Greenwashing ein Konzept, das auf die Windenergieprojekte in der Westsahara angewendet werden kann.

Die Forschungsfrage kann somit so beantwortet werden, als dass Marokko auf Basis der den Energieprojekten inhärenten Legitimierungsgrundlage in Kombination mit einer gezielten, darauf aufbauenden Berichterstattung und Kommunikation vom Westsaharakonflikt ablenkt, und diesen in der öffentlichen Wahrnehmung verschleiert, indem sich auf die Errungenschaften im Bereich erneuerbarer Energien und einer modernen, ökologischen Energiepolitik fokussiert wird. Auch wenn das Ziel der Windenergieprojekte zweifelsohne die Erzeugung nachhaltiger Energie ist, werden sie zusätzlich als Werkzeug genutzt, den Westsaharakonflikt greenwashen zu können. Es konnte auch argumentiert werden, dass eine wissentliche Akzeptanz externer Akteure eine Rolle bei der Umsetzung der Energieprojekte spielt, was eine Lösung des Konflikts in der Zukunft unwahrscheinlicher macht. Somit kann es sein, dass Marokko es schafft, die Besetzung der Westsahara mithilfe der Projekte zum Ausbau erneuerbarer Energien langfristig zu normalisieren und schließlich zu legitimieren.

Auf den Ergebnissen der Analyse aufbauend konnte zudem bezüglich einer Einordnung in einen größeren Kontext festgehalten werden, dass die Windenergieprojekte Marokkos in der Westsahara ein Beispiel dafür sind, wie einerseits politische Macht die Wahrnehmung und den Verlauf von Konflikten beeinflusst und andererseits, dass erneuerbare Energien, oder auch der Abbau von für die Energiewende relevanter Rohstoffe, ein Legitimierungsfaktor für Großprojekte ist, auch wenn diese aufgrund verschiedener Faktoren eine Angriffsfläche bieten. Dass dies besonders in Ländern des Globalen Südens relevant ist, ergibt sich aus asymmetrischen Machtverhältnissen zwischen Auftraggebern und Profiteuren solcher Projekte einerseits und

der lokalen, oft indigenen Bevölkerung andererseits und wurde in der Forschungsliteratur bereits vielfach dargelegt (Jerez et al., 2021; Dorn, 2022; Zografos, 2022; Radley, 2023; Dunalp et al., 2024). Besonders in politischen Konfliktsituationen ist die kritische Betrachtung von Rohstoff- oder Energieprojekten daher essenziell und die vorliegende Arbeit leistet somit anhand der Analyse der Windenergieprojekte inmitten des Westsaharakonflikts einen Beitrag zu dieser Literatur.

Aufgrund des Umfangs dieser Arbeit sowie der gewählten Forschungsmethode konnten zwar viele wichtige Erkenntnisse bezüglich der Thematik gewonnen werden, es bleiben jedoch auch manche Fragen offen und es bietet sich an, bezüglich des Forschungsgegenstands zukünftig auch andere Forschungsmethoden anzuwenden. Beispiele für zukünftige Forschung zu dem Thema wären hierbei, welche Werkzeuge Marokko über „Greenwashing“ hinaus nutzt, um vom Konflikt abzulenken oder politische Zugeständnisse zu bekommen oder wie Technologien wie grüner Wasserstoff das Verhältnis und den Umgang zwischen Marokko und der EU in den kommenden Jahren beeinflussen werden. Zudem lag der Fokus dieser Arbeit anhand der ausgewählten Quellen größtenteils darauf, wie Akteure aus dem Globalen Norden auf die Energieprojekte Marokkos reagieren und diese bewerten. Zukünftige Forschung könnte sich demnach mehr mit der Perspektive von Ländern des Globalen Südens diesbezüglich auseinandersetzen oder damit, wie Staaten, die Marokko politisch gegenüber kritisch eingestellt sind, diese Projekte bewerten. Darüber hinaus wäre es interessant und wichtig, bei zukünftiger Forschung zum Beispiel mittels eigener Interviews und Befragungen die direkten Perspektiven von Sahrauis, Aktivist*innen aus der Westsahara oder auch Entscheidungsträger*innen der Energieprojekte miteinzubeziehen, um tiefere Einblicke in die Thematik zu erhalten.

Literaturverzeichnis

Aalto, P., Nyyssönen, H., Kojo, M., & Pal, P. (2017). Russian nuclear energy diplomacy in Finland and Hungary. *Eurasian Geography and Economics*, 58(4), 386-417.

<https://doi.org/10.1080/15387216.2017.1396905>

Adger, W. N., Benjaminsen, T. A., Brown, K., & Svarstad, H. (2001). Advancing a political ecology of global environmental discourses. *Development and change*, 32(4), 681-715.

<https://doi.org/10.1111/1467-7660.00222>

Aggarwal, P., & Kadyan, A. (2014). Greenwashing: The darker side of CSR. *Indian Journal of Applied Research*, 4(3), 61-66. <https://doi.org/10.36106/ijar>

AHK Marokko (2024). *Marokko. Wasserstoff aus Solar- und Windenergie*.

<https://marokko.ahk.de/de/content/download/62676/817872?version=1> (zuletzt aufgerufen am 23.09.2025).

Al-Yasiria, A. J., Alib, M. A., Alic, R. S., & Bekheetd, H. N. (2020). Renewable energy sources in international energy markets: reality and prospects. *Renewable Energy*, 11(3).

Alkhalili, N., Dajani, M., & Mahmoud, Y. (2023). The enduring coloniality of ecological modernization: Wind energy development in occupied Western Sahara and the occupied Syrian Golan Heights. *Political Geography*, 103, 102871.

<https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2023.102871>

Allan, J. (2016). Natural resources and intifada: oil, phosphates and resistance to colonialism in Western Sahara. *The Journal of North African Studies*, 21(4), 645-666.

<https://doi.org/10.1080/13629387.2016.1174586>

Allan, J., Lemaadel, M., & Lakhal, H. (2022). Oppressive energopolitics in Africa's last colony: Energy, subjectivities, and resistance. *Antipode*, 54(1), 44-63.

<https://doi.org/10.1111/anti.12765>

Allan, J., & Ojeda-García, R. (2022). Natural resource exploitation in Western Sahara: new research directions. *The Journal of North African Studies*, 27(6), 1107-1136.

<https://doi.org/10.1080/13629387.2021.1917120>

- Allen, S. (2020). Exploiting non-self-governing territory status: Western Sahara and the new EU/Morocco Sustainable Fisheries Partnership Agreement. *Cambridge International Law Journal*, 9(1), 24-50. <https://doi.org/10.4337/cilj.2020.01.02>
- Amouzai, A., & Haddioui, O. (2023). *Green hydrogen in Morocco: Just transition or greenwashing neocolonialism*. Transnational Institute (Netherlands).
<https://policycommons.net/artifacts/6943737/october-2023-green-hydrogen-in-morocco/7853680/>
- Anisimov, A. P., & Ryzhenkov, A. J. (2014). Solar and wind power as natural resource: legal theory and practice of use of renewable energy sources (View from Russia). *Law and Development Review*, 7(1), 165-185. <https://doi.org/10.1515/ldr-2014-0022>
- Anlauf, A. (2016). Greening the imperial mode of living? Socio-ecological (in) justice, electromobility, and lithium mining in Argentina. In *Fairness and justice in natural resource politics* (pp. 176-192). Routledge.
- Badarin, E. (2021). Recognition of states and colonialism in the twenty-first century: Western Sahara and Palestine in Sweden's recognition practice. *Third World Quarterly*, 42(6), 1276-1294. <https://doi.org/10.1080/01436597.2021.1884064>
- Bailey, I., & Caprotti, F. (2014). The green economy: functional domains and theoretical directions of enquiry. *Environment and Planning A*, 46(8), 1797-1813.
<https://doi.org/10.1068/a130102p>
- Bajo, I. B. (2022). The supposed shift that marginalizes Spain from the resolution of Western Sahara conflict. *Spanish Yearbook of International Law*, (26), 271-284.
<https://doi.org/10.36151/SYBIL.2023.012>
- Bazilian, M., Sovacool, B., & Moss, T. (2017). Rethinking energy statecraft: United States foreign policy and the changing geopolitics of energy. *Global Policy*, 8(3), 422-425.
<https://doi.org/10.1111/1758-5899.12461>
- BBC (2025). *Major setback' for Morocco power cable link plan*.
<https://www.bbc.com/news/articles/cn8659z0p0do> (zuletzt aufgerufen am 14.08.2025).
- Beetham, D. (2012). Political legitimacy. *The Wiley-Blackwell Companion to Political Sociology*, 120-129. <https://doi.org/10.1002/9781444355093.ch11>

- Benjaminsen, T. A., & Bryceson, I. (2012). Conservation, green/blue grabbing and accumulation by dispossession in Tanzania. *The Journal of Peasant Studies*, 39(2), 335-355. <http://dx.doi.org/10.1080/03066150.2012.667405>
- Benvenisti, E. (2016). Occupation and territorial administration. In *Routledge Handbook of the Law of Armed Conflict* (pp. 435-454). Routledge.
- Ben-Shmuel, A. T., & Halle, S. (2023). Beyond greenwashing: Prioritizing environmental justice in conflict-affected settings. *Environment and Security*, 1(3-4), 209-218. <https://doi.org/10.1177/27538796231186697>
- Bergius, M., Benjaminsen, T. A., & Widgren, M. (2018). Green economy, Scandinavian investments and agricultural modernization in Tanzania. *The Journal of Peasant Studies*, 45(4), 825-852. <https://doi.org/10.1080/03066150.2016.1260554>
- Besenyő, J. (2009). Western Sahara. *Publikon Kiadó, Pécs*.
- Besenyő, J. (2011). Economy of Western Sahara. *Tradecraft Review, Periodical of the Scientific board of Military Security Office*, 1, 115-125.
- Bizeul, Y. (2000). Theorien der politischen Mythen und Rituale. In *Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen*, ed. Yves Bizeul, 15–42. Berlin: Duncker & Humblot.
- Blackmer, C. E. (2019). Pinkwashing. *Israel Studies*, 24(2), 171–181. <https://doi.org/10.2979/israelstudies.24.2.14>
- Borgen, C. J. (2022). The Art of the Deal or ‘Abandoning’ Self-Determination? US Recognition of Morocco's Territorial Sovereignty over Western Sahara. *Israel Law Review*, 55(2), 127-144. <https://doi.org/10.1017/S0021223721000285>
- Bovan, A., Vučenović, T., & Peric, N. (2020). Negotiating energy diplomacy and its relationship with foreign policy and national security. *International Journal of Energy Economics and Policy*, 10(2), 1-6. <https://doi.org/10.32479/ijeep.8754>
- Boyer, D. (2011). Energopolitics and the Anthropology of Energy. *Anthropology news*, 52(5), 5-7. <https://doi.org/10.1111/j.1556-3502.2011.52505.x>
- Bradshaw, M. J. (2009). The geopolitics of global energy security. *Geography Compass*, 3(5), 1920-1937. <https://doi.org/10.1111/j.1749-8198.2009.00280.x>

- Brand, U. (2012). Green economy—the next oxymoron? No lessons learned from failures of implementing sustainable development. *GALIA-Ecological Perspectives for Science and Society*, 21(1), 28-32. <https://doi.org/10.14512/gaia.21.1.9>
- Brand, U., Görg, C., & Wissen, M. (2020). Overcoming neoliberal globalization: social-ecological transformation from a Polanyian perspective and beyond. *Globalizations*, 17(1), 161-176. <https://doi.org/10.1080/14747731.2019.1644708>
- Brew-Hammond, A. (2010). Energy access in Africa: Challenges ahead. *Energy policy*, 38(5), 2291-2301. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2009.12.016>
- Brock, A. (2020). ‘Frack off’: Towards an anarchist political ecology critique of corporate and state responses to anti-fracking resistance in the UK. *Political Geography*, 82, 102246. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2020.102246>
- Brockington, D. (2012). A radically conservative vision? The challenge of UNEP's towards a green economy. *Development and change*, 43(1), 409-422. <https://doi.org/10.1111/j.1467-7660.2011.01750.x>
- Brooker, P. (2013). *Non-democratic regimes*. Bloomsbury Publishing.
- Bruna, N. (2022). A climate-smart world and the rise of Green Extractivism. *The Journal of Peasant Studies*, 49(4), 839-864. <https://doi.org/10.1080/03066150.2022.2070482>
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2023). *Marokko*. <https://www.bmz.de/de/laender/marokko> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2025).
- Büscher, B., & Fletcher, R. (2015). Accumulation by conservation. *New political economy*, 20(2), 273-298. <https://doi.org/10.1080/13563467.2014.923824>
- Buseth, J. T. (2021). Narrating green economies in the Global South. In *Forum for Development Studies* (Vol. 48, No. 1, pp. 87-109). Routledge. <https://doi.org/10.1080/08039410.2020.1858954>
- Buttel, F. H. (2000). Ecological modernization as social theory. *Geoforum*, 31(1), 57-65. [https://doi.org/10.1016/S0016-7185\(99\)00044-5](https://doi.org/10.1016/S0016-7185(99)00044-5)
- Burke, M. J., & Stephens, J. C. (2018). Political power and renewable energy futures: A critical review. *Energy research & social science*, 35, 78-93. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2017.10.018>

Byron, J. R. (2017). THE GREENWASHING OF AFRICA'S LAST COLONY. Master's Thesis, University of Helsinki.

Cantoni, R., & Rignall, K. (2019). Kingdom of the Sun: a critical, multiscalar analysis of Morocco's solar energy strategy. *Energy Research & Social Science*, 51, 20-31. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2018.12.012>

Choukri, K., Naddami, A., & Hayani, S. (2017). Renewable energy in emergent countries: lessons from energy transition in Morocco. *Energy, Sustainability and Society*, 7(1), 25. <https://doi.org/10.1186/s13705-017-0131-2>

Contreras, J. S., & Ruiz, A. M. (2025). Energy colonialism and climate justice: territorial conflicts and sustainable development goals in the Global South and North. In *Universities and the Sustainable Development Goals* (pp. 73-88). Edward Elgar Publishing.

Dachverband kritische Aktionärinnen und Aktionäre (2022). *Siemens Energy: Windparks in besetzter Westsahara und miserable Klimabilanz*. <https://www.kritischeaktionaeere.de/siemens-energy/siemens-energy-windparks-in-besetzter-westsahara-und-miserable-klimabilanz/> (zuletzt aufgerufen am 07.12.2025).

Dachverband kritische Aktionärinnen und Aktionäre (2023). *Siemens Energy baut Geschäft mit fossilem Gas und Windparks in besetzter Westsahara aus – Fatale Folgen für Klimaschutz und Menschenrechte*. <https://www.kritischeaktionaeere.de/siemens-energy/siemens-energy-baut-geschaeft-mit-fossilem-gas-und-windparks-in-besetzter-westsahara-aus-fatale-folgen-fuer-klimaschutz-und-menschenrechte/> (zuletzt aufgerufen am 07.12.2025).

Death, C. (2015). Four discourses of the green economy in the global South. *Third World Quarterly*, 36(12), 2207-2224. <https://doi.org/10.1080/01436597.2015.1068110>

DeBoom, M. J. (2020). Climate Necropolitics: Ecological Civilization and the Distributive Geographies of Extractive Violence in the Anthropocene. *Annals of the American Association of Geographers*, 111(3), 900–912. <https://doi.org/10.1080/24694452.2020.1843995>

de Freitas Netto, S. V., Sobral, M. F. F., Ribeiro, A. R. B., & Soares, G. R. D. L. (2020). Concepts and forms of greenwashing: A systematic review. *Environmental Sciences Europe*, 32(1), 19. <https://doi.org/10.1186/s12302-020-0300-3>

de Souza, L. E. V., Bosco, E. M. G. R. L., Cavalcante, A. G., & da Costa Ferreira, L. (2018). Postcolonial theories meet energy studies: "Institutional orientalism" as a barrier for renewable electricity trade in the Mediterranean region. *Energy Research & Social Science*, 40, 91-100. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2017.12.001>

Dellecker, A., & Gomart, T. (Eds.). (2011). *Russian energy security and foreign policy* (p. 76). London: Routledge.

Delmas, M. A., & Montes-Sancho, M. J. (2010). Voluntary agreements to improve environmental quality: Symbolic and substantive cooperation. *Strategic Management Journal*, 31(6), 575-601. <https://doi.org/10.1002/smj.826>

Der Standard (2016a). *"Grünes Marokko" als Vorzeigeland bei Energiepolitik*. <https://www.derstandard.at/story/2000047050647/gruenes-marokko-als-vorzeigeland-bei-energiepolitik> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2025).

Der Standard (2016b). *Umstrittene grüne Energieprojekte Marokkos in der Westsahara*. <https://www.derstandard.at/story/2000047252148/umstrittene-gruene-energieprojekte-marokkos-in-der-westsahara> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2025).

Der Standard (2022). *Europa und Marokko verbünden sich gegen den Klimawandel*. <https://www.derstandard.at/story/2000140098826/europa-und-marokko-verbuenden-sich-gegen-den-klimawandel> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2025).

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) (2025). *Der Westsahara-Konflikt und die UN*. <https://frieden-sichern.dgyn.de/konflikte-brennpunkte/westsahara> (zuletzt aufgerufen am 21.07.2025).

Deutsche Gesellschaft für Zusammenarbeit und Entwicklung (GIZ) (2024). *Erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff fördern*. <https://www.giz.de/de/projekte/relance-verte-durch-gruene-energie-und-wasserstoff-marokko> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2025).

Die Zeit (2022). *EU und Marokko vereinbaren engere Zusammenarbeit bei Erneuerbaren*. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2022-10/energiekrise-klimawandel-erneuerbare-energien-eu-marokko> (zuletzt aufgerufen am 08.09.2025).

Die Zeit (2023). *Israel erkennt Souveränität Marokkos über die Westsahara an*. <https://www.zeit.de/news/2023-07/17/nach-usa-israel-erkennt-marokkos-anspruch-auf-westsahara-an> (zuletzt aufgerufen am 02.08.2025).

- Dorn, F. M. (2022). Green colonialism in Latin America? Towards a new research agenda for the global energy transition. *European Review of Latin American and Caribbean Studies/Revista Europea de Estudios Latinoamericanos y Del Caribe*, (114), 137-146. <http://doi.org/10.32992/erlacs.10939>
- Dorn, F. M., Hafner, R., & Plank, C. (2022). Towards a climate change consensus: How mining and agriculture legitimize green extractivism in Argentina. *The Extractive Industries and Society*, 11, 101130. <https://doi.org/10.1016/j.exis.2022.101130>
- Du, X. (2015). How the market values greenwashing? Evidence from China. *Journal of Business Ethics*, 128(3), 547-574. <https://doi.org/10.1007/s10551-014-2122-y>
- Dunlap, A. (2017). Wind Energy: Toward a “Sustainable Violence” in Oaxaca: In Mexico’s wind farms, a tense relationship between extractivism, counterinsurgency, and the green economy takes root. *NACLA Report on the Americas*, 49(4), 483–488. <https://doi.org/10.1080/10714839.2017.1409378>
- Dunlap, A., & Laratte, L. (2022). European Green Deal necropolitics: Exploring ‘green’ energy transition, degrowth & infrastructural colonization. *Political Geography*, 97, 102640. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2022.102640>
- Dunlap, A., Verweijen, J., & Tornel, C. (2024). The political ecologies of “green” extractivism (s): An introduction. *Journal of Political Ecology*, 31(1), 436-463. <https://doi.org/10.2458/jpe.6131>
- Easton, D. (1965). *A systems analysis of political life*. New York: Wiley.
- Elsner, P. (2019). Continental-scale assessment of the African offshore wind energy potential: Spatial analysis of an under-appreciated renewable energy resource. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 104, 394-407. <https://doi.org/10.1016/j.rser.2019.01.034>
- Enel Green Power (2025). *Morocco. We are helping Morocco manage the country’s energy transition process.* <https://www.enelgreenpower.com/countries/africa/morocco> (zuletzt aufgerufen am 23.09.2025).
- Enns, C., & Bersaglio, B. (2020). On the colonality of “new” mega-infrastructure projects in East Africa. *Antipode*, 52(1), 101-123. <https://doi.org/10.1111/anti.12582>

Erickson, P., Lazarus, M., & Piggot, G. (2018). Limiting fossil fuel production as the next big step in climate policy. *Nature Climate Change*, 8(12), 1037-1043.
<https://doi.org/10.1038/s41558-018-0337-0>

Europäische Kommission (EC) (2022). *The EU and Morocco launch the first Green Partnership on energy, climate and the environment ahead of COP 27*.
https://enlargement.ec.europa.eu/news/eu-and-morocco-launch-first-green-partnership-energy-climate-and-environment-ahead-cop-27-2022-10-18_en
(zuletzt aufgerufen am 23.09.2025).

European Institute of the Mediterranean (IMed) (2025). *A common green horizon: EXPLOITING THE FULL POTENTIAL OF THE EU-MOROCCO GREEN PARTNERSHIP*
<https://www.iemed.org/wp-content/uploads/2023/10/Fact-sheet-EU-Morocco-Green-Partnership-Factsheet-1-CLEAN-2-YS.pdf> (zuletzt aufgerufen am 03.08.2025).

EY (2025). *Ein leuchtendes Beispiel für grüne Energie in Marokko*.
https://www.ey.com/de_at/insights/infrastructure/how-ey-helped-create-shining-example-of-green-energy-in-morocco (zuletzt aufgerufen am 09.09.2025).

FAZ (2016). *Marokko eröffnet größten Solarpark der Welt*.
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/marokko-eroeffnet-erstes-kraftwerk-im-groessten-solarpark-der-welt-14053912.html> (zuletzt aufgerufen am 14.12.2025).

FAZ (2025). *Kitesurfen in besetztem Gebiet*.
<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/marokko-als-paradies-von-einem-konflikt-in-der-vestsahara-will-niemand-etwas-wissen-accg-110702766.html>
(zuletzt aufgerufen am 14.12.2025).

Fernández-Molina, I. (2019). Bottom-up change in frozen conflicts: Transnational struggles and mechanisms of recognition in Western Sahara. *Review of International Studies*, 45(3), 407-430. <https://doi.org/10.1017/S0260210518000578>

Fernández-Molina, I. (2025). Contested Statehood, Ambiguities and Volatility: The Effects of Lawfare and Warfare in the Western Sahara Conflict. In *Contested States in War and Law* (pp. 129-150). Bristol University Press.

Forsyth, T. (2008). Political ecology and the epistemology of social justice. *Geoforum*, 39(2), 756-764. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2006.12.005>

Franke, K. (2012). Dating the state: The moral hazards of winning gay rights. *Columbia Human Rights Law Review*, 44(1), 1–46.

Fransen, R., & Ryngaert, C. (2020). EU trade relations with occupied territories: Third party obligations flowing from the application of occupation law in relation to natural resources exploitation. In *The Legality of Economic Activities in Occupied Territories* (pp. 47-64). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780429288081-3>

Fregoso, C. C., & Živković, N. (2012). Western Sahara: a frozen conflict. *Journal of Regional Security*, 7(2), 139-150. <https://doi.org/0.11643/issn.2217-995X122SPZ21>

Fricke, H. F. (2023). *The Legitimacy of Greenwashing of Privately Family-owned Companies vs Publicly Traded Companies*. Master's thesis, University of Twente.

Fröhlich, C., & Hirt, N. (2021). Greenwashing Repression, Natural Disaster and the Legitimisation of Forced Migration and Non-Assistance in Syria and Eritrea/Tigray. MAGYC Working Paper, November 2021.

Gaur, A., Settles, A., & Väättänen, J. (2023) Do economic sanctions work? Evidence from the Russia-Ukraine conflict. *Journal of Management Studies*, 60(6), 1391-1414.

German, L. A., Unks, R., & King, E. (2017). Green appropriations through shifting contours of authority and property on a pastoralist commons. *The Journal of Peasant Studies*, 44(3), 631-657. <https://doi.org/10.1080/03066150.2016.1176562>

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) (2023). *Wasserstoff aus der Westsahara: Europas „grüne“ Energie-Deals befördern neo-koloniale Ausbeutung*. <https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/335-gemeinschaften-unter-druck-landschaften-und-lebenswelten/westsahara/> (zuletzt aufgerufen 10.04.2025).

Goddard, S. E., & Krebs, R. R. (2015). Rhetoric, legitimation, and grand strategy. *Security Studies*, 24(1), 5-36. <https://doi.org/10.1080/09636412.2014.1001198>

Gossel, B. M. (2021). Literaturarbeit. In *Organisationale Umweltbeobachtung: Eine systemtheoretisch orientierte empirische Studie zur Theorieentwicklung in der Organisationskommunikation* (pp. 41-178). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Gronau, J., & Schmidtke, H. (2016). The quest for legitimacy in world politics—international institutions’ legitimation strategies. *Review of International Studies*, 42(3), 535-557. <https://doi.org/10.1017/S0260210515000492>

- Guo, R., Tao, L., Li, C. B., & Wang, T. (2017). A path analysis of greenwashing in a trust crisis among Chinese energy companies: The role of brand legitimacy and brand loyalty. *Journal of business ethics*, 140(3), 523-536. <https://doi.org/10.1007/s10551-015-2672-7>
- Gürtler, K., Beer, D. L., & Herberg, J. (2021). Scaling just transitions: Legitimation strategies in coal phase-out commissions in Canada and Germany. *Political geography*, 88, 102406. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102406>
- Haag, L. (2022). Environmental colonialism in the Maghreb? Harnessing green energy on indigenous peoples' land. *The Swedish Institute of International Affairs*.
- Haddad, C., Günay, C., Gharib, S., & Komendantova, N. (2022). Imagined inclusions into a 'green modernisation': local politics and global visions of Morocco's renewable energy transition. *Third World Quarterly*, 43(2), 393-413. <https://doi.org/10.1080/01436597.2021.2014315>
- Hadzic, F. (2024). Power of Global North vs. Global South; environmental and climate change policies of inclusion, inequalities, and fragility. *Humanities Today: Proceedings*, 3(1), 28-45. <https://doi.org/10.26417/ejser.v10i2.p140-148>
- Hansen, U. E., Nygaard, I., Romijn, H., Wieczorek, A., Kamp, L. M., & Klerkx, L. (2018). Sustainability transitions in developing countries: Stocktaking, new contributions and a research agenda. *Environmental Science & Policy*, 84, 198-203. <https://doi.org/10.1016/j.envsci.2017.11.009>
- Harlan, T. (2020). Green development or greenwashing? A political ecology perspective on China's green Belt and Road. *Eurasian Geography and Economics*, 62(2), 202-226. <https://doi.org/10.1080/15387216.2020.1795700>
- Hartal, G. (2020). Touring and obscuring: How sensual, embodied and haptic gay touristic practices construct the geopolitics of pinkwashing. *Social & Cultural Geography*, 23(6), 836-854. <https://doi.org/10.1080/14649365.2020.1821391>
- Hernández, M. P. (2025). 'The Moroccan king wants Western Sahara without its people': an argument for Western Sahara as a settler colony. *Settler Colonial Studies*, 15(1), 126-143. <https://doi.org/10.1080/2201473X.2025.2456386>

- Hespress (2024). *Morocco leads Maghreb region in new Energy Transition Index*. <https://en.hespress.com/87015-morocco-leads-maghreb-region-in-new-energy-transition-index.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).
- Hespress (2025). *Morocco among countries leading November 2025 renewable energy deals*. <https://en.hespress.com/126884-morocco-among-countries-leading-november-2025-renewable-energy-deals.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).
- Heynen, N. (2016). Urban political ecology II: The abolitionist century. *Progress in Human Geography*, 40(6), 839-845. <https://doi.org/10.1177/0309132515617394>
- Hilton, I. (2019). *How China's Big Overseas Initiative Threatens Global Climate Progress*. Yale Environment 360. <https://e360.yale.edu/features/how-chinas-big-overseas-initiative-threatens-climate-progress> (zuletzt aufgerufen am 26.09.2025).
- Höök, M., & Tang, X. (2013). Depletion of fossil fuels and anthropogenic climate change—A review. *Energy policy*, 52, 797-809. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2012.10.046>
- Horiuchi, R., Schuchard, R., Shea, L., & Townsend, S. (2009). *Understanding and preventing greenwash. A business guide. Business for Social Responsibility*, London, UK.
- Huesemann, M., & Huesemann, J. (2011). *Techno-fix: why technology won't save us or the environment*. New Society Publishers.
- Hughes, S. S., Velednitsky, S., & Green, A. A. (2023). Greenwashing in Palestine/Israel: Settler colonialism and environmental injustice in the age of climate catastrophe. *Environment and Planning E: Nature and Space*, 6(1), 495-513. <https://doi.org/10.1177/25148486211069898>
- International Energy Agency (IEA) (2019). *Morocco*. <https://www.iea.org/countries/morocco> (zuletzt aufgerufen am 09.09.2025).
- Internationaler Gerichtshof (IGH) (1975). *Western Sahara, Advisory Opinion*, 1.C.J. Reports 1975. <https://www.icj-cij.org/files/case-related/61/061-19751016-ADV-01-00-EN.pdf>
- Jacobsson, S., & Lauber, V. (2006). The politics and policy of energy system transformation—explaining the German diffusion of renewable energy technology. *Energy policy*, 34(3), 256-276. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2004.08.029>

- Jamali, D., & Karam, C. (2018). Corporate social responsibility in developing countries as an emerging field of study. *International journal of management reviews*, 20(1), 32-61. <https://doi.org/10.1111/ijmr.12112>
- Khan, A. A., Khan, S. U., Ali, M. A. S., Safi, A., Gao, Y., Ali, M., & Luo, J. (2022). Role of institutional quality and renewable energy consumption in achieving carbon neutrality: Case study of G-7 economies. *Science of The Total Environment*, 814, 152797. <https://doi.org/10.1016/j.scitotenv.2021.152797>
- Kingsbury, D. (Ed.). (2018). *Western Sahara: international law, justice and natural resources*. Routledge.
- Knuth, S. (2018). “Breakthroughs” for a green economy? Financialization and clean energy transition. *Energy research & social science*, 41, 220-229. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2018.04.024>
- Kousksou, T., Allouhi, A., Belattar, M., Jamil, A., El Rhafiki, T., Arid, A., & Zeraouli, Y. (2015). Renewable energy potential and national policy directions for sustainable development in Morocco. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 47, 46-57. <https://doi.org/10.1016/j.rser.2015.02.056>
- Koschorke, A. (2012). *Wahrheit und Erfindung: Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie*. S. Fischer Verlag.
- Kuzemko, C., Blondeel, M., Bradshaw, M., Bridge, G., Faigen, E., & Fletcher, L. (2025). Rethinking energy geopolitics: Towards a geopolitical economy of global energy transformation. *Geopolitics*, 30(2), 531-565. <https://doi.org/10.1080/14650045.2024.2351075>
- Laadam, J. A., Hasnaoui, Y., & Wang, P. (2023). Western Sahara Legal Case: The International Law Narrative of Unresolved Conflict. *Beijing L. Rev.*, 14, 2230. <https://doi.org/10.4236/blr.2023.144123>
- Lavrusheva, O. (2013). *Discursive legitimization strategies in the media. Case study of the UK retail planning policy*. Master’s Thesis, Aalto University School of Business.
- Le Billon, P. (2004). The geopolitical economy of ‘resource wars’. *Geopolitics*, 9(1), 1-28. <https://doi.org/10.1080/14650040412331307812>

Leite, P. P. (2006). International legality versus realpolitik: The cases of Western Sahara and East Timor. *The Western Sahara Conflict: The role of natural resources in decolonization*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet, 11-16.

Lekavičius, V., Balsiūnaitė, R., Bobinaitė, V., Konstantinavičiūtė, I., Rimkūnaitė, K., Štreimikienė, D., & Tarvydas, D. (2024). The diversification of energy resources and equipment imports in the European Union. *Energy*, 307, 132595.

<https://doi.org/10.1016/j.energy.2024.132595>

Liceras, J. S. (2014). *International law and the Western Sahara conflict* (p. 88). Tilburg: Wolf Legal Publishers.

Lightfoot, S., & Burchell, J. (2004). Green hope or greenwash? The actions of the European Union at the World Summit on sustainable development. *Global Environmental Change*, 14(4), 337-344. <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2004.07.002>

Lindberg, M. B., Markard, J., & Andersen, A. D. (2019). Policies, actors and sustainability transition pathways: A study of the EU's energy policy mix. *Research Policy*, 48(10), 103668. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2018.09.003>

Loewenberg, S. (2005). Displacement is permanent for the Sahrawi refugees. *The Lancet*, 365(9467), 1295-1296. [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(05\)61010-0](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(05)61010-0)

Loiseau, E., Saikku, L., Antikainen, R., Droste, N., Hansjürgens, B., Pitkänen K., Leskinen P., Kuikman P., Thomsen, M. (2016). Green economy and related concepts: An overview. *Journal of cleaner production*, 139, 361-371. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2016.08.024>

Longobardo, M. (2016). State Responsibility for International Humanitarian Law Violations by Private Actors in Occupied Territories and the Exploitation of Natural Resources.

Netherlands International Law Review, 63(3), 251-274.

<https://doi.org/10.1007/s40802-016-0068-8>

Lyon, T. P., & Maxwell, J. W. (2011). Greenwash: Corporate environmental disclosure under threat of audit. *Journal of economics & management strategy*, 20(1), 3-41.

<https://doi.org/10.1111/j.1530-9134.2010.00282.x>

Lyon, T. P., & Montgomery, A. W. (2015). The means and end of greenwash. *Organization & environment*, 28(2), 223-249. <https://doi.org/10.1177/1086026615575332>

- Maghraoui, A. (2003). Ambiguities of sovereignty: Morocco, the Hague and the Western Sahara dispute. *Mediterranean Politics*, 8(1), 113-126.
<https://doi.org/10.1080/13629390308010005>
- Maka, A. O., & Alabid, J. M. (2022). Solar energy technology and its roles in sustainable development. *Clean Energy*, 6(3), 476-483. <https://doi.org/10.1093/ce/zkac023>
- Marokkoforum (2022). *Militärische Stärke Marokkos*.
<https://www.marokko.com/aktuelles/infos/militaerische-staerke-marokkos> (zuletzt aufgerufen am 12.12.2025).
- Marsili, M. (2024). The Frozen Conflict in Western Sahara and the Forgotten Question of Sahrawi. *Review of Human Rights*, 10(1), 26-50. <https://doi.org/10.35994/rhr.v10i1.261>
- Marquis, C., Toffel, M. W., & Zhou, Y. (2016). Scrutiny, norms, and selective disclosure: A global study of greenwashing. *Organization science*, 27(2), 483-504.
<http://dx.doi.org/10.1287/orsc.2015.1039>
- Mazepus, H., Veenendaal, W., McCarthy-Jones, A., & Trak Vásquez, J. M. (2016). A comparative study of legitimization strategies in hybrid regimes. *Policy Studies*, 37(4), 350-369.
<https://doi.org/10.1080/01442872.2016.1157855>
- Middle East Business Intelligence (MEED) (2014). *EY wins contract for Moroccan solar scheme*. <https://www.meed.com/ey-wins-contract-for-moroccan-solar-scheme/>
(zuletzt aufgerufen am 09.09.2025).
- Ministère de la Transition Énergétique et du Développement Durable (2025). *Energies Renouvelables*. <https://www.mem.gov.ma/Pages/secteur6659.html?e=2> (zuletzt aufgerufen am 10.09.2023).
- Mirilovic, N., & Siroky, D. S. (2021). International recognition, religion, and the status of Western Sahara. *Acta Politica*, 56(3), 548-566. <https://doi.org/10.1057/s41269-020-00166-4>
- Moriarty, P., & Honnery, D. (2012). What is the global potential for renewable energy? *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 16(1), 244-252.
<https://doi.org/10.1016/j.rser.2011.07.151>
- Modern Diplomacy (2025). Hydrogen in Western Sahara: Greenwashing the Occupation, Fuelling Injustice. <https://moderndiplomacy.eu/2025/10/16/hydrogen-in-western-sahara-greenwashing-the-occupation-fuelling-injustice/> (zuletzt aufgerufen am 27.11.2025).

Morocco World News (2020). *US Startup to Build 900 MW Wind Park in Morocco's Dakhla*. <https://www.moroccoworldnews.com/2020/12/63550/us-startup-to-build-900-mw-wind-park-in-moroccos-dakhla/> (zuletzt aufgerufen am 08.09.2025).

Morocco World News (2025a). *Morocco Pursues Major Wind Energy Projects in Southern Provinces*. <https://www.moroccoworldnews.com/2025/07/227788/morocco-pursues-major-wind-energy-projects-in-southern-provinces/> (zuletzt aufgerufen am 08.09.2025).

Morocco World News (2025b). *Morocco Targets 20 Gigawatts of Renewable Energy Capacity*. <https://www.moroccoworldnews.com/2025/06/220396/morocco-targets-20-gigawatts-of-renewable-energy-capacity/> (zuletzt aufgerufen am 10.09.2025).

Morocco World News (2025c). *Industry 4.0 and Renewable Energy in Morocco: A Smart Transition for a Sustainable Future*. <https://www.moroccoworldnews.com/2025/03/187732/industry-4-0-and-renewable-energy-in-morocco-a-smart-transition-for-a-sustainable-future/> (zuletzt aufgerufen am 10.09.2025).

Morocco World News (2025d). *Morocco's Strategic Partnership with Europe: A Multifaceted Alliance*. <https://www.moroccoworldnews.com/2025/04/195585/moroccos-strategic-partnership-with-europe-a-multifaceted-alliance/> (zuletzt aufgerufen am 10.09.2025).

Moustakbal, J. (2021). *The Energy Sector in Morocco: Permanent Dependency*. <https://www.tni.org/en/article/the-moroccan-energy-sector> (zuletzt aufgerufen am 09.04.2025).

Müller-Kraenner, S. (2008). *China's and India's emerging energy foreign policy*. Discussion Paper. German Development Institute.

Müller, M., Schulze, M., & Schöneich, S. (2023). The energy transition and green mineral value chains: Challenges and opportunities for Africa and Latin America. *South African Journal of International Affairs*, 30(2), 169-175. <https://doi.org/10.1080/10220461.2023.2230957>

Mulvaney, D. (2019). *Solar power: Innovation, sustainability, and environmental justice*. University of California Press.

Munene, M. (2010). Multiple Colonialism in Western Sahara. *Journal of Language, Technology & Entrepreneurship in Africa*, 2(2), 178-195. <https://doi.org/10.4314/jolte.v2i2.61528>

NAREVA (2025). Our assets and projects. <https://www.nareva.ma/en/projects/> (zuletzt aufgerufen am 23.09.2025).

Nemes, N., Scanlan, S. J., Smith, P., Smith, T., Aronczyk, M., Hill, S., Lewis, S. L., Montgomery, A. W., Tubiello, F. N., & Stabinsky, D. (2022). An Integrated Framework to Assess Greenwashing. *Sustainability*, 14(8), 4431. <https://doi.org/10.3390/su14084431>

Ngounou, B. (2018). Morocco: Sharing experience in renewable energy with Africa. *Afrik 21* 20 December <https://www.afrik21.africa/en/morocco-sharing-experience-in-renewableenergy-with-africa/>

Nullmeier, F., Geis, A., & Daase, C. (2012). *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen* (pp. 9-39). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

Oxford English Dictionary (2018 [2025]). *Greenwashing*. <https://www.oed.com/search/dictionary/?scope=Entries&q=greenwashing> (zuletzt aufgerufen am 05.05.2025).

Özdamar, Ö. (2010). Energy, security, and foreign policy. In *Oxford Research Encyclopedia of International Studies*.

Pabian, E. (2021). Prolonged Occupation and Exploitation of Natural Resources: A Focus on Natural Gas off the Coast of Northern Cyprus. *Journal of International Humanitarian Legal Studies*, 12(1), 71-110. <https://doi.org/10.1163/18781527-bja10029>

Parguel, B., Benoît-Moreau, F., & Larceneux, F. (2011). How sustainability ratings might deter ‘greenwashing’: A closer look at ethical corporate communication. *Journal of business ethics*, 102(1), 15-28. <https://doi.org/10.1007/s10551-011-0901-2>

Perreault, T. A., Bridge, G., & McCarthy, J. P. (Eds.). (2015). *The Routledge handbook of political ecology* (p. 646). London: Routledge.

Piggot, G., Verkuijl, C., van Asselt, H., & Lazarus, M. (2020). Curbing fossil fuel supply to achieve climate goals. *Climate Policy*, 20(8), 881-887. <https://doi.org/10.1080/14693062.2020.1804315>

Pimonenko, T., Bilan, Y., Horák, J., Starchenko, L., & Gajda, W. (2020). Green brand of companies and greenwashing under sustainable development goals. *Sustainability*, 12(4), 1679. <https://doi.org/10.3390/su12041679>

- Pizzetti, M., Gatti, L., & Seele, P. (2021). Firms talk, suppliers walk: Analyzing the locus of greenwashing in the blame game and introducing 'vicarious greenwashing'. *Journal of business ethics*, 170(1), 21-38. <https://doi.org/10.1007/s10551-019-04406-2>
- Plank, F., Daum, B., Muntschick, J., Knodt, M., Hasse, C., Ott, I., & Niemann, A. (2023). Hydrogen: Fueling EU-Morocco Energy Cooperation? *Middle East Policy*, 30(3), 37-52. <https://doi.org/10.1111/mepo.12699>
- Rabbi, M. F., Popp, J., Máté, D., & Kovács, S. (2022). Energy security and energy transition to achieve carbon neutrality. *Energies*, 15(21), 8126. <https://doi.org/10.3390/en15218126>
- Radley, B. (2023). Green imperialism, sovereignty, and the quest for national development in the Congo. *Review of African Political Economy*, 50(177-178), 322-339. <https://doi.org/10.1080/03056244.2023.2277616>
- Ramesh, M., & Rai, N. D. (2017). Trading on conservation: A marine protected area as an ecological fix. *Marine Policy*, 82, 25-31. <https://doi.org/10.1016/j.marpol.2017.04.020>
- Ratner, S. R. (2005). Foreign occupation and international territorial administration: The challenges of convergence. *European Journal of International Law*, 16(4), 695-719. <https://doi.org/10.1093/ejil/chi138>
- Reporter ohne Grenzen (2025). *Marokko / Westsahara*. <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/laender/nahost/marokko-westsahara> (zuletzt aufgerufen am 23.09.2025).
- Reus-Smit, C. (2007). International crises of legitimacy. *International politics*, 44(2), 157-174. <https://doi.org/10.1057/palgrave.ip.8800182>
- Reyes, A. (2011). Strategies of legitimization in political discourse: From words to actions. *Discourse & society*, 22(6), 781-807. <https://doi.org/10.1177/0957926511419927>
- Rignall, K. E. (2016). Solar power, state power, and the politics of energy transition in pre-Saharan Morocco. *Environment and Planning A: Economy and Space*, 48(3), 540-557. <https://doi.org/10.1177/0308518X15619176>
- Robbins, P. (2019). *Political ecology: A critical introduction*. John Wiley & Sons.
- Roberts, A. (1984). What is a military occupation? *British Yearbook of International Law*, 55(1), 249-305. <https://doi.org/10.1017/aju.2017.22>

Rokicki, T., Bórawski, P., & Szeberényi, A. (2023). The Impact of the 2020–2022 Crises on EU Countries' Independence from Energy Imports, Particularly from Russia. *Energies (Basel)*, 16(18), 6629. <https://doi.org/10.3390/en16186629>

Rudolf, D. B. (2022). Stories you cannot defeat! political myths as cultural integration and legitimization strategies of autocratic regimes. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 16(1), 31-56. <https://doi.org/10.1007/s12286-022-00520-0>

Rutherford, J., & Coutard, O. (2014). Urban energy transitions: places, processes and politics of socio-technical change. *Urban studies*, 51(7), 1353-1377. <https://doi.org/10.1177/0042098013500090>

Ryser, S. (2019). The anti-politics machine of green energy development: the Moroccan solar project in Ouarzazate and its impact on gendered local communities. *Land*, 8(6), 100. <https://doi.org/10.3390/land8060100>

SADR Embassy To Ethiopia & Permanent Representation To The African Union (2025). *Saharawi Liberation Army*. <https://www.sahrawi-emb-au.com/saharawi-liberation-army/#:~:text=The%20Sahrawi%20People's%20Liberation%20Army,the%20camps%20during%20war%20years>. (zuletzt aufgerufen am 12.12.2025).

Sahara Press Service (2025): *Sahrawi Observatory exposes in new report: Renewable energy in Western Sahara as a tool for cementing occupation and resource plunder*. <https://www.spsrasd.info/en/2025/06/24/10436.html> (zuletzt aufgerufen am 06.07.2025).

Salhi, K. (2021). *Identity Politics in Morocco: The Implications of Indigenism, Feminism and Nationalism within the Ongoing Western Sahara Conflict*. Master's thesis, Harvard University.

Salmoodi, R. A. (2023). Prolonged Military Occupation: Rethinking the Israeli Occupation on the Occupied Palestinian Territories. *Arab Law Quarterly*, 1(aop), 1-22. <https://doi.org/10.1163/15730255-bja10149>

Sandhu, S. (2014). Public relations und gesellschaftliche Kommunikation: Legitimation im diskurs. In *Handbuch Unternehmenskommunikation: Strategie-Management–Wertschöpfung* (pp. 1161-1183). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Sankaran, S., Clegg, S., Müller, R., & Drouin, N. (2022). Energy justice issues in renewable energy megaprojects: implications for a socioeconomic evaluation of megaprojects. *International Journal of Managing Projects in Business*, 15(4), 701-718.

<https://doi.org/10.1108/IJMPB-06-2021-0147>

Saul, B. (2018). The status of Western Sahara as occupied territory under international humanitarian law and the exploitation of natural resources. In *Western Sahara* (pp. 59-80). Routledge. <https://doi.org/10.1080/14781158.2015.1075969> .

Schmallenbach, J., & König, J. (2021): *Greenwashing*. In: Diskursmonitor. Glossar zur strategischen Kommunikation in öffentlichen Diskursen. Hg. von der Forschungsgruppe Diskursmonitor und Diskursintervention. Veröffentlicht am 24.01.2021.

<https://diskursmonitor.de/glossar/greenwashing/>.

Schulman, S. (2011). Israel and 'pinkwashing'. *New York Times*, 22.

Seele, P., & Gatti, L. (2017). Greenwashing revisited: In search of a typology and accusation-based definition incorporating legitimacy strategies. *Business strategy and the environment*, 26(2), 239-252. <https://doi.org/10.1002/bse.1912>

Sellwood, S. A., & Valdivia, G. (2018). Interrupting green capital on the frontiers of wind power in Southern Mexico. *Latin American Perspectives*, 45(5), 204-221.

<https://doi.org/10.1177/0094582X17719040>

Shaffer, B. (2011). *Energy politics*. University of Pennsylvania Press.

Shafie, G. (2015). Pinkwashing: Israel's international strategy and internal agenda. *Kohl: A Journal for Body and Gender Research*, 1(1), 82-86.

Siano, A., Vollero, A., Conte, F., & Amabile, S. (2017). "More than words": Expanding the taxonomy of greenwashing after the Volkswagen scandal. *Journal of business research*, 71, 27-37. <http://dx.doi.org/10.1016/j.jbusres.2016.11.002>

Siemens (2016). *In Morocco. For Morocco. Business to Society Report*.

<https://assets.new.siemens.com/siemens/assets/api/uuid:62cb48e47c59f26bc29c89a4558de8578a1c5cc3/b2s-morocco.pdf>

Siemens (2022). *Stellungnahme zum Krieg in der Ukraine und zur Situation in Russland*. <https://press.siemens.com/global/de/news/stellungnahme-zum-krieg-der-ukraine-und-zur-situation-russland> (zuletzt aufgerufen am 24.09.2025).

Siemens (2025). *Menschenrechte*.

<https://www.siemens.com/de/de/unternehmen/nachhaltigkeit/social-commitments/menschenrechte.html> (zuletzt aufgerufen am 24.09.2025).

Silverstein, M. (2004). “Cultural” concepts and the language-culture nexus. *Current anthropology*, 45(5), 621-652. <https://doi.org/10.1086/423971>

Smith, J. J. (2018). The taking of the Sahara: the role of natural resources in the continuing occupation of Western Sahara. *Western Sahara*, 23-43.

<http://dx.doi.org/10.1080/14781158.2015.1080234>

Smulders, S., Toman, M., & Withagen, C. (2014). Growth theory and ‘green growth’. *Oxford review of economic policy*, 30(3), 423-446. <https://doi.org/10.1093/oxrep/gru027>

Soares, P. M., Lima, D. C., Semedo, A., Cabos, W., & Sein, D. V. (2019). Climate change impact on Northwestern African offshore wind energy resources. *Environmental Research Letters*, 14(12), 124065. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ab5731>

Sour, L. (2024). The Razor’s Edge: The Western Sahara Conflict as a Geopolitical Antagonism in the Algerian Moroccan Relations. *Politické vedy*, 27(2), 144-167.

<https://doi.org/10.24040/politickevedy.2024.27.2.144-167>

Spiru, P. (2023). Assessment of renewable energy generated by a hybrid system based on wind, hydro, solar, and biomass sources for decarbonizing the energy sector and achieving a sustainable energy transition. *Energy Reports*, 9, 167-174.

<https://doi.org/10.1016/j.egyr.2023.04.316>

Statista (2025). *Marokko: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2024 und Prognosen bis 2030*.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/325373/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-marokko/> (zuletzt aufgerufen am 12.12.2025).

Stephenson, E., Doukas, A., & Shaw, K. (2012). Greenwashing gas: Might a ‘transition fuel’ label legitimize carbon-intensive natural gas development? *Energy policy*, 46, 452-459.

<https://doi.org/10.1016/j.enpol.2012.04.010>

Suchman, M. C. (1995). Managing legitimacy: Strategic and institutional approaches. *Academy of management review*, 20(3), 571-610.

<https://doi.org/10.5465/amr.1995.9508080331>

TAZ (2016). „Grüne Projekte im besetzten Land“. <https://taz.de/Regenerative-Energie-in-der-Westsahara/!5354994/> (zuletzt aufgerufen am 07.12.2025).

TAZ (2022). „Grün muss souverän sein“. <https://taz.de/Regenerative-Energien-aus-Marokko/!5868240/> (zuletzt aufgerufen am 07.12.2025).

TAZ (2025a). „Wir reden hier von blutigem Wasserstoff“. <https://taz.de/Sahrauische-Aktivistin-ueber-Ausbeutung/!6111476/> (zuletzt aufgerufen am 07.12.2025).

TAZ (2025b). „Es geht nicht nur um Ressourcen“. <https://taz.de/UN-Sicherheitsrat-zur-Westsahara/!6126119/> (zuletzt aufgerufen am 07.12.2025).

Tagesschau (2023). *Warum Marokko für die Energiewende wichtig ist*. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltwirtschaft/marokko-wasserstoff-erneuerbare-energie-100.html> (zuletzt aufgerufen 08.09.2025).

Tanchum, M., Martin, A. P., Suleiman, H., Sainati, T., & Juarez Cornelio, J. R. (2024). *Renewable Energy and Electricity Interconnection Megaprojects in North Africa: Prospects for Euro-North Africa Cooperation*. Report. ISSN 2938-446X

Tannenberg, M., Bernhard, M., Gerschewski, J., Lührmann, A., & Von Soest, C. (2021). Claiming the right to rule: regime legitimization strategies from 1900 to 2019. *European Political Science Review*, 13(1), 77-94. <https://doi.org/10.1017/S1755773920000363>

Terres des Hommes Schweiz (2024). *Die Westsahara im Schatten der Energiewende*. <https://www.terredeshommesschweiz.ch/die-westsahara-im-schatten-der-energiewende/> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

The Guardian (2016). *Morocco lights the way for Africa on renewable energy*. <https://www.theguardian.com/global-development/2016/nov/17/cop22-host-morocco-lights-way-africa-renewable-energy-2020> (zuletzt aufgerufen am 16.07.2025).

The New York Times (2025). *Why China Is Investing So Much Money in Moroccan Factories*. <https://www.nytimes.com/2025/05/07/business/china-tariffs-morocco.html> (zuletzt aufgerufen am 08.12.2025).

The Wall Street Journal (2016). *A Solar Project Worth Watching in Morocco*. <https://www.wsj.com/articles/a-solar-project-worth-watching-in-morocco-1473818401> (zuletzt aufgerufen am 16.07.2025).

The Wind Power (2025). https://www.thewindpower.net/windfarm_de_40109_western-sahara-project.php (zuletzt aufgerufen 25.05.2025).

Troen, S. I. (2013). Israeli views of the land of Israel/Palestine. *Israel Studies*, 18(2), 100-114. <https://doi.org/10.2979/israelstudies.18.2.100>

US Geological Survey (2020). <https://pubs.usgs.gov/periodicals/mcs2020/mcs2020-phosphate.pdf> (zuletzt aufgerufen 28.05.2025).

Vaara, E., Tienari, J., & Laurila, J. (2006). Pulp and paper fiction: On the discursive legitimization of global industrial restructuring. *Organization studies*, 27(6), 789-813. <https://doi.org/10.1177/0170840606061071>

Vakulchuk, R., Overland, I., & Scholten, D. (2020). Renewable energy and geopolitics: A review. *Renewable and sustainable energy reviews*, 122, 109547. <https://doi.org/10.1016/j.rser.2019.109547>

van der Horst, D., Grant, R., Montero, A. M., & Garnevičienė, A. (2021). Energy justice and social acceptance of renewable energy projects in the global south. In *A critical approach to the social acceptance of renewable energy infrastructures: Going beyond green growth and sustainability* (pp. 217-234). Cham: Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-030-73699-6_12

Van Leeuwen, T. (2008). *Discourse and practice: New tools for critical discourse analysis*. Oxford university press.

Vereinte Nationen (2015). *The Paris Agreement*. <https://unfccc.int/process-and-meetings/the-paris-agreement> (zuletzt aufgerufen am 27.08.2025).

Vereinte Nationen (2019). *UN-Mitgliedsstaaten*. <https://unric.org/de/mitgliedstaaten/> (zuletzt aufgerufen am 12.12.2025).

Voskoboynik, D. M., & Andreucci, D. (2022). Greening extractivism: Environmental discourses and resource governance in the ‘Lithium Triangle’. *Environment and planning E: Nature and space*, 5(2), 787-809. <https://doi.org/10.1177/25148486211006345>

Wanner, T. (2015). The new ‘passive revolution’ of the green economy and growth discourse: Maintaining the ‘sustainable development’ of neoliberal capitalism. *New Political Economy*, 20(1), 21-41. <http://dx.doi.org/10.1080/13563467.2013.866081>

Washington, J. L. (2005). The forgotten conflict in Western Sahara. *African Renaissance*, 2(5), 53-59. <https://hdl.handle.net/10520/EJC10149>

Western Sahara Resource Watch (2016a). *Demonstrated against the plunder in occupied Western Sahara*. <https://wsrw.org/en/a105x3447> (zuletzt aufgerufen am 02.06.2025).

Western Sahara Resource Watch (2016b). *Protests spread throughout Western Sahara*. <https://wsrw.org/en/archive/3363> (zuletzt aufgerufen am 02.06.2025).

Western Sahara Resource Watch (2023). *Siemens Energy im Selbstwiderspruch*. <https://wsrw.org/de/nachrichten/siemens-energy-im-selbstwiderspruch> (zuletzt aufgerufen am 08.04.2025).

Western Sahara Resource Watch (2024). *Dirty green energy on occupied land*. <https://wsrw.org/en/news/renewable-energy> (zuletzt aufgerufen am 08.04.2025).

White, N. (2015). Conflict stalemate in Morocco and Western Sahara: Natural resources, legitimacy and political recognition. *British Journal of Middle Eastern Studies*, 42(3), 339-357. <https://doi.org/10.1080/13530194.2014.949220>

Williams, J. (2024). Greenwashing: Appearance, illusion and the future of ‘green’ capitalism. *Geography Compass*, 18(1), e12736. <https://doi.org/10.1111/gec3.12736>

Wilson, J. D. (2019). A securitisation approach to international energy politics. *Energy Research & Social Science*, 49, 114-125. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2018.10.024>

World Press Freedom Index (2025). *World Press Freedom Index 2025: over half the world's population in red zones*. <https://rsf.org/en/world-press-freedom-index-2025-over-half-worlds-population-red-zones> (zuletzt aufgerufen am 27.08.2025).

Yang, Z., Huong, N. T. T., Nam, N. H., Nga, N. T. T., & Thanh, C. T. (2020). Greenwashing behaviours: Causes, taxonomy and consequences based on a systematic literature review. *Journal of Business Economics and Management (JBEM)*, 21(5), 1486-1507. <https://doi.org/10.3846/jbem.2020.13225>

Youngs, R. (2011). Foreign policy and energy security: Markets, pipelines, and politics. In *Toward a common European Union Energy Policy: Problems, progress, and prospects* (pp. 41-60). New York: Palgrave Macmillan US.

Zaum, D. (Ed.). (2013). *Legitimizing international organizations*. OUP Oxford.

- Zemlickienė, V., Amraoui, B., & El Idrissi, N. E. A. (2024). Analysis of Morocco's renewable energy production and transmission potential. *Entrepreneurship and sustainability issues.*, 6(2), 64-78. [https://doi.org/10.9770/IRD.2024.6.2\(4\)](https://doi.org/10.9770/IRD.2024.6.2(4))
- Ziegler, C. E. (2006). The energy factor in China's foreign policy. *Journal of Chinese Political Science*, 11(1), 1-23. <https://doi.org/10.1007/BF02877031>
- Zografos, C. (2022). The contradictions of Green New Deals: green sacrifice and colonialism. *Soundings*, 80(80), 37-50. <https://doi.org/10.3898/SOUN.80.03.2022>
- Zoubir, Y. H. (1990). The Western Sahara conflict: regional and international dimensions. *The Journal of Modern African Studies*, 28(2), 225-243. <https://doi.org/10.1017/S0022278X00054434>
- Zoubir, Y. H. (2010). The unresolved Western Sahara conflict and its repercussions. *Journal of Middle Eastern and Islamic Studies (in Asia)*, 4(2), 85-99. <https://doi.org/10.1080/19370679.2010.12023157>
- Zunes, S., & Mundy, J. (2022). *Western Sahara: War, nationalism, and conflict irresolution*. Syracuse University Press.